



# Statistisches Monatsheft Thüringen

**August 2010**

---

## **Zeichenerklärung**

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

## **Impressum – Statistisches Monatsheft Thüringen**

### *Herausgeber:*

Thüringer Landesamt für Statistik  
Europaplatz 3, 99091 Erfurt

### *Schriftleitung:*

Günter Krombholz

### *Auskunft erteilt:*

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse  
Ronald Münzberg  
Telefon 0361 37-84111  
Telefax 0361 37-84697  
E-Mail: [Ronald.Muenzberg@statistik.thueringen.de](mailto:Ronald.Muenzberg@statistik.thueringen.de)  
Internet: [www.statistik.thueringen.de](http://www.statistik.thueringen.de)

### *Satz und Druck:*

Thüringer Landesamt für Statistik

### *Titelfoto:*

Wikimedia Commons, Autor: Huhu Uet

Heft-Nr.: 181/10

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40301

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

# Statistisches Monatsheft Thüringen

17. Jahrgang · August 2010

## Inhalt

### Neues aus der Statistik

Regionale Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2009 _____	3
Bevölkerungsstand am 31.12.2009 • Anzahl der Geburten im Jahr 2009 in Thüringen wieder rückläufig _____	4
3. Mai 2010: 345 000 Rinder in Thüringen gehalten • Schweinehaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens zum Stichtag 3. Mai 2010 • Erdbeerernte auf dem Freiland 2010 über dem langjährigen Durchschnitt _____	5
Erste Vorschätzung für die Kirschernte 2010 • April 2010: Die Thüringer Industrie im deutschlandweiten Vergleich _____	6
Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis April 2010 im Vergleich • Thüringer Handwerk im ersten Quartal 2010 _____	7
Rückgang des Wohnungsbestandes im Jahr 2009 etwas höher als im Vorjahr • Mai 2010: Weniger Verkehrsunfälle und Verkehrstote als im vergleichbaren Vorjahresmonat _____	8
Mehr erfolgreiche Abschlüsse an Thüringer Hochschulen im Prüfungsjahr 2009 _____	9
In 259 Fällen vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts durch Thüringer Gerichte im Jahr 2009 • 3 613 Pensionempfänger Anfang 2010 bei Land und Kommunen • Verbraucherpreisindex im Juni 2010 unverändert gegenüber Mai 2010 _____	10
Mai 2010: Bauleistungspreise für Wohngebäude zum Vorquartal um 0,4 Prozent gestiegen _____	11
<b>Thüringen aktuell</b> _____	12

### Aufsätze

Harald Hagn: Nettoeinkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2008 im Bund-Länder-Vergleich _____	25
Robert Kaufmann: Das regionale Preisniveau _____	33
Klaus-Rüdiger Niemuth: Belastungsarme Statistik durch Verwaltungsdatenverwendung _____	43
<b>Grafiken zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren</b> _____	53
<b>Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren im Überblick</b> _____	59
<b>Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland</b> _____	60
<b>Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich</b> _____	62
<b>Zahlenspiegel Thüringen</b> _____	64



## Neues

### Regionale Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2009

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 hatte Thüringen 2 249 882 Einwohner. Das waren 17 881 Personen bzw. 0,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Bevölkerungseinbuße des Landes lag damit im vergangenen Jahr vergleichsweise um mehr als 1 000 Personen über der Einwohnerzahl von Heiligenstadt (16 765) und nur leicht unter der von Bad Langensalza (18 150).

Nur die kreisfreien Städte Jena, Weimar und Erfurt meldeten im Jahr 2009 ein Bevölkerungs-Plus zwischen 1,0 und 0,2 Prozent.

Dabei ist mit zu berücksichtigen, dass sie zu den Thüringer Städten gehören, die als Universitätsstädte zusätzliche Anziehungskraft auf Grund des speziellen Angebots eines gebührenfreien Studiums vorweisen können. Gleichzeitig bieten sie verschiedene Vorteile für den Fall an, dass die Studenten in dieser Zeit den Hauptwohnsitz in der Stadt nehmen.

Bei den anderen kreisfreien Städten sowie allen Landkreisen fiel der Bevölkerungsrückgang sehr differenziert aus.

Günstiger als im Landesdurchschnitt von Minus 0,8 Prozent lagen, neben den drei genannten Städten mit Zuwachs, auch die Städte Eisenach (- 0,5 Prozent) und Gera (- 0,7 Prozent) sowie der Ilm-Kreis (- 0,5 Prozent) und der Landkreis Weimarer Land (- 0,7 Prozent).

Dem Thüringer Durchschnitt entsprachen die nordwestlichen Landkreise Eichsfeld, Nordhausen sowie der mittelthüringische Landkreis Gotha.

Die größten Verluste mussten wieder die kreisfreie Stadt Suhl (- 1,6 Prozent) und der Landkreis Greiz (- 1,6 Prozent) hinnehmen.

Der Einwohnerrückgang resultierte in Thüringen im Jahr 2009 aus einem Wanderungsverlust von 8,0 Tausend sowie einem Sterbefallüberschuss von rund 9,9 Tausend Personen.

Die Stadt Jena konnte als einzige Stadt unter allen kreisfreien Städten und Landkreisen sowohl beim Saldo von Geburten und Gestorbenen (+ 169 Personen) als auch beim Wanderungssaldo (+ 883 Personen) ein Plus erzielen.

Mit 1 086 Lebendgeborenen gab es 15 neue Erdenbürger mehr als im Jahr 2008 und mit 917 Sterbefällen nur 5 mehr als im Jahr zuvor. Auf Grund von 6 830 Zuzügen - bei gleichzeitig 5 947 Fortzügen - gewann die Stadt weitere 883 neue Einwohner hinzu.

Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl kamen in Jena, Erfurt, Weimar und Eisenach die meisten Kinder zur Welt - die wenigsten in Suhl.

In Erfurt und Weimar basiert der Bevölkerungszuwachs von 2009 allein auf der positiven Wanderungsbilanz, denn in beiden Städten gab es weniger Geburten als Todesfälle. Die 840 bzw. 337 mehr Zu- als Fortzüge kompensierten den negativen natürlichen Saldo von 347 bzw. 47 Personen.

Alle anderen kreisfreien Städte und alle Landkreise hatten 2009 mehr Fort- als Zuzüge und mehr Sterbefälle als Geburten zu registrieren.

Auch beim Wanderungssaldo steht die Stadt Suhl wieder am Ende der Regionalskala. Auf 1 000 Einwohner bezogen fiel der Verlust von mehr als 10 Personen mehr als doppelt so hoch aus wie der im Landesdurchschnitt (3,6 Personen je 1 000 Einwohner).

## Bevölkerungsstand am 31.12.2009

Am 31. Dezember 2009 hatte Thüringen 2 249 882 Einwohner, davon 1 110 714 Personen männlichen und 1 139 168 weiblichen Geschlechts. Damit verringerte sich die Bevölkerungszahl im Jahr 2009 um 17,9 Tsd. Personen bzw. knapp 0,8 Prozent. Das entspricht einem um fast 3,6 Tsd. Personen geringeren Bevölkerungsverlust als im Jahr 2008. Es ist der absolut geringste Rückgang seit 2004, als Thüringens Bevölkerungszahl ebenfalls um 17,9 Tsd. Personen sank.

Der Einwohnerrückgang resultierte im vergangenen Jahr aus einem Wanderungsverlust von 8,0 Tsd. Personen - fast 37 Prozent weniger als 2008 - und einem Sterbefallüberschuss von 9,9 Tsd. Personen - fast 11 Prozent höher als im Jahr zuvor, denn 2008 betrug der Wanderungsverlust noch ca. 12,7 Tsd. und der Sterbefallüberschuss über 8,9 Tsd. Personen.

Thüringen „verlor“ im Jahr 2009 täglich durchschnittlich 49 Einwohner: 22 Männer und 27 Frauen (davon 11 Männer und 11 Frauen durch Wanderungsverlust).

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 kamen 16 854 Kinder zur Welt und 26 774 Thüringer starben. Da 478 Thüringer Babys weniger zur Welt kamen und 498 Personen mehr starben, fiel der Gestorbenenüberschuss um 976 Personen höher aus als im Jahr 2008.

Im Laufe des Jahres 2009 standen den 34 732 Zuzügen nach Thüringen 42 758 Fortzüge über die Landesgrenze gegenüber (2008: 33 660 Zuzüge, 46 353 Fortzüge).

Der geringere Wanderungsverlust ist demzufolge auf einen leichten Anstieg der Zuzüge nach Thüringen sowie auf noch weniger Fortzüge zurückzuführen.

Die Wanderungsbilanz Thüringens fiel gegenüber dem Ausland wieder positiv aus, da im betrachteten Zeitraum 674 Personen weniger ins Ausland fort- als nach Thüringen zuzogen.

## Anzahl der Geburten im Jahr 2009 in Thüringen wieder rückläufig

Im Jahr 2009 wurden in Thüringen 16 854 Kinder lebend geboren. Das sind 478 Kinder weniger als im Jahr 2008.

Von den 16 854 Lebendgeborenen waren 8 549 männlichen und 8 305 weiblichen Geschlechts.

Bei 39,8 Prozent der Neugeborenen waren die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt miteinander verheiratet. Das ist erneut ein geringerer Anteil als im Jahr zuvor (40,2 Prozent). Somit hält der Trend, dass immer mehr Kinder unehelich geboren werden, an.

Insgesamt kamen 459 Mehrlingskinder zur Welt. Sie teilen sich in 450 Zwilling- und 9 Drillingskinder auf. Im Vergleich zum Jahr zuvor waren das 10 Zwillingspärchen weniger, während die Anzahl von 3 Drillingsgeburten konstant blieb.

Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern<sup>1)</sup> der Frauen von 15 bis unter 45 Jahren hat sich 2009 im Vergleich zum Vorjahr wieder verringert. Brachte eine Frau im Alter von 15 bis unter 45 Jahren im Jahr 2008 1,37 Kinder zur Welt, so waren es im Jahr 2009 nur 1,36<sup>2)</sup> Kinder.

Gestorben sind 2009 in Thüringen 26 774 Personen. Das sind 498 Personen mehr als im Jahr 2008. Der Gestorbenenüberschuss im Jahr 2009 betrug somit 9 920, d.h. 9 920 Personen starben mehr als Kinder geboren wurden. Das ist der höchste Wert seit 11 Jahren. Im Jahr 2008 fiel der Gestorbenenüberschuss um fast 1 000 Personen geringer aus (8 944). Der zuletzt höchste Wert wurde im Jahr 1998 mit 10 384 Personen registriert.

1) Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn sich ihr Geburtenverhalten ausschließlich nach dem Alter der Frauen zwischen 15 und 44 Jahren im jeweils betrachteten Jahr richten würde.

2) nach vorläufigen Berechnungen

### **3. Mai 2010: 345 000 Rinder in Thüringen gehalten**

Nach einer Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) zum Stichtag 3. Mai 2010 wurden in Thüringen 345 299 Rinder gehalten. Gegenüber dem Vorerhebungswert vom 3. Mai 2009 mit 349 903 Rindern entspricht dies einem Rückgang um 4 604 Tiere bzw. 1,3 Prozent.

Dieser Rückgang ist größtenteils auf einen Bestandsabbau bei den Milchkühen zurückzuführen. Innerhalb eines Jahres wurde der Milchkuhbestand von 115 108 Tieren um 3 900 auf 111 208 Tiere reduziert.

Der Rinderbestand von 345 299 Tieren am 3. Mai 2010 setzt sich wie folgt zusammen: 149 711 Kühe, 100 566 Kälber und Jungrinder bis einschließlich 1 Jahr alt, 74 524 Rinder mehr als 1 bis unter 2 Jahre alt und 20 498 Rinder 2 Jahre und älter.

An Kälbern bis einschließlich 8 Monate alt wurden mit 66 437 Tieren 1 487 Tiere weniger gehalten als am 3. Mai 2009, der Bestand an Jungrindern mehr als 8 Monate bis einschließlich 1 Jahr alt ging innerhalb eines Jahres um 348 Tiere auf 34 129 Jungrinder zurück. An Rindern mehr als 1 Jahr alt (ohne Kühe) wurden mit 95 022 Tieren 413 Tiere mehr als am 3. Mai 2009 gehalten.

Weiterhin wurden am 3. Mai 2010 in Thüringen 128 Büffel bzw. Bisons/Wisente in landwirtschaftlicher Haltung festgestellt. Diese Aussage liefert eine Auswertung der HIT-Datenbank nach dem Rasseschlüssel.

### **Schweinehaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens zum Stichtag 3. Mai 2010**

Durch eine Neufassung des Agrarstatistikgesetzes wurde der Berichtskreis für die Erhebung über die Schweinebestände neu festgelegt. Danach werden ab 2010 nur noch Betriebe, die mindestens 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen halten, zu ihren Schweinebeständen befragt. Dies führt zu einer erheblichen Entlastung besonders der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe.

Zum Stichtag 3. Mai 2010 standen in den Ställen von rund 200 Thüringer Betrieben insgesamt 747 800 Schweine. Nach Schweinekategorien differenziert wurden 259 800 Ferkel (Anteil an Schweinen insgesamt: 35 Prozent), 200 300 Jungschweine (27 Prozent), 197 400 Mastschweine (26 Prozent) und 90 300 Zuchtschweine (12 Prozent), darunter 89 900 Zuchtsauen festgestellt.

Mehr als sieben Zehntel (71 Prozent) der Zuchtsauen waren zum Stichtag trächtig.

Von den in Thüringer Betrieben gehaltenen Mastschweinen überwiegen die Tiere mit einem Lebendgewicht bis 80 Kilogramm. Knapp die Hälfte (49 Prozent) dieser Bestände brachte ein Gewicht von 50 bis 80 Kilogramm auf die Waage. Jedes siebte Mastschwein (14 Prozent) hatte ein Lebendgewicht ab 110 Kilogramm.

52 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe mit Schweinehaltung verfügten über Schweinebestände ab 1 000 Tiere. In diesen Betrieben standen mit 714 900 Schweinen 96 Prozent des ermittelten Schweinebestandes.

### **Erdbeerernte auf dem Freiland 2010 über dem langjährigen Durchschnitt**

Für die Freilanderdbeerernte 2010 wird nach vorläufigen Ergebnissen auf der Grundlage der ersten Schätzung durch freiwillige Ernteberichtersteller mit einer Ertragsleistung von 9,5 Tonnen je Hektar (t/ha) gerechnet.

Die Flächenleistung im langjährigen Mittel der Jahre 2004 bis 2009 von 8,8 Tonnen je Hektar wird somit überboten werden. Das sehr gute Ergebnis des Vorjahres von 10,5 t/ha wird nach dem noch vorläufigen Ergebnis jedoch nicht erreicht werden.

Unter der Annahme, dass die Erdbeeranbaufläche 2010 auf dem Niveau des Vorjahres (113 Hektar) liegt, kann die diesjährige Gesamterntemenge im Verkaufsanbau rund 1 073 Tonnen erreichen. Endgültige Flächen liegen im September 2010 vor.

Gemessen am sehr guten Ergebnis des Vorjahres würde die Erntemenge damit um fast 10 Prozent niedriger ausfallen (2009: 1 190 Tonnen).

## Erste Vorschätzung für die Kirschernte 2010

Zur ersten Schätzung der diesjährigen Kirschernte rechnen die auf Marktobstbau ausgerichteten Thüringer Obstbaubetriebe für dieses Jahr bei Süßkirschen mit einem Ertrag von 5,0 Tonnen je Hektar. Der Flächen-ertrag im sechsjährigen Mittel der Jahre 2004/2009 von 3,9 Tonnen je Hektar würde damit um 1,1 Tonnen überboten.

Bei weiterer Abnahme der Produktionsflächen für Süßkirschen um 18 Hektar (-7,4 Prozent) auf 232 Hektar ertragsfähiger Fläche wird nach ersten Berechnungen für dieses Jahr eine Erntemenge von knapp 1 200 Tonnen (2009: 1 288 Tonnen) ermittelt.

Für Sauerkirschen wird ein Flächen-ertrag von 6,4 Tonnen geschätzt. Der langjährige Durchschnitt der Jahre 2004/2009 von 6,8 Tonnen je Hektar, der maßgeblich vom Spitzenertrag des Vorjahres 2009 (12,0 t/ha) bestimmt wurde, würde damit nur knapp verfehlt.

Bei Sauerkirschen wurden u.a. durch die unbefriedigende Marktlage in den letzten Jahren zwischen 2009 und 2010 erneut Flächen gerodet. Binnen eines Jahres ging die ertragsfähige Fläche um weitere 157 Hektar bzw. 31,2 Prozent zurück und entspricht nur noch rund 50 Prozent des im langjährigen Durchschnitt (D 2004/2009: 679 Hektar) vorhandenen Produktionspotentials.

Für die Ernte 2010 wurde eine im Ertrag stehende Bruttofläche von 345 Hektar errechnet und eine voraussichtliche Erntemenge von 2 200 Tonnen ermittelt. Das sind rund 3 800 Tonnen weniger als im bisherigen Spritzenjahr 2009, in dem 6 030 Tonnen zur Ernte herangewachsen waren, die aber wegen Unrentabilität zum Großteil nicht marktwirksam wurden. Ein Viertel der gewachsenen Ernte 2009 wurde in Folge der niedrigen Preise im vergangenen Jahr nicht geborgen.

Die Ernteberichterstatter berichteten über zu nasses und kaltes Wetter während der Blütezeit, das den Bienenflug beeinträchtigte sowie über Spätfröste während der Blüte. Bei Sauerkirschen wurde zudem die Monilia-Erkrankung<sup>3)</sup> angesprochen.

### Zur Beachtung:

Die Ergebnisse stellen die Ertragserwartungen der freiwilligen Ernte- und Betriebsberichterstatter zum Zeitpunkt Mitte Juni dar und können durch bisher nicht vorherzusehende wachstumsbeeinflussende Faktoren mehr oder weniger vom endgültigen Ergebnis abweichen.

## April 2010: Die Thüringer Industrie im deutschlandweiten Vergleich

Im April 2010 stieg der Umsatz in den größeren Thüringer Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 17,7 Prozent auf 2,0 Mrd. Euro. In der Summe der neuen Bundesländer wurde mit 14,7 Prozent ein geringerer Anstieg erreicht. Deutschlandweit war der Umsatzzuwachs mit 16,1 Prozent ebenfalls geringer. Im bundesweiten Ländervergleich erreichte Thüringen den 6. Platz bei der Umsatzentwicklung.

Der Thüringer Absatz auf den inländischen Markt stieg im April 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 14,4 Prozent. In den Industriebetrieben aller neuen Bundesländer und in Deutschland wurden mit 11,5 bzw. 9,4 Prozent geringere Zuwächse beim Inlandsatz erzielt. Mit seinem Umsatzanstieg im Geschäft mit dem Inland rangierte Thüringen auf dem 4. Platz.

Der Auslandsatz Thüringens erhöhte sich im April 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 26,2 Prozent. In den Industriebetrieben der neuen Bundesländer erhöhte sich der Umsatz um 21,4 Prozent und damit nicht so schnell. In Deutschland stieg der Umsatz in das Ausland mit 25,1 Prozent etwas langsamer als in Thüringen. Im Auslandsgeschäft rangierte Thüringen auf dem 7. Platz der Bundesländer.

3) Die Monilia-Krankheit des Kern- und Steinobstes wird durch die Pilze *Monilia laxa* (häufig auch als ‚Steinobstmonilia‘ bezeichnet) und *Monilia fructigena* (häufig auch als ‚Kernobstmonilia‘ bezeichnet) hervorgerufen. Erscheinungsbilder bei der Monilia-Krankheit sind Spitzendürre sowie Fruchtfäule und die nur bei der Obstlagerung auftretende Schwarzfäule.

Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug in Thüringen 30,5 Prozent. Damit war sie um 3,0 Prozentpunkte niedriger als die der neuen Bundesländer und lag um 15,2 Prozentpunkte unter dem deutschlandweiten Wert.

Bei der Entwicklung der Beschäftigten hatte Thüringen im April 2010 zum Vorjahresmonat ein Minus von 2,6 Prozent. In den neuen Bundesländern wurde ein geringerer Rückgang um 2,2 Prozent ermittelt. In Deutschland sank die Beschäftigtenzahl etwas stärker um 3,8 Prozent. Thüringen lag an 6. Stelle aller Bundesländer.

Der Beschäftigtenrückgang bei gleichzeitigem Umsatzanstieg blieb nicht ohne Einfluss auf die Umsatzproduktivität: Der Umsatz je Beschäftigten stieg in Thüringen schneller als im Durchschnitt der neuen Bundesländer und auch geringfügig schneller als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der 16 Bundesländer rangierte Thüringen auf dem 7. Platz.

### **Das Thüringer Bauhauptgewerbe von Januar bis April 2010 im Vergleich**

Von Januar bis April 2010 sank der Umsatz in den Betrieben des Thüringer Bauhauptgewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 16,3 Prozent auf 336 Mill. Euro. In den neuen Bundesländern (- 15,8 Prozent) und in Deutschland (- 12,1 Prozent) fielen die Rückgänge geringer aus.

Der Auftragseingangsindex im Bauhauptgewerbe, als wichtiger Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung, erhöhte sich in den ersten vier Monaten 2010 in Thüringen um 3,1 Prozent. Für Deutschland wurde ein wesentlich höherer Anstieg um 7,5 Prozent ermittelt.

Der Anstieg der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,8 Prozent lag in Thüringen höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt (+ 1,5 Prozent). In der Summe der neuen Bundesländer verringerte sich die Zahl der Baubeschäftigten um 3,7 Prozent.

Bei den geleisteten Arbeitsstunden wurde für das Thüringer Bauhauptgewerbe ein Absinken um 4,9 Prozent festgestellt. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer verringerte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden deutlich um 12,1 Prozent. Deutschlandweit fiel der Rückgang mit 4,4 Prozent etwas geringer aus.

Der Umsatz je Beschäftigten (Umsatzproduktivität) sank in Thüringen in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 um 18,6 Prozent. Im Bundesdurchschnitt und auch im Durchschnitt der neuen Bundesländer wurden geringere Rückgänge um 13,3 bzw. 12,3 Prozent registriert.

### **Thüringer Handwerk im ersten Quartal 2010**

Im ersten Quartal 2010 gab es in den zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen in Thüringen nach vorläufigen Ergebnissen 1,4 Prozent weniger Beschäftigte als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig gingen die Umsätze um 10,2 Prozent zurück. Deutschlandweit sanken die Beschäftigtenzahl im ersten Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent und der Umsatz um 6,7 Prozent.

Zwischen den einzelnen Gewerbegruppen verlief die Entwicklung recht unterschiedlich, wobei der Personalbestand fast durchweg etwas geringer war als im ersten Quartal 2009.

Lediglich die Handwerker im Gesundheitsgewerbe konnten einen Beschäftigtenzuwachs verzeichnen (+ 1,1 Prozent), der mit einem Umsatzplus von 5,2 Prozent einherging.

Höhere Umsätze als im Vorjahr erzielten auch die Handwerker im Lebensmittelgewerbe mit einem Zuwachs von 1,4 Prozent (Beschäftigte: - 0,4 Prozent) und im Ausbaugewerbe mit einem leichten Plus von 0,5 Prozent (Beschäftigte: - 0,5 Prozent).

In den anderen Gewerbegruppen lagen sowohl die Beschäftigtenzahlen als auch die Umsätze gegenüber dem ersten Quartal 2009 im Minus.

So musste das Handwerk im Kraftfahrzeuggewerbe einen Umsatzrückgang von 19,8 Prozent bei 1,4 Prozent weniger Beschäftigten konstatieren.

Im Bauhauptgewerbe betrug das Umsatzminus 12,4 Prozent, das Minus bei den Beschäftigten 0,8 Prozent.

Einen Umsatzrückgang um 14,3 Prozent und 4,6 Prozent weniger Beschäftigte verzeichneten die Handwerker für den gewerblichen Bedarf.

Bei den Handwerkern für den privaten Bedarf sank der Umsatz gegenüber dem ersten Quartal 2009 um 1,1 Prozent, die Zahl der Beschäftigten ging um 4,3 Prozent zurück.

### **Rückgang des Wohnungsbestandes im Jahr 2009 etwas höher als im Vorjahr**

Ende 2009 gab es nach Berechnungen der amtlichen Wohnungsbestandsfortschreibung 1 165 587 Wohnungen in Thüringen.

Im Verlauf des Jahres 2009 gingen insgesamt 8 429 Wohnungen aus dem Wohnungsbestand verloren, 3 707 Wohnungen durch Abbruch und 4 722 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden einschließlich sonstigem Abgang.

Durch Neubau (2 154 Wohnungen) und durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden einschließlich sonstigem Zugang (+ 5 340 Wohnungen) gab es einen Anstieg um insgesamt 7 494 Wohnungen.

Im Saldo verringerte sich der Wohnungsbestand in Thüringen mit Stichtag 31.12.2009 zum Vorjahresstichtag um 935 Wohnungen (Vorjahr: - 757 Wohnungen). Damit setzte sich die seit 2004 registrierte rückläufige Entwicklung des Wohnungsbestandes fort.

Trotz der Verringerung des Wohnungsbestandes ist der Versorgungsgrad (Wohnungen je 1 000 Einwohner) leicht angestiegen, da der Rückgang der Bevölkerung höher ausfiel als die Verringerung des Wohnungsbestandes.

Im Jahr 2009 standen nach vorläufigen Angaben je 1 000 Einwohner 516 Wohnungen (2008: 514 Wohnungen, 2007: 510 Wohnungen) zur Verfügung.

Am gesamten Wohnungsbestand hatten die 4-Raumwohnungen mit einem Drittel (33,0 Prozent) den höchsten Anteil. Es folgten die 3-Raumwohnungen mit 23,1 Prozent und die 5-Raumwohnungen mit 19,7 Prozent. Unter 10 Prozent Anteil hatten die 6-Raumwohnungen mit 9,5 Prozent, die 2-Raumwohnungen mit 6,0 Prozent und die 1-Raumwohnungen mit 1,4 Prozent.

Verringert hat sich der Wohnungsbestand bei Wohnungen mit 1 bis 4 Räumen einschließlich Küche (- 2 033 Wohnungen). Dagegen war bei den größeren Wohnungen (mit 5 oder mehr Räumen) ein Anstieg um 1 098 Wohnungen festzustellen.

Diese Entwicklung führte 2009 zu einem geringen Anstieg der verfügbaren Wohnfläche je Einwohner. Sie vergrößerte sich im Landesdurchschnitt von 39,6 Quadratmeter im Jahr 2008 auf 39,9 Quadratmeter im Jahr 2009.

Im Jahr 2009 war eine durchschnittliche Wohnung 77,2 Quadratmeter groß (2008: 77,0 Quadratmeter).

### **Mai 2010: Weniger Verkehrsunfälle und Verkehrstote als im vergleichbaren Vorjahresmonat**

Im Mai 2010 wurden durch die Thüringer Polizei 4 273 Unfälle aufgenommen. Das waren 322 Unfälle weniger (-7,0 Prozent) als im Mai 2009. Erfreuliches Fazit: In jedem Monat von Januar bis Mai 2010 gab es im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahresmonat eine positivere Unfallbilanz.

Dabei ist die Zahl der Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, um 21,0 Prozent auf 554 Unfälle zurückgegangen.

Unfälle mit Sachschaden verzeichneten einen Rückgang insgesamt um 4,5 Prozent auf 3 719 Unfälle. Die Zahl der Unfälle, bei denen dabei ein schwerer Sachschaden entstand, wobei mindestens ein Kraftfahrzeug abgeschleppt werden musste, erhöhte sich um 14,4 Prozent auf 214 Unfälle. Sachschadensunfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderer berauschender Mittel verringerten sich um 14,0 Prozent auf 49 Unfälle und die Bagatellunfälle sanken um 5,3 Prozent auf 3 456 Unfälle.

Bei den 554 Verkehrsunfällen mit Personenschaden im Mai 2010 wurden 10 Personen getötet und 685 Personen verletzt. Das waren 2 Getötete und 210 Verletzte weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Unter den Getöteten waren 6 Pkw-Fahrer, 2 Pkw-Mitfahrer, 1 Motorradfahrer und 1 Fußgänger.

Von Januar bis Mai 2010 ereigneten sich auf Thüringer Straßen 22 280 Straßenverkehrsunfälle. Das waren 932 bzw. 4,0 Prozent weniger polizeilich erfasste Unfälle als in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres.

Bei den meisten Unfällen (89,5 Prozent bzw. 19 950 Unfälle) kam es im Zeitraum Januar bis Mai 2010 zu Sachschäden. Die Zahl der Sachschadensunfälle sank dabei um 2,2 Prozent.

Deutlich verringert haben sich die Unfälle mit Personenschaden im Vergleich der ersten fünf Monate um 493 Unfälle bzw. 17,5 Prozent auf 2 330 Unfälle. Bei diesen Unfällen kamen 41 Verkehrsteilnehmer ums Leben, 12 Menschen weniger als von Januar bis Mai 2009. Auch die Zahl der Verletzten ging um 656 Personen auf 3 042 zurück.

### **Mehr erfolgreiche Abschlüsse an Thüringer Hochschulen im Prüfungsjahr 2009**

An den 10 Thüringer Hochschulen führten im Prüfungsjahr 2009 insgesamt 8 930 Prüfungen, darunter 4 628 von Frauen (51,8 Prozent), zu erfolgreichen Abschlüssen von Studium oder Promotion. Das waren 860 erfolgreiche Abschlussprüfungen mehr (+ 10,7 Prozent) als im Jahr zuvor, wobei die Zahl der Frauen um 477 und die der Männer um 383 stieg.

Von den 4 Thüringer Universitäten und der Hochschule für Musik wurden 3 123 Diplomprüfungen und entsprechende Abschlüsse, 571 Promotionen sowie 722 Lehramtsprüfungen gemeldet.

In den Fachhochschulstudiengängen an den 4 Fachhochschulen und den 2 Verwaltungsfachhochschulen waren es 1 882 Diplomabschlüsse.

Weiterhin gab es an den 10 Hochschulen 171 künstlerische Abschlüsse, 1 745 Bachelor- und 452 Masterabschlüsse sowie 264 sonstige Abschlüsse.

Allein auf Frauen entfielen 71,9 Prozent der Lehramtsprüfungen, 45,0 Prozent der Fachhochschulabschlüsse, 55,6 Prozent der künstlerischen Abschlüsse, 51,9 Prozent der Bachelor- und 49,6 Prozent der Masterabschlüsse. Der Frauenanteil bei den Diplomprüfungen betrug 54,6 Prozent, bei den Promotionen 42,0 Prozent und bei den sonstigen Abschlüssen 34,8 Prozent.

Im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden mit 2 336 Abschlussprüfungen (26,2 Prozent), wie in den vergangenen Jahren, die meisten Abschlüsse registriert. Jeder vierte dieser Abschlüsse wurde im Fach Betriebswirtschaftslehre abgelegt.

In den Ingenieurwissenschaften stieg die Zahl der Studienabschlüsse um 0,7 Prozent auf 2 058 Abschlüsse (23,0 Prozent).

105 Abschlüsse (5,2 Prozent) wurden erstmals im Fach Medientechnik abgelegt. 250 Prüfungen wurden in dem Studienfach Maschinenbau/-wesen (+ 1,0 Prozent) bestanden. Dagegen sank die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen im Studienfach Bauingenieurwesen/Ingenieurbau um 2,0 Prozent auf 252.

Im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften beendeten 1 320 Studenten (14,8 Prozent) ihr Studium erfolgreich, wobei mit 48,3 Prozent die Studienfächer Biologie, Informatik, Wirtschaftsinformatik und Geographie/Erdkunde dominierten.

In den Bereichen Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften sank die Anzahl der Abschlüsse von 509 auf 468 und der Anteil an allen Abschlüssen von 6,3 auf 5,2 Prozent.

Im Bereich Kunst, Kunstwissenschaft gab es ebenfalls weniger Abschlüsse. Die Anzahl sank von 485 auf 446 Abschlüsse und der Anteil von 6,0 auf 5,0 Prozent.

In den Bereichen Sprach- und Kulturwissenschaften stieg die Anzahl der Abschlüsse von 1 720 auf 1 980 Abschlüsse (von 21,3 auf 22,2 Prozent), in Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften von 153 auf 180 (von 1,9 auf 2,0 Prozent) und in Sport auf 142 (1,6 Prozent).

### **In 259 Fällen vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts durch Thüringer Gerichte im Jahr 2009**

Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen gefährdet, und sind die Eltern nicht gewillt oder in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr erforderlich sind (§ 1666 (1) BGB).

Im Jahr 2009 erfolgten von den Jugendämtern 323 Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. Das waren 14 Fälle bzw. 4,5 Prozent mehr als im Jahr 2008. Jungen waren häufiger betroffen (180 Fälle bzw. 55,7 Prozent).

Im Jahr 2009 ordneten die Gerichte Thüringens in 259 Fällen den vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge an. Ein Jahr zuvor waren es 251 gerichtliche Maßnahmen. In 140 Fällen (54,1 Prozent) betrafen die Maßnahmen Jungen.

Das Personensorgerecht wurde im Jahr 2009 in 185 Fällen ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen, darunter in 38 Fällen nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Ein Jahr zuvor waren es insgesamt 209 Fälle, darunter ebenfalls in 38 Fällen nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht.

### **3 613 Pensionempfänger Anfang 2010 bei Land und Kommunen**

Anfang 2010 erhielten 3 613 ehemalige Bedienstete von Land und Kommunen Versorgungsbezüge. Der Leistungsanspruch begründete sich bei 2 816 Personen auf eine frühere Tätigkeit beim Land und bei 797 Personen bei den Kommunen.

Hinzu kamen 478 Witwen bzw. Witwer und 158 Waisen, an die Hinterbliebenenrenten gezahlt wurden.

Im Laufe des Jahres 2009 wurden 496 Bedienstete in den Ruhestand versetzt, 433 beim Land und 63 bei den Kommunen. Im Jahr 2008 waren es 449 Personen.

34 Prozent aller Neupensionierungen erfolgten mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren.

Für weitere 31 Prozent lag dieser Zeitpunkt durch die für ihre Berufsgruppe geltende besondere Altersgrenze (Polizei-, Justiz- sowie Feuerwehrdienst) bei 60 Jahren.

Auf Antrag schieden 1 bzw. 14 Prozent mit dem 60. bzw. 63. Lebensjahr aus dem aktiven Dienst aus sowie 3 Prozent wegen dem Ablauf der festgesetzten Dienstzeit.

17 Prozent wurden auf Grund einer amtsärztlich festgestellten Dienstunfähigkeit pensioniert.

### **Verbraucherpreisindex im Juni 2010 unverändert gegenüber Mai 2010**

Der Verbraucherpreisindex blieb in Thüringen im Juni 2010 gegenüber dem Monat Mai 2010 unverändert auf einem Indexstand von 107,2 (Basis 2005=100).

Die Jahresteuerrate fiel von 0,9 Prozent im Mai auf 0,7 Prozent im Juni.

Trotz unverändertem Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vormonat wurden erhebliche Preisänderungen in den einzelnen Bereichen des erfassten Warenkorbes verzeichnet.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke legten mit einem Plus von 0,8 Prozent deutlich zu. Nennenswert sind hier Speisefette- und öle (+ 5,9 Prozent), darunter die Butter (+ 11,0 Prozent), Obst (+ 4,1 Prozent) und Fische bzw. Fischwaren (+ 1,1 Prozent). Die Preise für Kaffee, Tee, Kakao erhöhten sich um 4,6 Prozent, darunter Kaffee um 7,9 Prozent. Mit Beginn des Sommers mussten die Verbraucher für alkoholfreie Getränke (+ 2,0 Prozent) und für alkoholische Getränke (+ 0,7 Prozent) mehr bezahlen.

Günstiger wurde Gemüse (- 0,7 Prozent) angeboten.

Saisonbedingt erhöhten sich die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen um 0,9 Prozent, angeführt von der Miete für Ferienwohnungen (+ 7,7 Prozent), der Übernachtung in Jugendherbergen (+ 2,8 Prozent) und den Ferien auf dem Lande (+ 1,1 Prozent).

Der Anstieg des Goldpreises schlug sich in der Preiserhöhung für Schmuck aus Edelmetall (+ 5,4 Prozent) nieder.

Im Bereich Verkehr (- 0,4 Prozent) gaben die Preise Mitte Juni leicht nach. Es konnten Kraftstoffe (- 1,3 Prozent) günstiger getankt werden.

Im Vergleich zum Juni 2009 betrug die Teuerungsrate 0,7 Prozent. Im Mai 2010 lag der Wert bei 0,9 Prozent.

Sie wurde maßgeblich beeinflusst von Erzeugnissen der Nachrichtenübermittlung (- 2,0 Prozent). Preise für Mobiltelefone waren im Jahresvergleich um 14,6 Prozent billiger.

Bekleidung und Schuhe wiesen im Monatsvergleich niedrigere Preise aus, sind aber um 2,4 Prozent teurer als vor einem Jahr.

Für die Tankfüllung zum Start in die Thüringer Sommerferien musste dieses Jahr mehr bezahlt werden. Diesel kostete 14,1 Prozent mehr, Normalbenzin 6,6 Prozent und Superbenzin 6,4 Prozent.

### **Mai 2010: Bauleistungspreise für Wohngebäude zum Vorquartal um 0,4 Prozent gestiegen**

Die Preise für Wohngebäude waren im 2. Quartal 2010 um 0,4 Prozent teurer als im Vorquartal. Der Indexstand betrug 112,7 (Basis: 2005 = 100). Nach einer Unterbrechung im Februar 2010 setzt sich der Trend des Preisanstiegs fort. Im Vergleich zum Mai 2009 lag der Preisindex um 0,6 Prozent höher.

Die Preise für Roh- und Ausbauarbeiten an Wohngebäuden waren im Mai durchschnittlich 0,4 Prozent teurer als im Februar 2010. Mit Ausnahme der Maurerarbeiten (- 0,4 Prozent) stiegen die Preise für Rohbauarbeiten durchweg an. Die Preisanstiege bewegten sich im Wesentlichen zwischen 0,1 und 1,7 Prozent. Allein für Gerüstarbeiten mussten 6,2 Prozent mehr als im Februar 2010 bezahlt werden.

Für Ausbauarbeiten waren die Preise im Mai im Vergleich zum Vorquartal stabil. Preissenkungen und -anstiege blieben moderat. Sie beliefen sich zwischen minus 1,3 Prozent für Betonwerksteinarbeiten und maximal 1,5 Prozent für raumluftechnische Anlagen.

Die Preisentwicklung für den Bau von Nichtwohngebäuden – das sind Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude – verlief im Vergleich zum Februar 2010 analog.

Die Preise für die Instandhaltung von Wohngebäuden stiegen zum Vorquartal. Auch im Vergleich zum Vorjahresquartal erhöhten sich mit Ausnahme der Außenanlagen die Preise. Teurer wurden auch sonstige Bauwerke sowohl im Vergleich zum Februar 2010 als auch zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Edgar Freund

Telefon: 0361 37-84114; e-mail: edgar.freund@statistik.thueringen.de

## Thüringen aktuell

Der Monat Mai 2010 war im Vergleich zum April 2010 in den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe von einem annähernd gleichen Niveau des Umsatzes, der Produktivität und der Beschäftigtenzahl sowie leicht sinkenden Auftragseingängen gekennzeichnet (bei einem Arbeitstag weniger). Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Beschäftigtenzahl zurück, die anderen Kennziffern stiegen dagegen deutlich an (bei gleicher Zahl von Arbeitstagen).

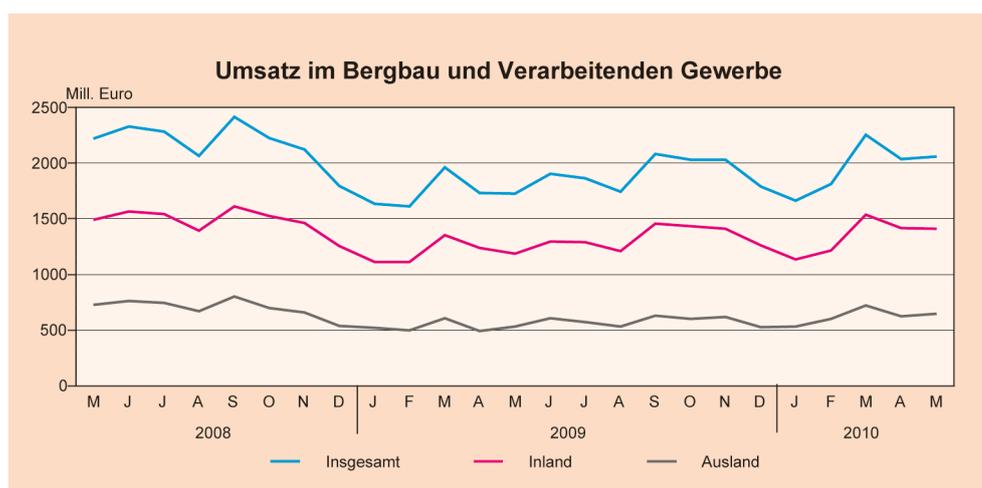
Im Bauhauptgewerbe lagen im Mai dieses Jahres alle genannten Kennziffern über den Werten vom April 2010. Im Vergleich zu Mai 2009 waren jedoch nur die Beschäftigtenzahlen angestiegen, die anderen Kennziffern gingen zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen ging im Mai 2010, wie auch schon in den beiden Vormonaten, weiter zurück und lag deutlich unter der Arbeitslosenzahl des vergleichbaren Vorjahresmonats.

### Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

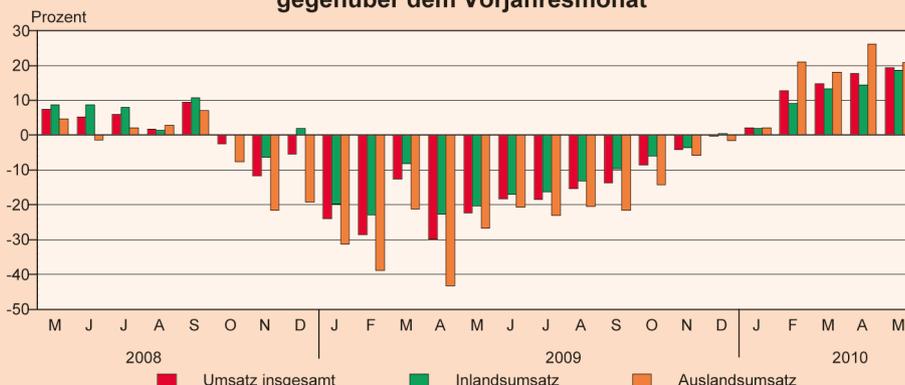
**Umsatz deutlich höher als im Vorjahresmonat**

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe stieg der **Umsatz** der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten im Monat Mai 2010 gegenüber dem Vormonat (bei einem Arbeitstag weniger) leicht an (+ 0,9 Prozent) und war mit einem Volumen von 2 058 Mill. Euro um 19,4 Prozent (+ 334 Mill. Euro) höher als im Mai des Vorjahres (bei gleicher Zahl von Arbeitstagen).



Der hohe Umsatzzuwachs gegenüber Mai 2009 resultierte aus dem um 18,7 Prozent (+ 222 Mill. Euro) gestiegenen Inlandsumsatz und dem um 20,9 Prozent (+ 112 Mill. Euro) gestiegenen Auslandumsatz. Der Umsatz war damit seit Januar 2010 stets höher als der jeweils vergleichbare Vorjahresmonat und das Wachstum stieg kontinuierlich an.

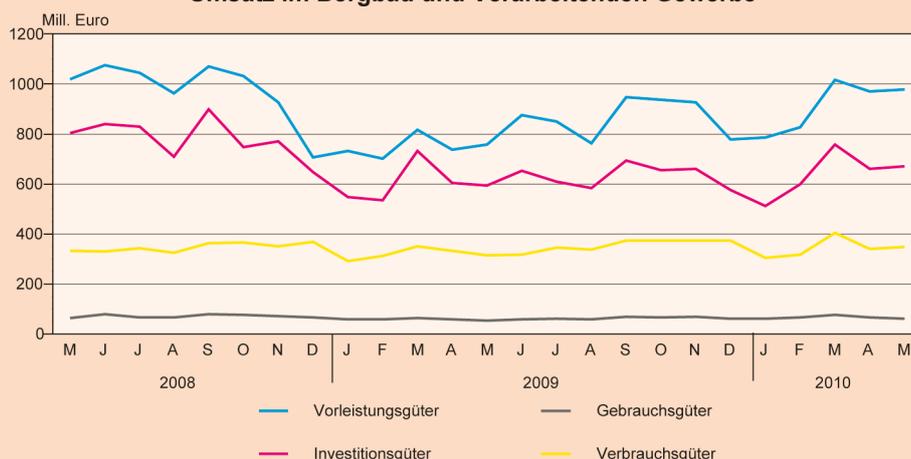
### Veränderungen des Umsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat



Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg der Umsatz in allen vier Hauptgruppen, darunter bei den Vorleistungsgüterproduzenten um 28,7 Prozent und bei den Gebrauchsgüterproduzenten um 15,2 Prozent.

**Umsatzanstieg in allen vier Hauptgruppen**

### Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Bis Ende Mai 2010 war der Umsatz seit Jahresbeginn (9 831 Mill. Euro) um 13,5 Prozent höher (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen) als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres (+ 1 171 Mill. Euro). Während der Inlandsumsatz (6 715 Mill. Euro) dabei um 11,7 Prozent anstieg (+704 Mill. Euro), erhöhte sich der Auslandsumsatz um 17,6 Prozent (+ 466 Mill. Euro) auf 3 117 Mill. Euro. Durch das höhere Wachstum des Auslandsumsatzes stieg die **Exportquote** (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) auf 31,7 Prozent (Vorjahreszeitraum: 30,6 Prozent).

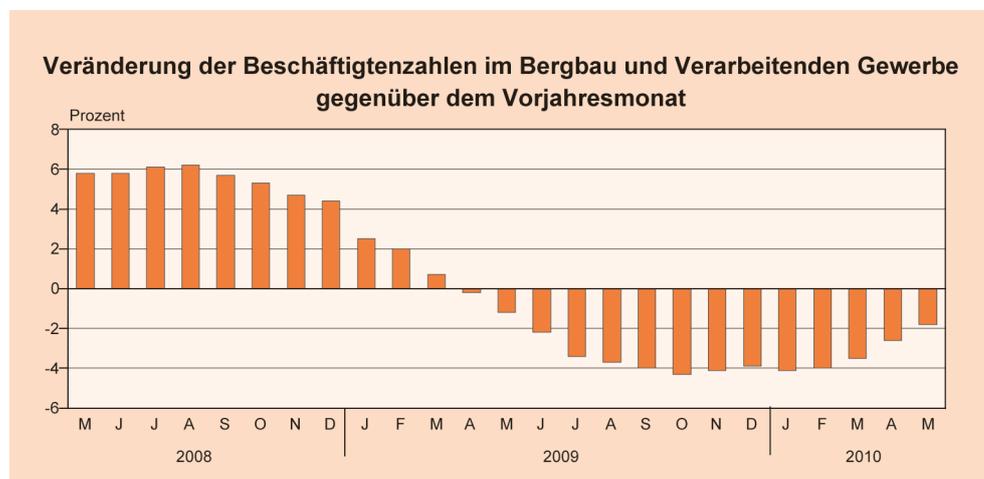
**Exportquote seit Jahresbeginn gestiegen**

Umsatzanstiege konnten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres alle vier Hauptgruppen verbuchen, darunter wiesen die Vorleistungsgüterproduzenten mit + 22,2 Prozent wiederum den größten Anstieg auf. Die höchste Exportquote hatte mit 39,9 Prozent (Vorjahreszeitraum: 39,0 Prozent) weiterhin die Gruppe der Investitionsgüterproduzenten aufzuweisen, gefolgt von der Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten mit 35,5 Prozent (30,3 Prozent).

Die Anzahl der **Beschäftigten** im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) ist seit Februar dieses Jahres wieder leicht ansteigend.

## Rückgang der Beschäftigtenzahl verlangsamt sich

gend, darunter im Monat Mai 2010 gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent bzw. 275 Personen. Mit 124 284 Personen waren jedoch 2 321 Beschäftigte weniger in diesem Bereich tätig als im Mai des Vorjahres (- 1,8 Prozent). Der Rückgang zum jeweiligen Vorjahresmonat hat sich jedoch seit Februar dieses Jahres verringert.

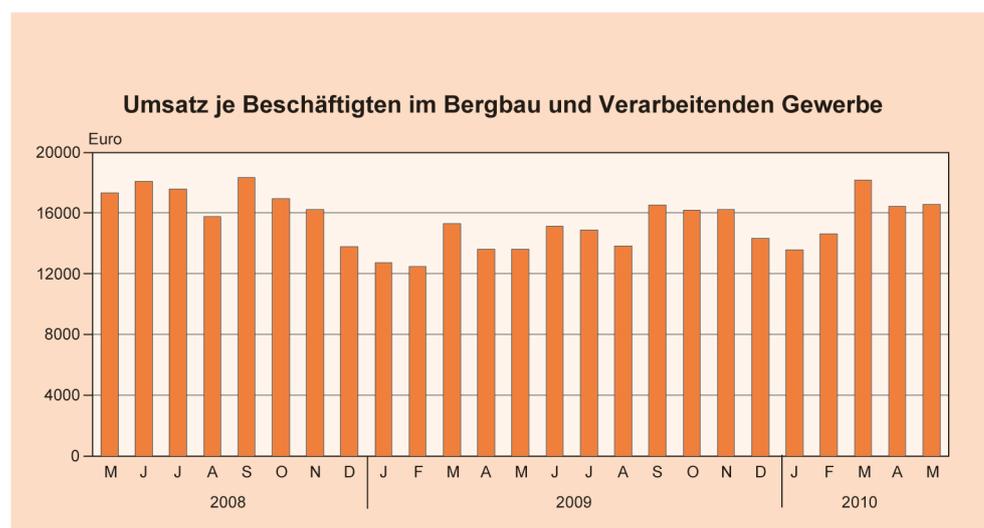


Die Beschäftigtenzahl war in den ersten fünf Monaten dieses Jahres jedoch durchschnittlich um 3,2 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei konnten die Verbrauchsgüterproduzenten (+ 4,0 Prozent bzw. + 770 Personen) als einzige Hauptgruppe steigende Beschäftigtenzahlen vorweisen. Am stärksten rückläufig war die Beschäftigtenzahl bei den Investitionsgüterproduzenten (- 5,5 Prozent bzw. - 2 308 Personen).

## Produktivität gegenüber Vorjahr deutlich angestiegen

Die Produktivität (**Umsatz je Beschäftigten**) erreichte im Mai dieses Jahres einen Wert von 16 556 Euro und war damit um 0,7 Prozent höher als im Vormonat (bei einem Arbeitstag weniger). Im Vergleich zum Mai 2009 stieg die Produktivität um 21,6 Prozent (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen).

Im Zeitraum Januar bis Mai 2010 wurde ein Umsatz je Beschäftigten von 79,4 Tsd. Euro erreicht, 17,3 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

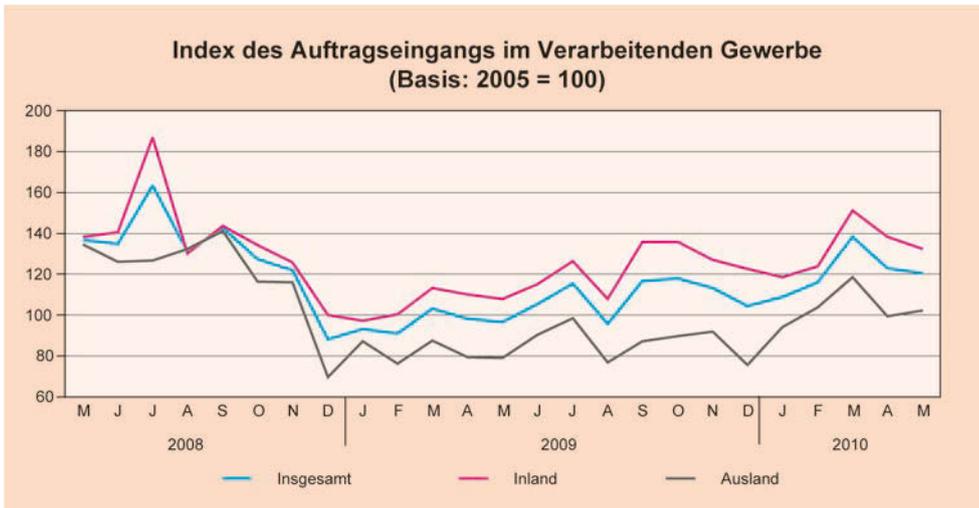


Die geleisteten **Arbeitsstunden** waren im Monat Mai 2010 mit 16,1 Mill. Stunden zwar um 3,7 Prozent niedriger als im April dieses Jahres, lagen jedoch um 4,5 Prozent über dem Wert vom Mai des Vorjahres. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,8 Stunden (April 2010: 6,8

Stunden; Mai 2009: 6,4 Stunden). In den ersten fünf Monaten 2010 wurden 83,6 Mill. Arbeitsstunden geleistet, 2,4 Prozent bzw. 1,9 Mill. Stunden mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Der **Volumenindex des Auftragseingangs** (Basis: 2005 = 100) im Verarbeitenden Gewerbe ging im Mai 2010 etwas zurück und lag mit einem Stand von 120,6 um 2,0 Prozent unter dem Wert des Vormonats. Im Vergleich zum Monat Mai 2009 hat sich die Auftragslage jedoch deutlich um 25,0 Prozent verbessert, was sowohl auf die gestiegenen Auftragseingänge aus dem Inland (+ 23,0 Prozent) als auch aus dem Ausland (+ 29,5 Prozent) zurückzuführen ist.

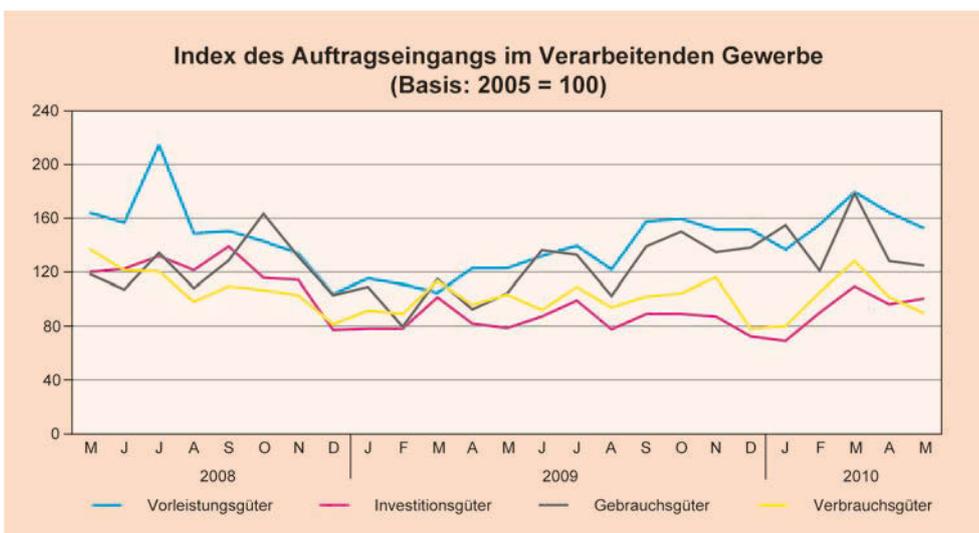
**Auftragslage wesentlich besser als im Vorjahr**



Im Zeitraum Januar bis Mai 2010 lag der durchschnittliche Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2005 = 100) im Verarbeitenden Gewerbe um 26,2 Prozent über dem des gleichen Vorjahreszeitraumes. Dabei stiegen die Aufträge aus dem Inland um 26,0 Prozent und die Order aus dem Ausland um 26,8 Prozent.

Nach Hauptgruppen betrachtet stieg der Auftragseingangsindex in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 in allen vier Hauptgruppen an, wobei die Gebrauchsgüterproduzenten und die Vorleistungsgüterproduzenten mit +41,4 Prozent bzw. +37,5 Prozent die größten Zuwächse verbuchen konnten.

**Auftragslage hat sich in allen vier Hauptgruppen verbessert**



## Bauhauptgewerbe

**Baugewerblicher Umsatz im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau zum Vormonat deutlich gestiegen**

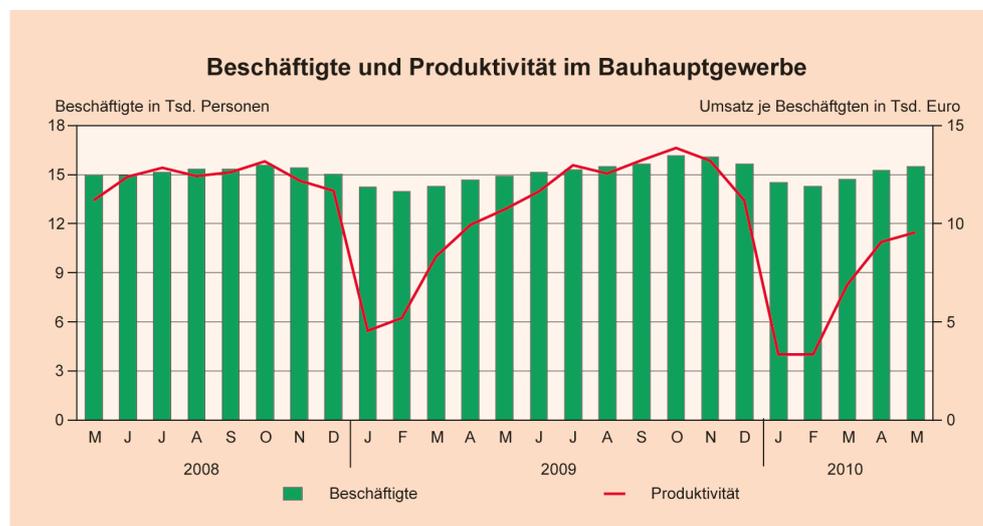
Der **Umsatz** der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes lag im Monat Mai dieses Jahres mit 148 Mill. Euro um 6,6 Prozent über dem Wert des Vormonats (bei einem Arbeitstag weniger). Im Vergleich zu Mai 2009 war das Umsatzvolumen jedoch um 7,5 Prozent zurückgegangen (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen). Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahresmonat erfolgte allein im öffentlichen und Straßenbau (Rückgang des baugewerblichen Umsatzes um 16,6 Prozent). Im Wohnungsbau (+ 13,2 Prozent) und im gewerblichen Bau (+6,3 Prozent) haben sich die Umsätze dagegen deutlich erhöht.

In der Summe der ersten fünf Monate dieses Jahres lag der Umsatz im Bauhauptgewerbe deutlich unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums (-13,8 Prozent), bei gleicher Zahl an Arbeitstagen. Der baugewerbliche Umsatz sank dabei im öffentlichen und Straßenbau um 17,2 Prozent, im gewerblichen Bau um 12,0 Prozent und im Wohnungsbau um 2,5 Prozent.

**Beschäftigtenzahl höher als im Vorjahr**

Die Zahl der **Beschäftigten** im Bauhauptgewerbe hat sich im Mai 2010 weiter leicht erhöht. Mit 15 484 Personen waren 210 Personen (+ 1,4 Prozent) mehr beschäftigt als im April dieses Jahres. Die Beschäftigtenzahl des gleichen Vorjahresmonats (14 896 Personen) konnte ebenfalls überboten werden (+ 3,9 Prozent bzw. + 588 Personen).

Mit 9 553 Euro **Umsatz je Beschäftigten** war die Produktivität im Bauhauptgewerbe im Mai 2010 um 5,1 Prozent höher als im Vormonat, da der Umsatz stärker anstieg als die Beschäftigtenzahl. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Produktivität jedoch um 11,0 Prozent zurück.



In den ersten fünf Monaten dieses Jahres war die Produktivität im Bauhauptgewerbe um 16,4 Prozent niedriger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres.

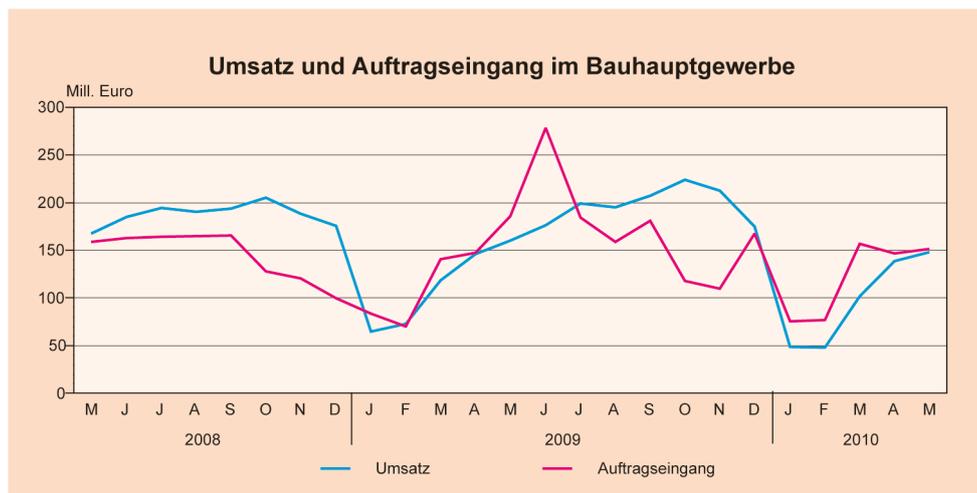
**Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich gegenüber Vorjahr erhöht**

Die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden** betrug im Mai dieses Jahres 1 718 Tsd. Stunden, 3,3 Prozent mehr als im Mai 2009, wobei allein im gewerblichen Bau ein Anstieg um 17,8 Prozent zu verzeichnen war. Im öffentlichen und Straßenbau ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 4,5 Prozent und im Wohnungsbau um 3,8 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 3,0 Prozent zurück.

Im Zeitraum Januar bis Mai 2010 war die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe um 2,8 Prozent geringer als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres, darunter im Wohnungsbau um 13,1 Prozent und im öffentlichen und Straßenbau um 4,2 Prozent. Im gewerblichen Bau hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 1,6 Prozent erhöht.

Der **Auftragseingang** im Bauhauptgewerbe hat sich im Monat Mai 2010 gegenüber dem Vormonat verbessert, die Auftragseingänge stiegen um 3,2 Prozent bzw. 5 Mill. Euro an. Das Gesamtvolumen der Auftragseingänge war mit 151 Mill. Euro jedoch um 18,5 Prozent bzw. 34 Mill. Euro geringer als im Mai 2009.

**Auftragseingänge deutlich niedriger als im Mai 2009**



Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2005 = 100) war mit einem Wert von 98,5 zwar um 1,2 Prozent höher als im Vormonat, lag aber um 18,9 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Das Volumen der Auftragseingänge seit Jahresbeginn war mit 607 Mill. Euro um 3,3 Prozent bzw. 20 Mill. Euro niedriger als im Zeitraum Januar bis Mai 2009. Verursacht wurde dieser Rückgang allein vom öffentlichen und Straßenbau (Rückgang um 7,5 Prozent bzw. 32 Mill. Euro). Im Wohnungsbau (+ 7,5 Prozent bzw. + 3 Mill. Euro) und im gewerblichen Bau (+ 4,9 Prozent bzw. + 8 Mill. Euro) hat sich das Auftragsvolumen dagegen erhöht.

## Baugenehmigungen

Von Januar bis Mai 2010 wurden in Thüringen mit den gemeldeten 1 657 Baugenehmigungen bzw. Bauanzeigen 962 *Wohnungen* zum Bau freigegeben.

Die Anzahl der genehmigten Wohnungen (einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) verringerte sich gegenüber den ersten fünf Monaten 2009 um 294 Wohnungen bzw. 23,4 Prozent. Diese Entwicklung ist auf eine relativ hohe Zahl genehmigter Wohnungen im Vorjahr zurückzuführen. Das betrifft alle Wohnungstypen, vor allem aber genehmigte Wohnungen, die im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden entstehen sollen und Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

**Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ging zurück**

Fast 81 Prozent der genehmigten Wohnungen werden in Neubauten entstehen, davon 772 Wohnungen in neuen Wohngebäuden und 7 Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden.

Die Bauherren neuer Wohngebäude haben mit den 772 Wohnungen 112 Wohnungen weniger geplant als von Januar bis Mai 2009.

In neuen Mehrfamilienhäusern wurden 194 Wohnungen genehmigt. Das sind 91 Wohnungen bzw. 31,9 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten 2009.

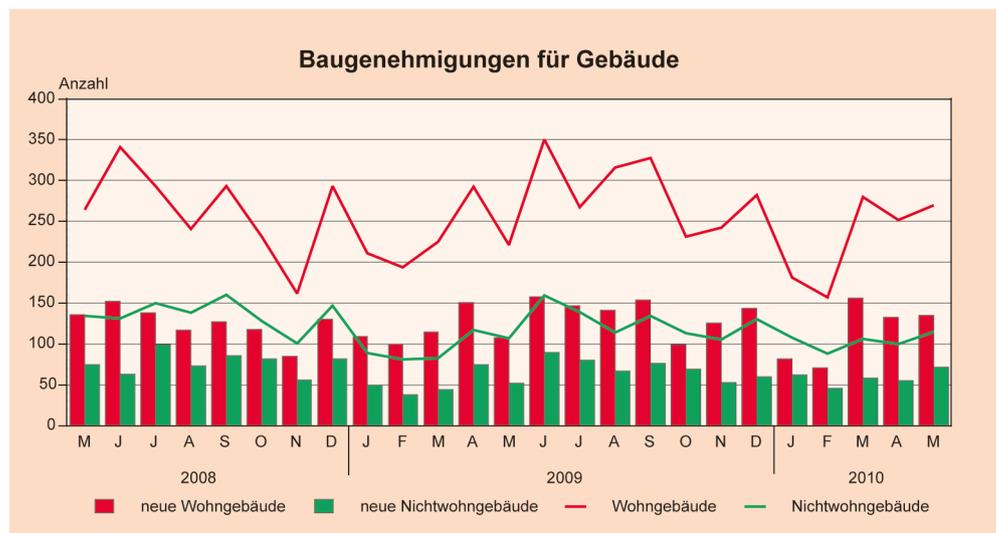
Die Zahl der genehmigten Wohnungen in neuen Zweifamilienhäusern nahm um 24 Wohnungen bzw. 31,6 Prozent ab. Ihre Anzahl verringerte sich damit auf 52 genehmigte Wohnungen.

## Baugenehmigungen für neue Einfamilienhäuser auf Vorjahresniveau

Mit 526 Wohnungen in neuen Einfamilienhäusern wurde das Vorjahresniveau der ersten fünf Monate 2009 leicht überschritten. Die Zahl der Wohnungen nahm um 3 Wohnungen bzw. 0,6 Prozent zu.

Der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern an allen genehmigten neuen Wohnungen lag von Januar bis Mai 2010 bei fast 68 Prozent. Diese Gebäudeart dominiert damit nach wie vor den Wohnungsneubau.

Im Rahmen von Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Gebäuden sollen 183 Wohnungen entstehen und damit 50 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten 2009 (366 Wohnungen).



## Anhaltende Baunachfrage im Nichtwohnbau

Von Januar bis Mai 2010 gaben die Thüringer Bauaufsichtsbehörden 517 neue *Nichtwohngebäude* bzw. Baumaßnahmen für Um-, Aus- und Erweiterungsbauten an bestehenden Nichtwohngebäuden zum Bau frei. Das waren 40 Baugenehmigungen bzw. 8,4 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten 2009.

Die genehmigte Nutzfläche erhöhte sich gegenüber den ersten fünf Monaten 2009 um 21,8 Prozent auf 238 Tsd. Quadratmeter.

Von den 517 Baugenehmigungen im Nichtwohnbau entfielen 293 auf neue Nichtwohngebäude. Das entsprach einem Anteil von 56,7 Prozent.

Im Vergleich der ersten fünf Monate 2009 und 2010 stieg die Zahl der neuen Nichtwohngebäude um 34 Genehmigungen bzw. 13,1 Prozent. Der genehmigte umbaute Raum für diese neuen Nichtwohngebäude vergrößerte sich um 23,8 Prozent auf 1 519 Tausend Kubikmeter.

## Handel

Der **Umsatz** im Thüringer **Einzelhandel** war nach vorläufigen Berechnungen im Mai 2010 real (preisbereinigt) um 3,0 Prozent und nominal, d.h. in jeweiligen Preisen, um 2,2 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Der Mai 2010 hatte allerdings mit 23 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger als der Mai 2009.

**Umsatz im Einzelhandel ging zurück**

Im Vergleich dazu sind nach vorläufigen Ergebnissen die Umsätze in Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat real um 2,4 Prozent und nominal um 1,4 Prozent zurückgegangen.

Die meisten Branchen des Thüringer Einzelhandels hatten im Mai 2010 sowohl reale als auch nominale Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

Der deutlichste Rückgang war im „Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen“ (Tankstellen) zu beobachten. Hier sanken die realen Umsätze im Vergleich zum Mai 2009 um 12,2 Prozent, die nominalen Umsätze gingen hingegen lediglich um 0,9 Prozent zurück.

Auch die vom Umsatzvolumen bedeutendste Branche des Thüringer Einzelhandels, der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ (hierzu zählen beispielsweise Supermärkte, Kaufhäuser und Verbrauchermärkte), hatte im Mai 2010 deutliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen (real: - 5,3 Prozent, nominal: - 4,4 Prozent).

Umsatzzuwächse konnten hingegen der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“ (z.B. „Einzelhandel mit Uhren und Schmuck“ und „Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln“) und der „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, nicht an Verkaufsständen oder auf Märkten“ vorweisen. Hier stiegen im Vergleich zum Mai 2009 sowohl die realen als auch die nominalen Umsätze.

### Veränderung des Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen im Thüringer Einzelhandel <sup>1)</sup>

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)	Januar bis Mai 2010				
	Umsatzwerte		Beschäftigte		
	real (in Preisen von 2005)	nominal (in jeweiligen Preisen)	insge- samt	davon	
				Vollzeit	Teilzeit
	Veränderung gegenüber Januar bis Mai 2009				
Prozent					
Einzelhandel insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	- 2,3	- 1,4	- 2,3	- 2,5	- 2,2
darunter					
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art <sup>2)3)</sup>	- 3,7	- 3,3	- 4,3	- 5,9	- 3,6
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. <sup>2)</sup>	- 5,2	- 3,8	- 4,3	- 2,9	- 6,1
Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	- 6,2	6,6	- 1,6	- 1,7	- 1,5
Einzelhandel mit sonstigen Haushalts- geräten usw. <sup>2)</sup>	- 2,6	- 1,9	0,2	0,7	- 0,4
Einzelhandel mit sonstigen Gütern <sup>2)4)</sup>	0,3	1,3	- 0,4	- 0,2	- 0,6
Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten <sup>5)</sup>	- 7,5	1,3	- 15,1	- 13,6	- 20,3

1) vorläufige Ergebnisse

2) in Verkaufsräumen

3) z.B. Supermärkte, Kaufhäuser, Verbrauchermärkte

4) z.B. Einzelhandel mit Bekleidung, Schuhen, Lederwaren, Schmuck; Augenoptiker, Apotheken

5) z.B. Brennstoffhandel, Versand- und Internethandel

## Beschäftigtenzahl im Einzelhandel weiter rückläufig

Die **Beschäftigtenzahlen** im Thüringer Einzelhandel sind - wie auch in den Monaten zuvor - im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken (- 2,2 Prozent), wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (- 2,3 Prozent) nur geringfügig stärker zurückging als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (- 2,0 Prozent).

Für den Zeitraum *Januar bis Mai 2010* steht für den Thüringer Einzelhandel ein Umsatzrückgang von real 2,3 Prozent und nominal 1,4 Prozent zu Buche. Im gleichen Zeitraum gingen die Beschäftigtenzahlen um 2,3 Prozent zurück.

## Beherbergungswesen

### Zahl der Gäste und Übernachtungen in Beherbergungsstätten hat sich erhöht

In den Thüringer Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten und auf Campingplätzen (ohne Dauercamping) wurden im Mai dieses Jahres 363 401 Gäste empfangen. Das waren 9 506 Ankünfte bzw. 2,7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 8 784 bzw. 0,9 Prozent auf 935 300.

Aus dem Ausland kamen im Mai 2010 reichlich 25 Tsd. Besucher und damit 11,8 Prozent mehr als noch im Mai 2009. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls deutlich um 7,5 Prozent auf 55 Tsd. an. Die ausländischen Gäste verweilten in Thüringen mit durchschnittlich 2,2 Tagen etwas kürzer als die inländischen Gäste mit 2,6 Tagen.

In Deutschland stieg die Zahl der Übernachtungen im Mai 2010 nach vorläufigen Ergebnissen um 2,0 Prozent auf rund 36,3 Millionen. Auf inländische Gäste entfielen rund 31,0 Mill. Übernachtungen (+ 1 Prozent). Mit einem Plus von 8 Prozent auf 5,3 Millionen nahm die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland ebenso wie in Thüringen besonders stark zu.

Drei der sechs Thüringer Reisegebiete verzeichneten im Mai 2010 sowohl einen Anstieg der Gästeankünfte als auch der Übernachtungen.

### Thüringer Wald erzielte die größten absoluten Zuwächse bei den Gäste- und Übernachtungszahlen

Die größten absoluten Zuwächse erzielte der Thüringer Wald. Hier stieg die Anzahl der Gästeankünfte im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2 633 auf fast 142 Tausend (+ 1,9 Prozent), die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 10 156 auf 423 Tausend (+ 2,5 Prozent).

### Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätze) nach Thüringer Reisegebieten

Reisegebiet	Mai 2010			
	Ankünfte		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat
	Anzahl	(%)	Anzahl	(%)
Südharz	9 930	34,3	21 755	17,7
Thüringer Vogtland	17 308	- 2,1	35 059	- 1,3
Thüringer Rhön	14 255	10,9	47 274	4,7
Thüringer Wald	141 576	1,9	423 333	2,5
Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar	110 751	1,7	197 070	- 0,7
Übriges Thüringen <sup>1)</sup>	69 581	2,2	210 809	- 2,3
<b>Thüringen</b>	<b>363 401</b>	<b>2,7</b>	<b>935 300</b>	<b>0,9</b>
davon				
Bundesrepublik Deutschland	338 018	2,1	880 273	0,6
anderer Wohnsitz	25 383	11,8	55 027	7,5

<sup>1)</sup> Zum Reisegebiet Übriges Thüringen gehören die Landkreise Eichsfeld, Kyffhäuserkreis, Saale-Holzland-Kreis, Sömmerda, Unstrut-Hainich-Kreis und Weimarer Land sowie der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung im Thüringer Tourismus lieferten ebenfalls die deutlichen Zuwächse in den Reisegebieten Südharz und Thüringer Rhön (siehe vorstehende Tabelle).

Von *Januar bis Mai 2010* buchten gut 1,2 Mill. Gäste fast 3,4 Mill. Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war dies ein Gästezuwachs um 2,3 Prozent und ein Anstieg der Übernachtungen um 1,3 Prozent.

## Preisindex

Der Thüringer **Verbraucherpreisindex** stieg im Mai 2010 gegenüber April 2010 um 0,1 Prozent und erreichte einen Indexstand von 107,2 (Basis 2005=100).

Die Jahresteuersatzrate erhöhte sich von 0,8 Prozent im April auf 0,9 Prozent im Mai.

**Jahresteuersatzrate  
leicht gestiegen**

Im *Vergleich zum Vormonat* erhöhten sich die Verbraucherpreise in Thüringen geringfügig um durchschnittlich 0,1 Prozent, da sich die gegensätzlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Hauptgruppen untereinander ausglich.

Im Bereich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sanken die Preise um 1,4 Prozent, besonders Gemüse (- 8,7 Prozent), Kaffee, Tee, Kakao (- 3,8 Prozent) sowie Bier (- 1,1 Prozent) wurden billiger angeboten.

Erste Preisnachlässe in der Frühjahrs/Sommerkollektion gab es im Bekleidungs- und Schuhsortiment (- 0,5 Prozent). So konnten Damenjacken (- 3,2 Prozent), Herrenshirts (- 2,6 Prozent) und Kinderhalbschuhe (- 2,9 Prozent) günstiger erworben werden.

Saisonbedingt teurer wurden die Beherbergungsdienstleistungen (+ 4,2 Prozent), darunter besonders die Miete für Ferienwohnungen (+ 12,0 Prozent) und die Pauschalreisen (+ 3,5 Prozent).

Die Preissteigerungen im Bereich Verkehr (+ 0,4 Prozent) sowie Wohnung, Wasser, Strom Gas und andere Brennstoffe (+ 0,2 Prozent) wurden durch die permanenten Erhöhungen der Kraftstoff- und Heizölpreise (+ 0,9 bzw. + 2,8 Prozent) verursacht.

Im *Vergleich zum Mai 2009* legten die Mineralölprodukte im Mai 2010 mit 20,7 Prozent weiter zu. Sie belasteten die privaten Haushalte mit + 16,6 Prozent (Kraftstoffe) bzw. + 38,1 Prozent (Heizöl) stärker als im Vorjahr.

**Kraftstoff und Heizöl  
deutlich teurer als im  
Vorjahr**

Auch in den Bereichen Bekleidung und Schuhe (+ 2,5 Prozent), Alkoholische Getränke, Tabakwaren (+ 2,1 Prozent) und im Bildungswesen (+ 0,7 Prozent) mussten die Verbraucher deutlich mehr bezahlen.

Wesentlich teurer wurden auch Speisefette und -öle (+ 6,7 Prozent), Gemüse (+ 2,9 Prozent) und Fische bzw. Fischwaren (+ 1,2 Prozent).

Rückläufig sind im Jahresvergleich die Preise für Geräte der Nachrichtenübermittlung (- 1,8 Prozent) sowie Einrichtungsgegenstände (- 0,7 Prozent).

## Gewerbeanzeigen

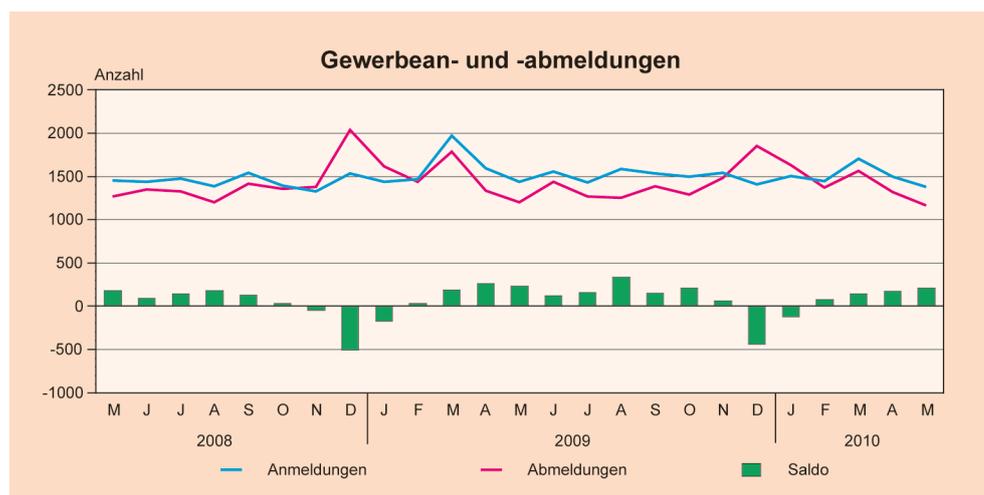
Seit Jahresbeginn wurden bis Ende Mai 2010 insgesamt 7 525 **Gewerbeanmeldungen** registriert, darunter 1 376 im Monat Mai. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Zahl der Gewerbeanmeldungen 7 906 (Rückgang um 4,8 Prozent).

## Zahl der Gewerbe- und -abmeldungen ging zurück

Im Zeitraum Januar bis Mai 2010 wurden 7 045 Gewerbe abgemeldet. Im Vergleich zu den ersten fünf Monaten des Vorjahres hat sich die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** um 4,4 Prozent verringert.

Die größte Bewegung bei den Gewerbe- und -abmeldungen war im Bereich Handel, Gastgewerbe zu verzeichnen (31,8 Prozent aller Anmeldungen und 35,8 Prozent aller Abmeldungen).

Der Saldo der Gewerbe- und -abmeldungen betrug bis Ende Mai dieses Jahres 480; im Vorjahreszeitraum lag der Saldo bei 536.

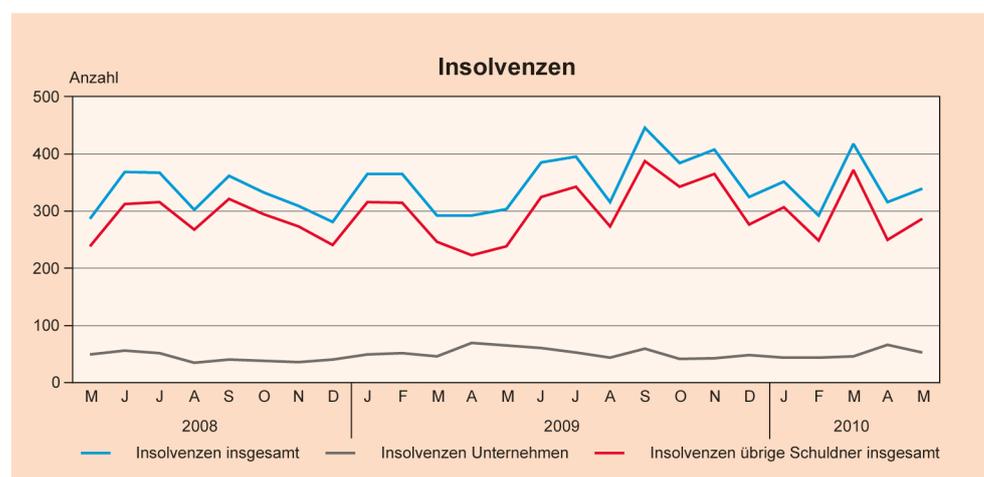


## Im Bereich Handel und Gastgewerbe gab es mehr Gewerbeabmeldungen als -anmeldungen

Je 100 Gewerbeanmeldungen wurden bis Ende Mai dieses Jahres 94 Gewerbeabmeldungen registriert, im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 93. Im Bereich Handel und Gastgewerbe (106 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen) war die Zahl der Gewerbeabmeldungen höher als die der -anmeldungen.

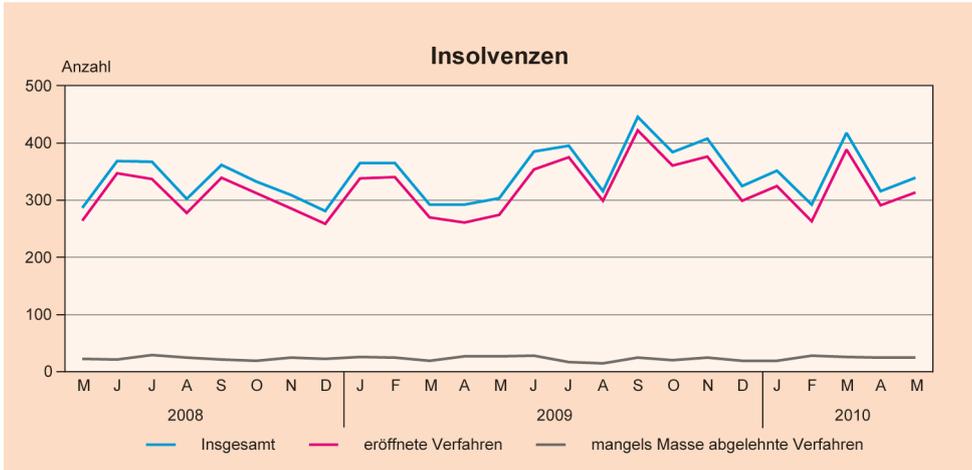
## Insolvenzen

Die Zahl der Insolvenzen ist in den ersten fünf Monaten des Jahres 2010 angestiegen und war mit 1 716 Verfahren um 6,1 Prozent bzw. 99 Verfahren höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Betroffen waren insgesamt 252 Unternehmen einschließlich Kleingewerbe und 1 464 übrige Schuldner, darunter 1 092 Privatinsolvenzen. Während die Zahl der betroffenen Unternehmen um 10,0 Prozent zurückging, hat sich die Zahl der übrigen Schuldner um 9,5 Prozent erhöht, darunter bei den Privatinsolvenzen um 13,9 Prozent.



Zur Eröffnung kam es im Zeitraum Januar bis Mai 2010 bei 1 579 Verfahren; bei 121 wurde die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels vorhandener Masse abgelehnt und bei 16 Verfahren wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Der Anteil der eröffneten Verfahren war mit 92,0 Prozent geringfügig höher als in den ersten fünf Monaten 2009 (+ 0,3 Prozentpunkte).

**Anteil der eröffneten Insolvenzverfahren leicht angestiegen**



Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betragen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 347 Mill. Euro, was einer durchschnittlichen Forderungshöhe von 202 Tsd. Euro je Verfahren entsprach (im Vorjahreszeitraum waren es 183 Tsd. Euro je Verfahren).

In den ersten fünf Monaten 2010 waren insgesamt 1 294 Beschäftigte von den Insolvenzen betroffen (Vorjahreszeitraum: 1 586 Beschäftigte).

## Arbeitsmarkt

Die Zahl der **Arbeitslosen** ist seit März dieses Jahres rückläufig und lag Ende Mai mit 118 489 Personen um 7,0 Prozent bzw. 8 860 Personen unter dem Vormonatswert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen um 15,9 Prozent bzw. 22 365 Personen verringert.

**Zahl der Arbeitslosen weiter rückläufig**

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen sank von 47,9 Prozent im Mai 2009 auf 47,2 Prozent im Mai 2010.

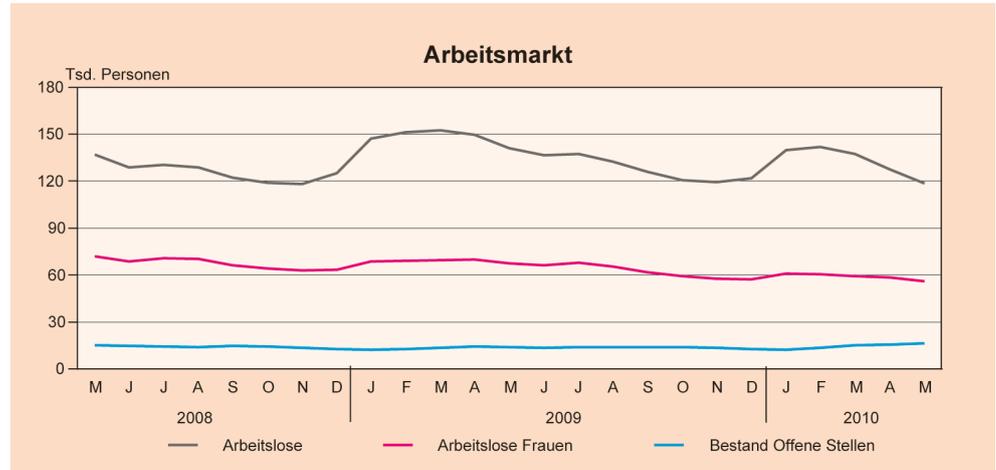
Die Arbeitslosenquote insgesamt (Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen insgesamt) war von 10,7 Prozent im April auf 10,0 Prozent im Mai dieses Jahres zurückgegangen und lag auch um 1,8 Prozentpunkte unter der vom Mai 2009.

Der ebenfalls seit März dieses Jahres zu verzeichnende Rückgang der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre setzte sich im Mai 2010 weiter fort. Mit 10 448 registrierten arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre wurde die Zahl des Vormonats um 1 214 Personen bzw. 10,4 Prozent unterschritten. Gegenüber Mai 2009 sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre um 3 747 Personen bzw. 26,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren betrug im Mai dieses Jahres 8,1 Prozent (Vormonat: 8,5 Prozent; Vorjahresmonat: 10,3).

**Zahl der arbeitslosen Jugendlichen gegenüber Vorjahr deutlich zurückgegangen**

Der **Bestand an offenen Stellen** war im Mai 2010 gegenüber dem Vormonat angestiegen (+575 Stellen bzw. +3,7 Prozent). Mit insgesamt 16 227 offenen

Stellen hat sich der Bestand gegenüber Mai 2009 um 2 365 Stellen bzw. 17,1 Prozent erhöht.



**Zugang an offenen Stellen hat sich erhöht** Der **Zugang an offenen Stellen** hat sich im Mai 2010 sowohl gegenüber dem Vormonat (+ 13,7 Prozent) als auch dem Vorjahresmonat (+ 25,0 Prozent) erhöht. Insgesamt waren 9 853 Zugänge an offenen Stellen zu verzeichnen.



Harald Hagn  
Referat Sonderaufgaben und statistische  
Analysen

Telefon: 0361 37-84110  
e-mail: Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

## Nettoeinkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2008 im Bund-Länder-Vergleich

*Nachdem im ersten Teil zu dieser Thematik die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen selbst im Mittelpunkt der Betrachtungen stand (siehe Statistisches Monatsheft Juli 2010), werden nunmehr die Nettoeinkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Verteilungsgleichheit von **Nettoeinkommen** in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutsgefährdungsquoten.*

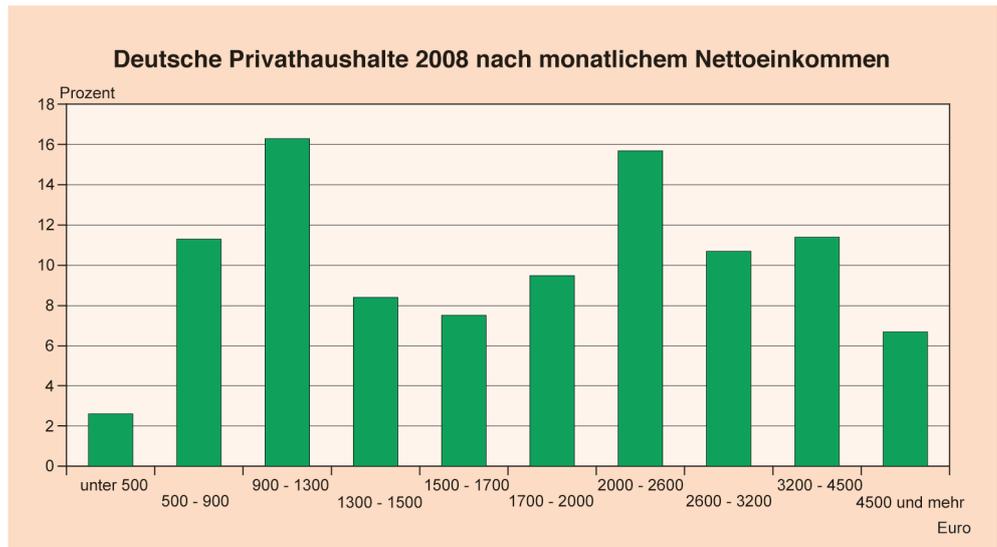
### Nettoeinkommensniveau

Im Jahr 2008 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 39,4 Mill. private Haushalte. Davon befanden sich 30,9 Mill. im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und 8,5 Mill. in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Für das gesamte Bundesgebiet lässt sich ein Median der monatlichen **Nettoeinkommen** aller privaten Haushalte von 1 800 Euro errechnen<sup>1)</sup>. Für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug das monatliche Medianeinkommen aller privaten Haushalte 1 950 Euro und für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) 1 500 Euro.

**Fast 40 Millionen  
private Haushalte in  
Deutschland**

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Jahr 2008 bezogen auf die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen etwa gleich viel private Haushalte am oberen und unteren Ende der Einkommensskala. So standen etwa 10,5 Mill. Haushalten mit einem **Nettoeinkommen** von monatlich netto 2 600 Euro und mehr, darunter 2,4 Mill. Haushalte mit netto 4 500 Euro und mehr, rund 11,0 Mill. Haushalte mit einem monatlichen **Nettoeinkommen** von unter 1 300 Euro gegenüber.

1) Bei der Ermittlung des mittleren Nettoeinkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Nettoeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Nettoeinkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Nettoeinkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird. Im Text werden Haushaltsnettoeinkommen auf 25 Euro gerundet, da die Angaben mit einem Stichprobenfehler behaftet sind und die berechneten Werte in der Grafik sonst eine Genauigkeit vortäuschen, die real nicht vorhanden ist.



**Jeder siebte deutsche Haushalt muss mit weniger als 900 Euro auskommen**

Von den knapp 36,6 Mill. bundesdeutschen Haushalten mit Einkommensangabe<sup>2)</sup> musste im Jahr 2008 etwa jeder Siebte (13,9 Prozent) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, wobei Haushalte mit unter 500 Euro einen eher geringen Teil ausmachten. Gleichwohl wurden beinahe eine Mill. Haushalte registriert, die ein monatliches **Nettoeinkommen** von lediglich 500 Euro und darunter im Monat erzielten. Das waren immerhin 2,6 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Einkommensangabe.

**Nur jeder fünfte deutsche Haushalt befindet sich in den neuen Bundesländern und Berlin**

Lediglich etwas mehr als jeder fünfte deutsche Privathaushalt (21,6 Prozent) befindet sich in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Bereits das Bundesland Nordrhein-Westfalen (8,5 Mill. Haushalte) weist für sich genommen genau so viele Haushalte auf wie die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) zusammen. Dazu kommen gleichfalls bevölkerungsstarke Bundesländer wie Bayern mit 5,8 Mill. Haushalten und Baden-Württemberg mit 4,9 Mill. Haushalten. Verglichen damit nimmt sich der Freistaat Thüringen mit 1,1 Mill. Haushalten relativ bescheiden aus.

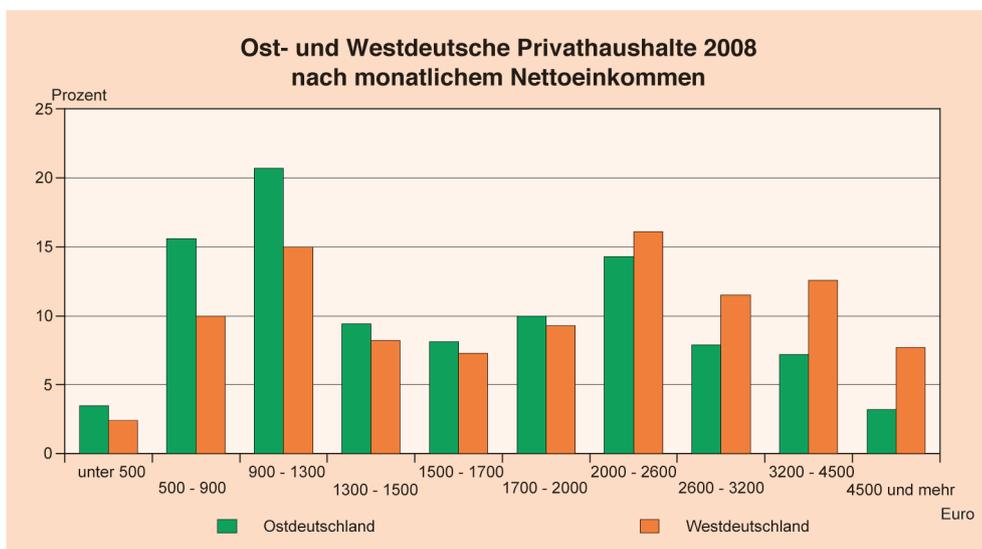
**Erhebliche Einkommensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland**

Im Jahr 2008 waren zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich noch erhebliche Einkommensdifferenzen zu verzeichnen. Während in den unteren Einkommensgruppen bis unter 1 300 Euro in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) fast zwei Fünftel der Haushalte (39,8 Prozent) anzutreffen waren, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gerade einmal 27,5 Prozent. Absolut betrachtet gehörten freilich deutlich mehr Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dem unteren Einkommensbereich an: Während in Westdeutschland knapp 7,8 Mill. Haushalte über ein monatliches **Nettoeinkommen** von weniger als 1 300 Euro verfügten, waren es in Ostdeutschland beinahe 3,3 Mill. Haushalte.

Die festgestellten Einkommensdifferenzen gelten jedoch in noch stärkerem Maße für den oberen Bereich der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. In den oberen Einkommensgruppen ab einem monatlichen **Nettoeinkommen** von 2 600 Euro und mehr waren 31,7 Prozent aller Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), aber nur 18,3 Prozent aller Haushalte in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) vertreten. In absoluten Zahlen betrachtet, befinden sich im oberen Einkommensbereich ab 2 600 Euro netto im Monat fast 9,0 Mill. Haushalte in Westdeutschland und etwas mehr als 1,5 Mill. in Ostdeutschland. Diese Zahlen machen deutlich,

<sup>2)</sup> Bei Selbständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

dass auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung die Einkommensstrukturen bezüglich der Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland bei weitem noch nicht ausgeglichen sind.



Im Jahr 2008 lag Thüringen deutlich unter dem gesamtdeutschen Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 1 800 Euro. In der Rangfolge aller 16 Bundesländer belegte der Freistaat aber mit einem Medianeinkommen aller Haushalte von etwa 1 550 Euro gemeinsam mit der Hansestadt Bremen den zehnten Platz. Die höchsten Medianeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (2 100 Euro), Bayern (2 000 Euro) und Hessen (2 000 Euro) erzielt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1 450 Euro) und Sachsen-Anhalt (1 500 Euro). Zwischen dem Bundesland mit dem höchsten Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und jenem mit dem geringsten Wert bestand im Jahr 2008 somit ein Unterschied von rund 650 Euro. Alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) lagen deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen.

**Medianeinkommen in Baden-Württemberg am höchsten**



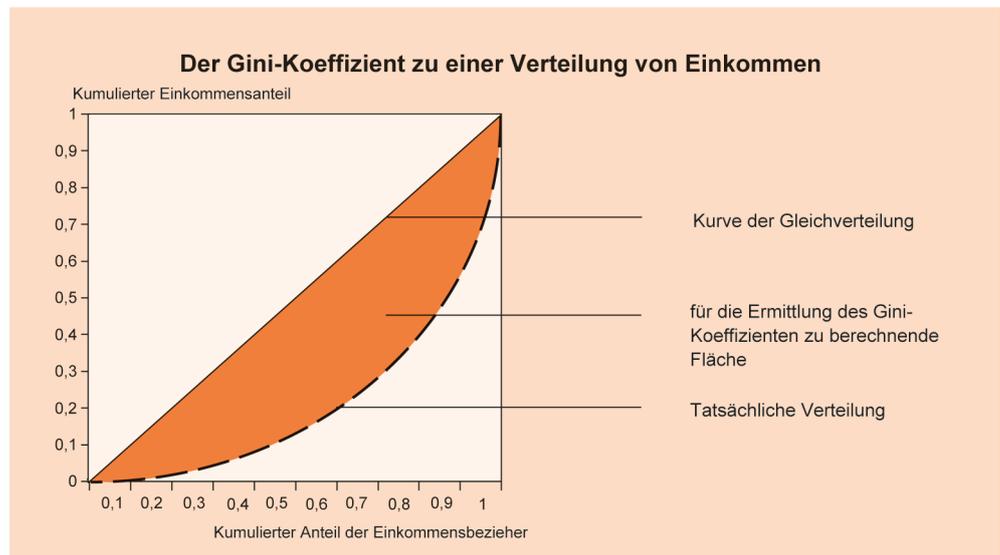
**Thüringen mit zweithöchstem Medianeinkommen in Ostdeutschland, Abstand allerdings gering**

Betrachtet man Ostdeutschland für sich genommen, so stellt man fest, dass im Jahr 2008 alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen von 1 800 Euro lagen. Brandenburg ist mit einem Median von rund 1 600 Euro im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern das Land mit den höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Hierbei dürften Wohnsitzverlagerungen einkommensstarker Berliner in das benachbarte Brandenburg eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Thüringen weist mit rund 1 550 Euro im Monat das zweithöchste Medianeinkommen in Ostdeutschland auf. Es folgen mit geringem Abstand Sachsen und Berlin (jeweils rund 1 500 Euro).

Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei der obigen Betrachtung der Haushaltsnettoeinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grunde wird in den folgenden vergleichenden Analysen das Äquivalenzeinkommen<sup>3)</sup> für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

**Nettoeinkommensverteilung**

Nachdem im vorherigen Abschnitt das Niveau der **Nettoeinkommen** im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, soll nunmehr dargestellt werden, wie das **Nettoeinkommen** auf die Haushalte verteilt wird. International wird die Einkommensverteilung nach einer vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelten Methode bestimmt. Dabei ist der so genannte Gini-Koeffizient ein Maß der relativen Konzentration beziehungsweise Ungleichheit und kann einen Wert zwischen Null und Eins annehmen. Im Falle der Gleichverteilung ergibt sich für den Gini-Koeffizienten ein Wert von Null und im Falle der Konzentration des gesamten Einkommens auf nur einen Einkommensbezieher ein Wert von 1. Mit anderen Worten: Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt.



3) Äquivalenznettoeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

### Gini-Koeffizient der ÄquivalenzNettoeinkommen \*)

	2005	2006	2007	2008
Baden-Württemberg	0,28	0,28	0,28	0,28
Bayern	0,29	0,29	0,29	0,29
Bremen	0,30	0,29	0,29	0,29
Hamburg	0,32	0,31	0,32	0,32
Hessen	0,30	0,30	0,30	0,30
Niedersachsen	0,29	0,28	0,28	0,28
Nordrhein-Westfalen	0,29	0,29	0,29	0,29
Rheinlandpfalz	0,29	0,28	0,28	0,29
Saarland	0,28	0,28	0,28	0,27
Schleswig-Holstein	0,28	0,28	0,28	0,28
Berlin	0,30	0,30	0,30	0,30
Brandenburg	0,27	0,26	0,25	0,26
Mecklenburg-Vorpommern	0,26	0,25	0,25	0,25
Sachsen	0,24	0,24	0,24	0,25
Sachsen-Anhalt	0,25	0,25	0,25	0,25
<b>Thüringen</b>	<b>0,25</b>	<b>0,24</b>	<b>0,24</b>	<b>0,24</b>
Deutschland	0,29	0,29	0,29	0,29
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,29	0,29	0,29	0,29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	0,27	0,26	0,26	0,26

\*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Das deutsche Bundesland mit der gleichmäßigsten Einkommensverteilung im Jahr 2008 war Thüringen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,24. Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen mit jeweils 0,25 ebenfalls weit vorn. Für Brandenburg wurde ein Koeffizient von 0,26 errechnet, für Berlin 0,30. Die ungleichmäßigste Einkommensverteilung in Deutschland wies Hamburg mit einem Gini-Koeffizienten von 0,32 auf.

**Einkommensverteilung in Thüringen am gleichmäßigsten**

Deutschland insgesamt weist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 eine im internationalen Maßstab recht gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit einem Koeffizienten von 0,29 und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) mit 0,27. Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, hat sich die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2005 in keinem Bundesland wesentlich verändert.

### Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 2008 nach Bundesländern \*)



**Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt**

\*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

### Einkommensarmut

Die im Weiteren beschriebenen Ergebnisse für Indikatoren zur Einkommensarmut basieren auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut, welches die Einkommensverteilung in einen Armutsgefährdungsbereich und den Rest der Verteilung aufteilt. Die Grenze zwischen beiden Bereichen wird hierbei durch einen vordefinierten Schwellenwert markiert, der zum Median der Einkommensverteilung in Relation steht. Die Armutsgefährdungsquote, auch Armutsrisikoquote genannt, wird gemäß dem Standard der Europäischen Union definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung beträgt. Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt.

Diese Armutsgefährdungsschwelle lässt sich auf regionaler Ebene in zwei Varianten darstellen. Das **Nationalkonzept** basiert auf dem Medianeinkommen des gesamten Bundesgebietes (Bundesmedian). Den so errechneten Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde. Im Gegensatz dazu wird nach dem **Regionalkonzept** die Armutsgefährdungsschwelle auf der Grundlage des Medianeinkommens der jeweiligen Region bzw. des jeweiligen Bundeslandes errechnet. Für jedes Bundesland ergibt sich dann eine eigene Armutsgefährdungsschwelle. Hierdurch wird unterschiedlichen Medianeinkommen bzw. Einkommensniveaus in den verschiedenen Bundesländern Rechnung getragen.

### Armutsrisikoquoten 2008\*) nach Bundesländern

Bundesland	Auf Basis des Nationalkonzepts	Auf Basis des Regionalkonzepts
	Prozent	
Baden-Württemberg	10,2	13,3
Bayern	10,8	13,6
Bremen	22,2	18,2
Hamburg	13,1	16,1
Hessen	12,7	15,0
Niedersachsen	15,8	14,7
Nordrhein-Westfalen	14,7	14,6
Rheinland-Pfalz	14,5	15,4
Saarland	15,8	14,3
Schleswig-Holstein	13,1	14,9
Berlin	18,7	14,3
Brandenburg	16,8	13,8
Mecklenburg-Vorpommern	24,0	14,4
Sachsen	19,0	13,4
Sachsen-Anhalt	22,1	15,0
<b>Thüringen</b>	<b>18,5</b>	<b>13,3</b>
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,1	14,5
Neue Bundesländer (mit Berlin)	19,5	13,8
Bundesrepublik Deutschland	14,4	14,4

\*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

### Nationalkonzept

Für das Jahr 2008 wurde aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Deutschland insgesamt eine Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung von 14,4 Prozent errechnet. Nach dem Nationalkonzept gab es dabei einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 19,5 Prozent der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 13,1 Prozent deutlich weniger.

**Armutsrisiko in Ostdeutschland höher**

Auch in den einzelnen Bundesländern zeigt die Armutsgefährdungsquote deutliche Unterschiede: Während in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder Vierte (24,0 Prozent) und in Sachsen-Anhalt 22,1 Prozent der Bevölkerung ein **Nettoeinkommen** von weniger als 60,0 Prozent des Bundesmedians zur Verfügung hatten, traf dies in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern nur auf 10,2 bzw. 10,8 Prozent der Bevölkerung zu.

Allerdings zeigt sich zwischen den einzelnen Bundesländern nicht nur der Ost-West-Unterschied. Innerhalb des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) weist beispielsweise die Bevölkerung in Bremen mit einer Quote von 22,2 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als beispielsweise in Hamburg (13,1 Prozent). Innerhalb der neuen Bundesländer (einschl. Berlin) waren die Unterschiede nicht derart gravierend. Gleichwohl waren die Brandenburger (16,8 Prozent) und Thüringer (18,5 Prozent) in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung in Berlin (18,7 Prozent) und Sachsen (19,0 Prozent) sowie den bereits erwähnten Bundesländern Sachsen-Anhalt (22,1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (24,0 Prozent).

**Regional große Unterschiede beim Armutsrisiko**

Die Armutsgefährdungsquote war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) in beinahe allen Altersgruppen höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Einzig die Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren wies im Osten mit 10,2 Prozent (Thüringen: 10,5 Prozent) eine geringere Quote auf als im Westen mit 12,5 Prozent. Während die Armutsgefährdungsquote der weiblichen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern mit 13,7 Prozent höher lag als bei der männlichen Bevölkerung mit 12,4 Prozent, waren im ostdeutschen Durchschnitt mit 19,6 Prozent bei den Frauen und 19,4 Prozent bei den Männern kaum Unterschiede auszumachen. Allerdings trifft dies nicht auf alle neuen Bundesländer gleichermaßen zu: In Thüringen etwa waren Frauen mit 19,4 Prozent einem deutlich höheren Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt als Männer mit 17,6 Prozent.

**Armutsgefährdungsquote in den neuen Bundesländern in fast allen Altersgruppen höher**

In ganz Deutschland waren erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder in besonderem Maße von Armut bedroht. Doch auch hier sind im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich 51,8 Prozent aufwies, waren es in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 62,7 Prozent. Thüringen lag hier mit 64,0 Prozent über dem ostdeutschen Durchschnitt. Ein noch höheres Armutsrisiko hatten die Erwerbslosen in Sachsen (65,0 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 67,2 Prozent). Im Vergleich aller deutschen Bundesländer war die Armutsgefährdung Erwerbsloser in der Hansestadt Bremen am höchsten (68,7 Prozent).

**Erwerbslose und Alleinerziehende mit hohem Armutsrisiko**

Bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten betrug das Armutsrisiko in Westdeutschland 37,5 Prozent und in Ostdeutschland 46,4 Prozent. Auf der Ebene der Bundesländer sind jedoch größere Abweichungen festzustellen: Während sich die Armutsgefährdungsquote von Mitgliedern in Alleinerziehenden Haushalten in Baden-Württemberg und Hamburg auf 31,8 bzw. 32,1 Prozent belief, war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 67,7 Prozent am höchsten. Dagegen lag Thüringen mit einer Armutsgefährdungsquote von 54,6 Prozent hier bundesweit im Mittelfeld.

**Armutsrisikoquoten 2008<sup>\*)</sup> nach soziodemografischen Merkmalen 2008  
(auf Basis des Nationalkonzepts)**

Merkmal	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Neue Länder (mit Berlin)	Thüringen
	Prozent		
<b>Insgesamt</b>	<b>13,1</b>	<b>19,5</b>	<b>18,5</b>
Alter			
unter 18	16,8	26,7	26,2
18 bis unter 25	20,0	30,4	26,1
25 bis unter 50	11,5	20,1	18,8
50 bis unter 65	10,2	18,9	18,6
65 und älter	12,5	10,2	10,5
Geschlecht			
männlich	12,4	19,4	17,6
weiblich	13,7	19,6	19,4
Haushaltstyp **)			
Einpersonenhaushalte	21,3	31,3	32,1
Zwei Erwachsene, ohne Kinder	8,0	10,4	10,9
Sonstige Haushalte ohne Kinder	7,1	12,6	9,9
Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder	37,5	46,4	54,6
Zwei Erwachsene und ein Kind	8,8	16,6	15,3
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	9,2	18,6	18,5
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	23,4	32,5	32,4
Sonstige Haushalte mit Kindern	14,9	22,1	18,1
Erwerbsstatus ***)			
Erwerbstätige	6,4	11,4	10,8
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	7,4	13,0	15,5
davon abhängig Erwerbstätige	6,3	11,2	10,3
Erwerbslose	51,8	62,7	64,0
Nichterwerbspersonen	17,2	21,0	20,9
davon Rentner und Pensionäre	12,1	12,2	13,0
davon Personen im Alter von unter 18 Jahren	17,1	26,8	26,4
davon sonstige Nichterwerbspersonen	27,8	41,8	42,1
Qualifikationsgruppe ****)			
Geringqualifizierte	32,7	43,1	39,9
Qualifizierte	11,5	22,2	21,4
Hochqualifizierte	4,1	7,3	7,1

\*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.  
 \*\*) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt  
 \*\*\*) Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).  
 \*\*\*\*) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

**Regionalkonzept**

**Aus „regionaler Perspektive“ Armutsrisiko in Baden-Württemberg und Thüringen am geringsten**

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht die einheitliche Armutsgefährdungsschwelle auf der Basis des Bundesmedians (Nationalkonzept), sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen (Regionalkonzept) herangezogen werden. Auf diese Weise wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen. Auf der Grundlage des Landesmedianeinkommens fallen die Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich geringer aus. Bei den aus dieser „regionalen Perspektive“ errechneten Armutsgefährdungsquoten wiesen im Jahr 2008 die Bundesländer Bremen (18,2 Prozent) und Hamburg (16,1 Prozent) das höchste und die Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen (jeweils 13,3 Prozent) das geringste Armutsrisiko auf.



Robert Kaufmann  
Referat Sonderaufgaben und statistische Analysen

Telefon: 0361 37-84118  
e-mail: Robert.Kaufmann@statistik.thueringen.de

## Das regionale Preisniveau - Thüringen im Vergleich zu seinen Nachbarländern -

### Vorbemerkungen

Die Ergebnisse dieses Aufsatzes stammen aus der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung verfassten Broschüre zum Regionalen Preisindex<sup>1)</sup>. Die Daten stammen aus verschiedenen Erhebungen der Jahre 2006 und 2007. Die Anteile am Warenkorb entsprechen dem Wägungsschema des Statistischen Bundesamtes zur Berechnung des Verbraucherpreisindex

Mit Hilfe des statistischen Warenkorbes wird vom Statistischen Bundesamt der Verbraucherpreisindex erstellt. Gleichzeitig dient er zur Messung der Inflationsrate. Es handelt sich dabei um einen fiktiven, jedoch repräsentativen Warenkorb, der etwa 750 Güter und Dienstleistungen enthält. Das Wägungsschema gewichtet die einzelnen Positionen und Preise entsprechend ihrem Anteil an den Haushaltsausgaben. Somit setzt sich der aktuelle Warenkorb wie folgt zusammen:

• Wohnung, Wasser, Gas, Brennstoffe	30,2 %
• Verkehr	13,9 %
• Freizeit, Kultur, Unterhaltung	11,0 %
• Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	10,3 %
• Einrichtungsgegenstände	6,9 %
• Bekleidung, Schuhe	5,5 %
• Hotel, Restaurants	4,7 %
• Tabakwaren, alkoholische Getränke	3,7 %
• Gesundheit, Pflege	3,5 %
• Nachrichtenübermittlung	2,5 %
• Bildungswesen	0,7 %
• Andere Waren und Dienstleistungen	7,0 %

1) Vgl.: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Regionaler Preisindex

Waren und Dienstleistungen werden hier nicht in der Reihenfolge des amtlichen Warenkorb abgehandelt, sondern in unterschiedliche Gruppen nach dem räumlichen Muster der Preisunterschiede eingeteilt.

Es werden verschiedenste Güter unter dem Gesichtspunkt bestimmter regionaler Auffälligkeiten betrachtet. Die folgenden Abschnitte behandeln unter anderem den Vergleich der Nahrungsmittel im räumlichen Kontext, Güter mit einheitlichen Preisen, Güter die einem Stadt-Land-Gefälle unterliegen, Güter mit Ost-West- und Nord-Süd-Disparitäten, sowie Güter, die keinem eindeutigen Muster folgen.

Des Weiteren werden die jeweiligen Erkenntnisse für Thüringen anhand der Grafiken mit den benachbarten Bundesländern verglichen.

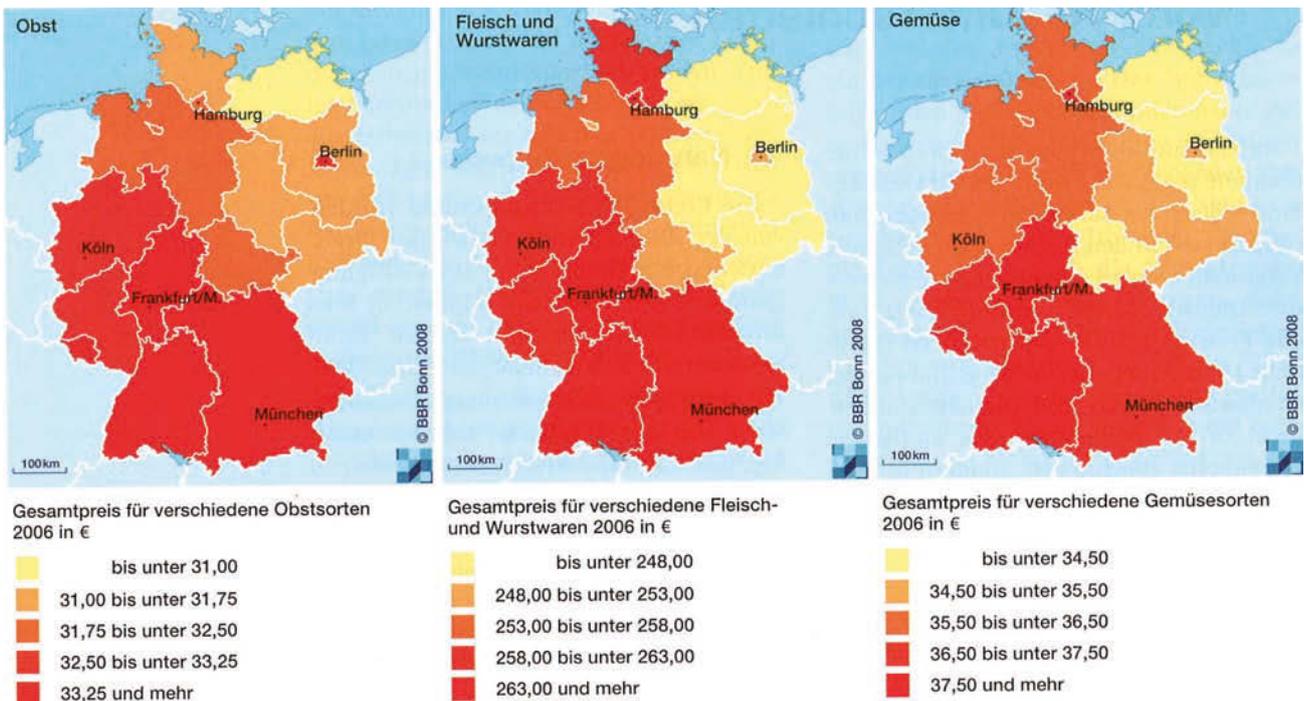
### Nahrungsmittelpreise

Für die Auswertung der Nahrungsmittelpreise wurden die Daten der ZMP Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle GmbH Bonn verwendet, welche eine Darstellung auf Länderebene zulassen.

#### Bundesweit fast einheitliche Preise bei Verbrauchermärkten und Discountern

Die verschiedenen Verbrauchermärkte oder Discounter haben deutschlandweit gleiche oder fast einheitliche Preise, so dass hier also nur sehr geringe Preisunterschiede innerhalb der Bundesländer festzustellen sind. Stärker variieren jedoch die Preise z.B. an Wurst- und Käsetheken mit Bedienung, ebenso wie die Preise diverser Güter auf Wochenmärkten wie beispielsweise Eier aus Bodenhaltung. Für die Nahrungsmittelgruppen Obst, Fleisch- und Wurstwaren sowie Gemüse lässt sich eine Dreiteilung feststellen, wobei die neuen Bundesländer etwas günstiger sind, die alten Bundesländer im Norden haben durchschnittlich hohe Preise und die alten Bundesländer im Süden sind noch mal etwas teurer. Für Milch und Milchprodukte dreht sich das Verhältnis zwischen den alten Bundesländern im Süden und denen im Norden um, die Preise in den neuen Bundesländern sind weiterhin am niedrigsten.

### Preise für Obst, Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren in 2006



Die Grafiken stellen die Beobachtungen für Thüringen im Vergleich mit den benachbarten Bundesländern dar. Die Angaben stellen die Preise in Euro dar, die pro Person im Jahr 2006 durchschnittlich für das jeweilige Nahrungsmittel aufzuwenden waren.

### Güter mit deutschlandweit einheitlichen Preisen

Einige Güter sind aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in ganz Deutschland gleich teuer. Hierzu zählen z.B. Bücher, Tabakwaren, die Kraftfahrzeugsteuer, Telefon- und Portogebühren und die GEZ. Weiterhin zählen hierunter auch überregionale Zeitungen und Bahnfahrten.

Es existieren aber auch Güter, deren Preise weder gesetzlich noch durch die Preispolitik einzelner Unternehmen geregelt werden und trotzdem keine regionalen Preisunterschiede erkennen lassen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Automobilmarkt, sowohl für Neufahrzeuge als auch für Gebrauchte. Neue und gebrauchte Autos gehen mit 3,5 Prozent in den Warenkorb ein. Neue Autos sind in Deutschland prinzipiell überall gleich teuer. Aber auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt kann sich aufgrund seiner Transparenz kaum eine regionale Preisgestaltung etablieren.

**Nahezu einheitliche Preise auf Automobilmarkt**

### Güter mit Preisunterschieden zwischen Stadt und Land

Die Miete hat mit 20,3 Prozent den größten Anteil am Warenkorb. Für die Höhe der Miete ist unter anderem das Wohnumfeld von entscheidender Bedeutung. Das Wohnumfeld ist jedoch eine meist individuell zu bewertende Größe, bei der es durchaus zu unterschiedlichen Ansichten kommen kann. Beispielsweise sehen Vermieter das Umfeld anders als der jeweilige Mieter und auch zwischen den Altersgruppen kommt es zu unterschiedlichen Bewertungen. So kann man sagen, dass Bewohner von Großstädten nicht prinzipiell besser gestellt sind als jene in Kleinstädten oder Landgemeinden, da die Vorteile des Stadtlebens auch immer mit Nachteilen - wie z.B. Umwelt, Lärm oder Anonymität - verbunden sind. Genauso verhält es sich natürlich auch auf dem Land, wobei hier Nachteile wie z.B. die Erreichbarkeit von öffentlichen Einrichtungen und Geschäften zu nennen sind.

**Miete hat mit 20,3 Prozent größten Anteil am Warenkorb**

Aufgrund der - auch innerhalb der Bundesländer - durchaus stark variierenden Mietpreise wurden die Bundesländer nochmals nach Kreisen unterteilt um eine hinreichend genaue Darstellung zu ermöglichen.

**Starke Variation der Mietpreise**

Die auf Kreisebene aggregierten Werte sind starken Schwankungen unterworfen. So findet man die günstigsten Mietpreise im Kreis Tirschenreuth und in Hof mit einem Wert von durchschnittlich 3,76 Euro pro Quadratmeter, sowie das durchschnittlich teuerste Mietniveau in der Stadt München mit 10,79 Euro pro Quadratmeter. Damit sind sowohl die niedrigsten als auch höchsten Mietpreise im Freistaat Bayern zu finden. In Thüringen hingegen kann von einem einigermaßen konstanten Mietpreis gesprochen werden. Er beläuft sich landesweit auf unter 5,30 Euro, in Nord- und Südthüringen sogar auf unter 4,70 Euro. Lediglich die Regionen um Erfurt und Jena sind mit Werten von mehr als 5,30 Euro ersichtlich. Demnach gibt es auf dem Wohnungsmarkt ein auffälliges Stadt-Land-Gefälle.

**Relativ konstantes Mietniveau mit auffallendem Stadt-Land-Gefälle in Thüringen**

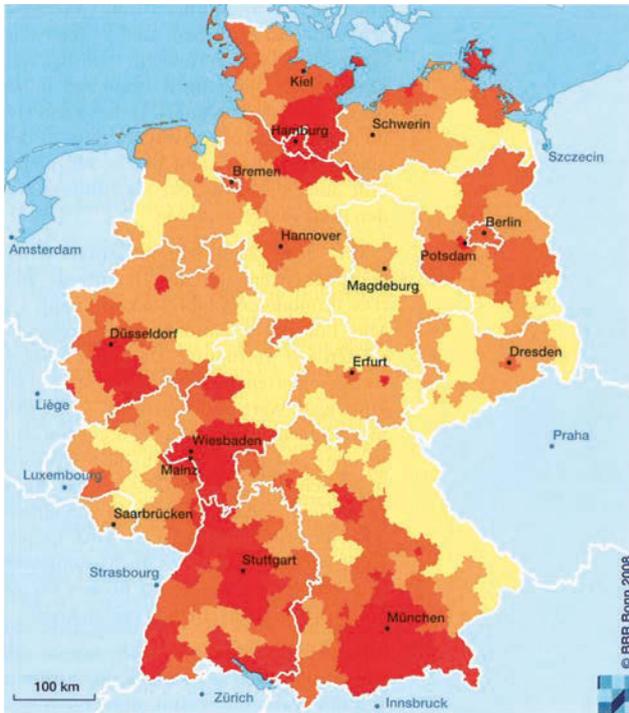
Da Hotelübernachtungen fast ausschließlich für Urlaubs- oder Geschäftsreisen dienen, werden sie meist nicht am Wohnort konsumiert. Hotelpreise können auch stellvertretend für andere Angebote, wie z.B. gastronomische Dienstleistungen oder Wellnessangebote betrachtet werden.

**Günstige Hotelpreise sowohl in alten als auch in neuen Bundesländern**

Die deutschlandweiten Unterschiede für eine Übernachtung mit Frühstück in einem Dreisternehotel sind erheblich und reichen von etwa 140 Euro in Düsseldorf bis unter 35 Euro in Rottal-Inn (Bayern), Schönebeck (Sachsen-Anhalt), Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) und Leer (Niedersachsen). Günstige Hotelpreise gibt es also sowohl in den alten, als auch in den neuen Bundesländern. Die Preise für eine Übernachtung in einem 3-Sterne-Hotel entsprechen in Thüringen in etwa dem Bundesdurchschnitt und bewegen sich zumeist zwischen 40,00 und 70,00 Euro.

Bezüglich der Hotelübernachtungen treten jedoch deutliche Preisunterschiede zwischen den großen Städten mit ihrem Umland und abseits gelegeneren Regionen auf.

**Preise der Nettokaltmiete in 2007**

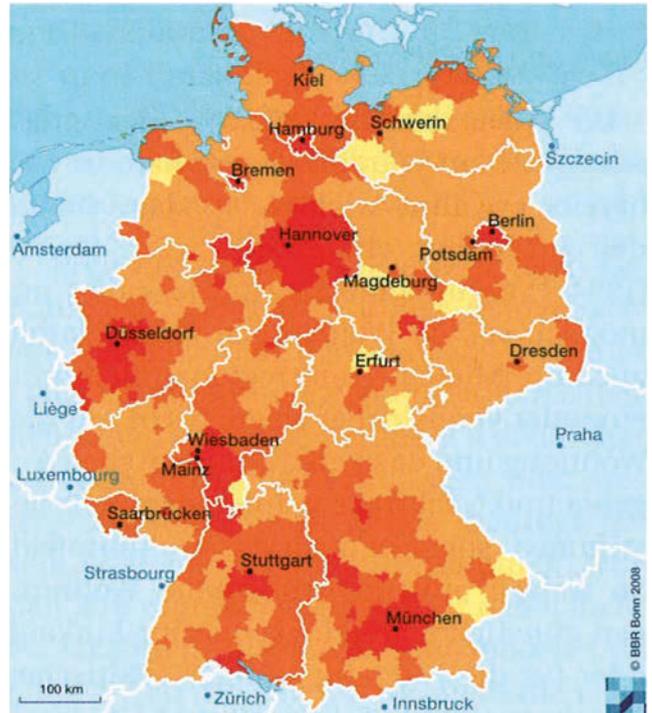


Angebotsmiete (Nettokaltmiete von freifinanzierten Wohnungen) je m<sup>2</sup> 2007 in €

- bis unter 4,70
- 4,70 bis unter 5,30
- 5,30 bis unter 5,90
- 5,90 bis unter 6,50
- 6,50 und mehr

Datenbasis: IDN Immodaten GmbH, BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

**Preis für Übernachtung mit Frühstück im Dreisternehotel in 2007**



Preis für die Übernachtung mit Frühstück im Einzelzimmer in einem 3-Sterne-Hotel 2007 in €

- bis unter 40,00
- 40,00 bis unter 55,00
- 55,00 bis unter 70,00
- 70,00 bis unter 85,00
- 85,00 und mehr

Datenbasis: www.hrs.de, 22.01.2007 Geometrische Grundlage: BKG, BBR Kreisregionen 2005

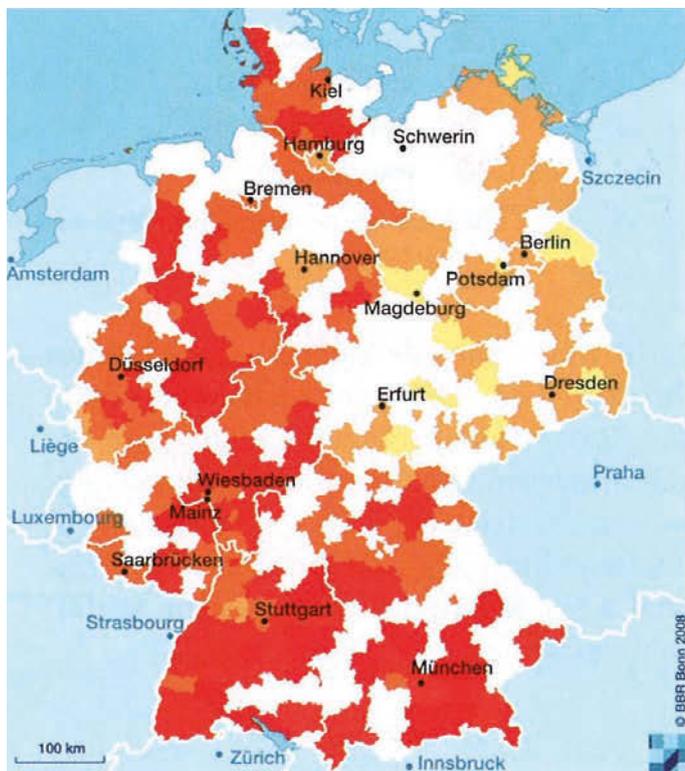
## Güter mit Ost-West-Preisdiskrepanzen

Bei bestimmten Gütern tritt ein deutlicher Ost-West-Unterschied auf. Dies wird besonders bei Dienstleistungen, aber auch bei anderen Gütern deren Preise stark vom Einkommen abhängig sind, deutlich.

Der Fahrschulunterricht zählt, wie auch die Kfz-Steuer oder die Garagenmiete zur Kategorie „Andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen“, welche mit 1,3 Prozent in den Warenkorb eingehen. Die Preise für den Fahrschulunterricht weisen ein gegenläufiges Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle auf. Hierbei ist zu bemerken, dass die Preise in den neuen Bundesländern deutlich unter denen der alten Bundesländer liegen. 2006 kostete der Führerschein in den neuen Ländern durchschnittlich 1 033 Euro, in den alten Ländern jedoch 1 517 Euro und damit etwa 50 Prozent mehr. Da es sich bei Fahrschulen zumeist um Einmannbetriebe handelt, sind nicht - wie zu vermuten - die hohen Lohnkosten, sondern die Mietpreise und die Bevölkerungsdichte - und damit die Konkurrenz - preisbestimmend für den Führerscheinwerb.

**Ost-Westunterschied besonders bei Dienstleistungen**

### Kosten für Pkw-Führerschein in 2006



Preis für einen Führerschein inklusive Grundgebühr und Prüfungsgebühren sowie Fahrschulunterricht (12 Sonderfahrten und 23 Stadtfahrten) 2006 in €

Datenbasis: Eigene Internetrecherche  
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 1 000
- 1 000 bis unter 1 250
- 1 250 bis unter 1 500
- 1 500 bis unter 1 750
- 1 750 und mehr

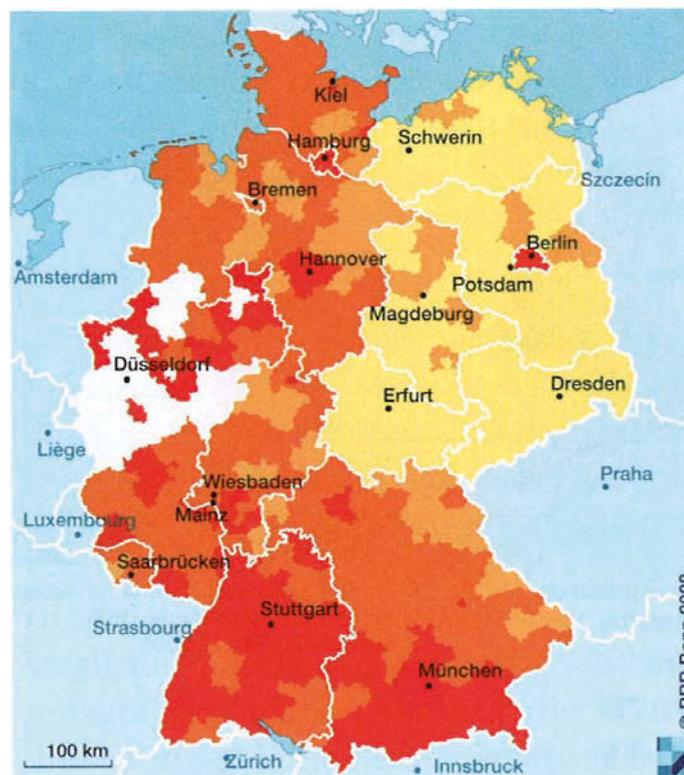
Die Abbildung zeigt, wie die Preise, welche sich aus Grundgebühr, Prüfungsgebühr, 12 Sonderfahrten und 23 Stadtfahrten zusammensetzen, in einigen Regionen der Bundesrepublik verteilt sind.

Aufgrund der regionalen Lücken bei der Datenerfassung lassen sich nicht für alle Regionen Thüringens klare Aussagen treffen. Jedoch kann man für die neuen Länder - also auch für Thüringen - festhalten, dass sich die Fahrschulkosten im Vergleich zu den alten Bundesländern auf einem relativ niedrigen Niveau zwischen 1 000 und 1 250 Euro bewegen.

**Kosten für Pflegeheime variieren stark**

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kosten für Pflegeheime, wobei hier Ost-West-, Nord-Süd- und Stadt-Land-Unterschiede zu beobachten sind. Betrachtet wurden Pflegeheime, deren monatliche Kosten zwischen 750,46 Euro und 9 532,11 Euro liegen. Aufgrund dieser massiven Spannweite wurden die Preise auf Kreisebene aggregiert und die Spannweite somit bundesweit auf Werte zwischen 1 525 Euro und 2 874 Euro gesenkt.

**Kosten für Pflegeheime in 2004**



Monatliche Kosten für ein Pflegeheim bei Pflegestufe 1, 2004 in €

Datenbasis: BKK  
Geometrische Grundlage: BKG, BBR  
Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 1 800
- 1 800 bis unter 2 000
- 2 000 bis unter 2 200
- 2 200 bis unter 2 400
- 2 400 und mehr

Damit ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern. Während Thüringen und Sachsen weitestgehend unter 1 800 Euro im

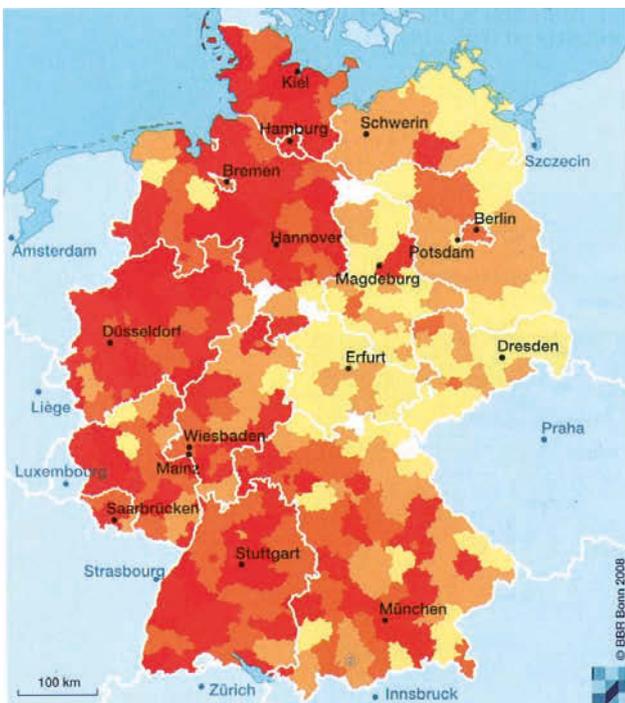
Monat liegen, reichen die Werte in Bayern und Hessen regional von 1 800 bis über 2 400 Euro im Monat.

Die Preise für handwerkliche Dienstleistungen unterliegen ebenfalls einer Ost-West-Disparität. Jedoch bezieht sich diese nicht auf einen alleinigen Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern, sondern auf ein generelles West-Ost-Gefälle über das gesamte Bundesgebiet. So entsprechen die durchschnittlichen monatlichen Entgelte für Handwerker auch im östlichen Bayern in etwa dem Niveau in Thüringen oder Sachsen.

**Handwerkliche Dienstleistungen im Osten Deutschlands günstiger**

Anhand der Karte kann gezeigt werden, dass die Entgelte für die ausgewählte Handwerkergruppe und somit auch die Preise für handwerkliche Dienstleistungen in Thüringen unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Beim Friseurgewerbe fällt zudem auf, dass die Entgelte einem deutlichen West-Ost-Gefälle unterliegen, was sich wiederum in den Preisen für Friseurdienstleistungen niederschlägt. Auch hier weist Thüringen ein bundesweit unterdurchschnittliches Niveau auf.

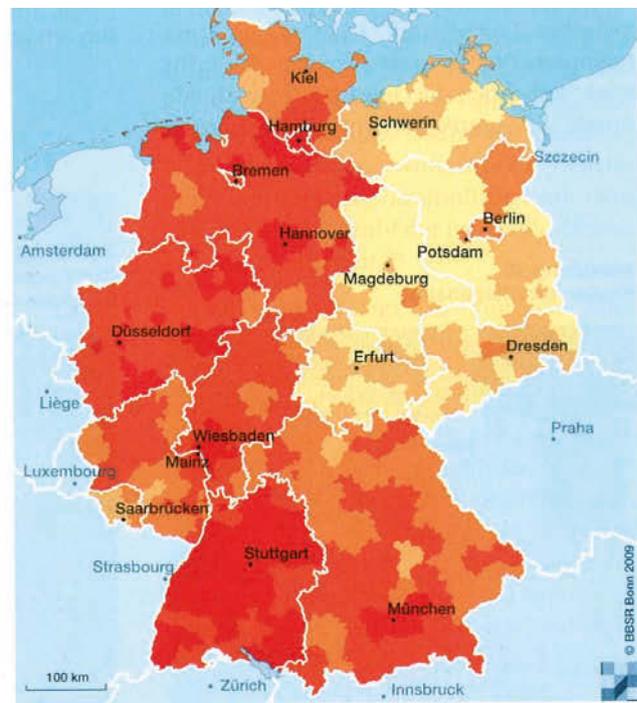
**Durchschnittliches monatliches Entgelt für verschiedene Handwerke in 2004**



Durchschnittliches monatliches Entgelt von Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegern sowie Raumausstattern 2004 in €

- keine Daten
- bis unter 1 600
- 1 600 bis unter 1 800
- 1 800 bis unter 2 000
- 2 000 bis unter 2 200
- 2 200 und mehr

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005



Durchschnittliches monatliches Entgelt im Friseurgewerbe 2004 in €

- bis unter 700
- 700 bis unter 800
- 800 bis unter 900
- 900 bis unter 1 000
- 1 000 und mehr

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2006

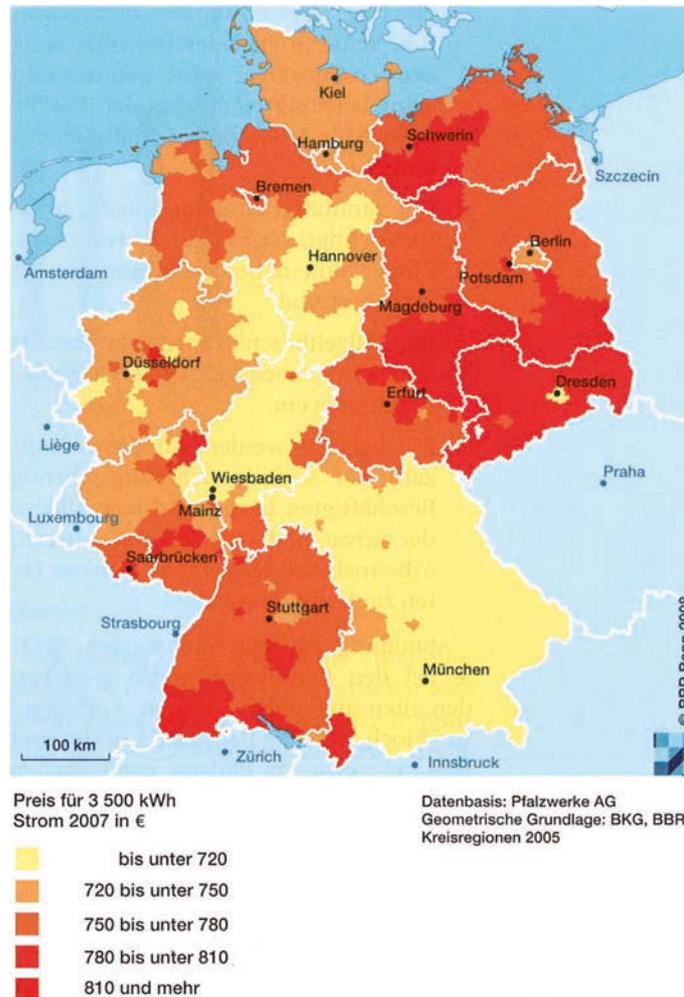
Ein anderes Bild zeigt sich bei den Strompreisen, bei denen man - bezogen auf die zu vergleichenden Bundesländer - von einem deutlichen Ost-West-Gefälle sprechen muss. Strom hat mit einem Gewichtungsfaktor von 2,5 Prozent einen hohen Anteil am Warenkorb. Trotz der Liberalisierung des Strommarktes beziehen die meisten Haushalte ihren Strom von den örtlichen Anbietern, wie z.B. Stadtwerke

**Strom in den neuen Ländern deutlich teurer**

und andere regionale Anbieter, wobei es im Jahr 2007 deutschlandweit für eine Referenzabnahme von 3500 kWh zu Preisunterschieden von 630 Euro in Worms und 868 Euro in Herne kam.

Bei der Betrachtung der Grafik wird deutlich, dass vor allem Sachsen und Sachsen-Anhalt von einem vergleichsweise hohen Strompreis betroffen sind. Die Preise für den thüringischen Strom sind bereits günstiger als in den angrenzenden neuen Bundesländern. Besonders in Hessen und Bayern - auch in der Region München - kann von einem außerordentlich niedrigen Preisniveau gesprochen werden.

**Preis für Strom in 2007**



**Aufgrund unterschiedlicher Einkommenshöhe ist der absolute Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in den alten Bundesländern höher**

Im Hinblick auf die gesetzliche Krankenversicherung ist das starke Gefälle zwischen West und Ost eher ein indirektes Gefälle, bedingt durch die unterschiedliche Höhe der Einkommen, was auch die höheren absoluten Beiträge in und um die großen Städte erklärt.

Generell gilt aber nicht, dass höhere Durchschnittseinkommen auch proportional höhere Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung bedeuten. Zum einen gibt es eine obere Beitragsbemessungsgrenze, zum anderen können die Einkommen auch aus anderen Quellen gespeist sein - etwa aus Kapitalvermögen -, was wiederum nicht für die Berechnung der Beitragshöhe relevant ist. Somit sind Regionen mit einem höheren Durchschnittseinkommen relativ besser gestellt als solche mit einem niedrigen.

Aufgrund dieser Tatsachen ist in Thüringen eine relativ niedrige Beitragshöhe zur gesetzlichen Krankenversicherung zu entrichten. Gleiches gilt in diesem Zusammenhang auch für die neuen Bundesländer.

### Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in 2003



Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) 2003 in €

- ☐ unter 2 750
- ☐ 2 750 bis unter 3 000
- ☐ 3 000 bis unter 3 250
- ☐ 3 250 bis unter 3 500
- ☐ 3 500 und mehr

Datenbasis: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

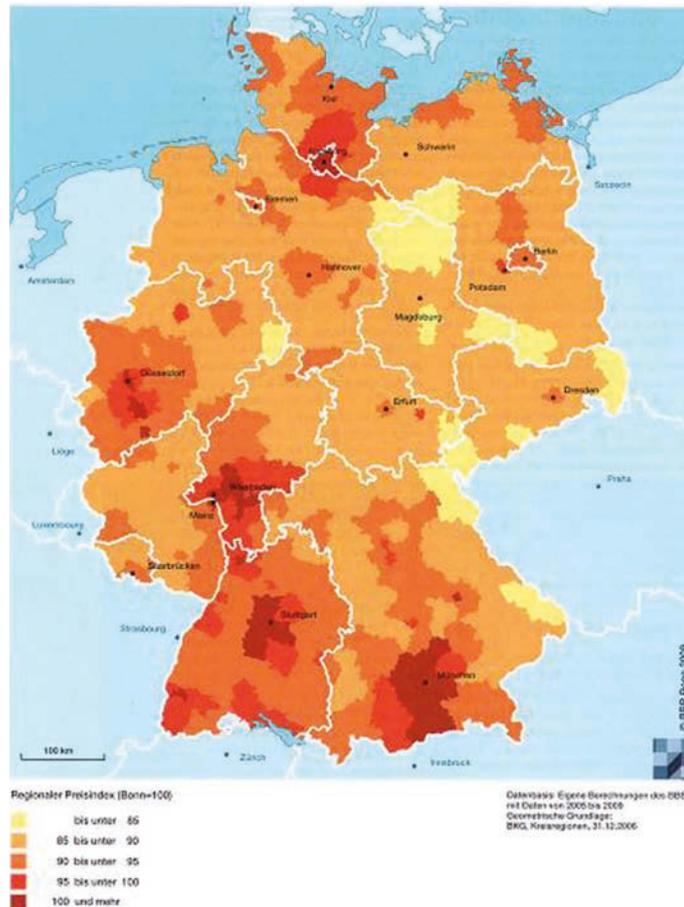
**Flächendeckend  
durchschnittliches  
Preisniveau in  
Thüringen**

**Schlussbemerkung**

Die folgende Darstellung zeigt nun den regionalen Preisindex, wie er vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung berechnet wurde. Dabei wird deutlich, dass gerade in Thüringen flächendeckend ein durchschnittliches Preisniveau herrscht.

Weiterhin kann gezeigt werden, dass hohe Preise auch häufig mit einer hohen Attraktivität der Regionen einhergehen.

**Regionaler Preisindex 2006**



Eine detaillierte Darstellung der zugrunde liegenden Methodik sowie weiterführende Auswertungen bezüglich verschiedener Güter und Preise findet sich in BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Regionaler Preisindex.



Klaus-Rüdiger Niemuth  
Abteilungsleiter Abteilung II

Telefon: 0361 37-84200  
e-mail: Klaus-Ruediger.Niemuth@statistik.thueringen.de

## Belastungsarme Statistik durch Verwaltungsdatenverwendung

*Wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche steht auch die amtliche Statistik vor großen Herausforderungen.*

*Der tief greifende ökonomische und technologische Wandel, die fortschreitende Globalisierung und nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise erfordern von der amtlichen Statistik eine flexible Anpassung des statistischen Programms, der Auswertungskonzepte und der Arbeitsweisen.*

*Damit verbunden sieht sich die amtliche Statistik in Bund und Ländern den Erfordernissen des Bürokratieabbaus gegenübergestellt, durch geeignete Methoden Effizienzreserven zu erschließen und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Auskunftspflichten zu erreichen.*

*Die amtliche Statistik steht somit in ihrer Doppelfunktion als Produzent statistischer Daten und als Informationsdienstleister im Spannungsfeld dieser zum Teil sehr gegensätzlichen Anforderungen und Fragestellungen.*

*Ausgehend von den Leitlinien des „Masterplans Statistik“ geht der Autor auf den eingeleiteten Paradigmenwechsel im Bereich der Unternehmensstatistik ein, der u.a. auf eine registerbasierte Statistikproduktion und eine verstärkte Nutzung vorhandener Daten ausgerichtet ist.*

*Im Hauptteil des Beitrages wird der erreichte Stand der Verwaltungsdatennutzung vorgestellt, es werden aber auch die Rahmenbedingungen aufgezeigt, die der Verwaltungsdatenverwendung für statistische Zwecke Grenzen setzt. Zur Überwindung dieser Grenzen bedarf es auch einer politischen Unterstützung.*

### Die amtliche Statistik im Wandel

Die amtliche Statistik hat mit dem „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“<sup>1)</sup> im Jahr 2003 einen Maßnahmenkatalog zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik entwickelt, der unter anderem darauf abzielt, die statistischen Produkte und Dienstleistungen auf die aktuellen Erfordernisse der Nutzer auszurichten und gleichzeitig eine schrittweise Entlastung der Auskunftspflichtigen zu erreichen.

**Im Jahr 2003:  
Masterplan zur Reform  
der amtlichen Statistik  
verabschiedet**

1) Beschlüsse der Sonderamtsleiterkonferenz der Statistischen Ämter vom 20./21. Februar 2003.

Unter den Bedingungen knapper werdender Ressourcen in den Statistischen Ämtern und einer in den nächsten Jahren angespannten Haushaltsituation kann diese Maxime nur auf dem Weg einer nachhaltigen Effizienzsteigerung und Neu- ausrichtung des statistischen Systems erreicht werden.

Die im Rahmen des Masterplans gestarteten Initiativen unterliegen diesen Anforderungen. Sie lassen sich in vier Hauptgruppen unterteilen:

### **1. Die optimierte Kooperation der Statistischen Ämter**

Leitgedanke:

- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung durch aufgaben- bezogene Konzentration und Arbeitsteilung der Ämter (Prinzip „Einer für Alle“)

Anwendungsgebiete:

- Softwareentwicklung und -pflege
- Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD)

### **2. Die Standardisierung der Produktionsprozesse (SteP)**

Leitgedanke:

- Standardisierung der Statistikproduktion
- statistikübergreifend einsetzbare IT-Verfahren

Anwendungsgebiete:

- Einheitliche Prozessgestaltung und technische Umsetzung (u.a. einheitliche Fragebögen und Plausibilisierungsbedingungen, standardisierte Schnittstellen)
- Modernisierung von Altverfahren
- Vereinheitlichung von Geheimhaltungsbedingungen

### **3. Die Reform der Unternehmensstatistik**

Leitgedanke

- Register- und Outputorientiertes System der amtlichen Wirtschaftsstatistik
- Einheitliches Qualitätskonzept für Programme, statistische Methoden und Prozesse
- „Nutzung vorhandener Daten, ehe neue erhoben werden“

Anwendungsgebiete:

- Registergestützte Statistikproduktion und Auswertung
- Quellenmix als generelles Konzept der Datengewinnung
- Übernahme von Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen
- Primat von Verwaltungsdaten (im Eignungsfall) gegenüber Primärerhebungen
- Bereichsübergreifende Verknüpfung und Auswertung der Daten
- Einheitliche Metadatenbasis im Bereich der Unternehmensstatistik

#### 4. eGovernment, Verwaltungssteuerung

Leitgedanke:

- Höhere Verwaltungseffizienz
- Medienbruchfreie Verfahrensabläufe und Vernetzung in Kooperation von Bund, Land und Kommunen

Anwendungsgebiete:

- Automatisierung der Verfahrensabläufe der Erhebungen
- Medienbruchfreie Verarbeitung und Vernetzung von Statistikinformationen (z. B. aus Gewerbeanzeigen)

### Die zunehmende Nutzung von Verwaltungs- und Registerdaten - ein Paradigmenwechsel

Das bisherige System der Unternehmensstatistik war bis in die 1990er Jahre hinein weitestgehend geprägt durch primärstatistische Erhebungen.

Im Bereich der amtlichen Wirtschaftsstatistik wurden in einzelnen Bereichen punktuell Verwaltungsdaten eingesetzt, so u. a. bei der Außenhandelsstatistik die Zollmeldungen oder bei der Umsatzsteuerstatistik die Umsatzsteuervoranmeldungen der Finanzverwaltung.

Vor Einführung des statistischen Unternehmensregisters wurden in aufwändigen Arbeitsstättenzählungen (i. d. R. in zehnjährigem Abstand) wichtige Eckdaten für Arbeitsstätten und Unternehmen im Inland erfasst (letzte Arbeitsstättenzählung 1987).

In ähnlichem Abstand wurden noch in den 1990er Jahren umfangreiche Bereichszählungen durchgeführt (Handels- und Gaststättenzählung 1993, Handwerkszählung 1995, Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe 1996).

Ein Meilenstein für die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten war das Statistikregistergesetz (StatRegG) vom 16. Juni 1998 <sup>2)</sup>, welches der amtlichen Statistik den systematischen und jährlichen Zugang zu Informationen verschiedener Verwaltungen für das Unternehmensregister eröffnete (in der nachfolgenden Darstellung rot gekennzeichnet):

Seit der Nutzung des statistischen Unternehmensregisters ab Ende der 1990er Jahre kann die amtliche Statistik auf aufwändige und belastende Zensen im Bereich der Unternehmensstatistik weitestgehend verzichten. Eine Ausnahme bildet derzeit die Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010, da der Bereich Land- und Forstwirtschaft (wie auch die Fischerei und Fischzucht sowie die Öffentliche Verwaltung) erst mit Inkraftsetzung der revidierten EU-Registerverordnung im Jahr 2008 <sup>3)</sup> obligatorisch für das Unternehmensregister vorgesehen ist und die notwendige Datenbasis mit dieser Zählung im Register aufgebaut werden muss.

**Unternehmensregister als zentrale Basis für die Verwendung von Verwaltungsdaten und eine belastungsarme Statistikproduktion**

**Aufwendige Zählungen können durch Registerauswertungen ersetzt werden**

2) Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz – StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl I S. 1300, 2903, zuletzt geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 I S. 2553).

3) Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) 2186/93 des Rates

Datenquellen des statistischen Unternehmensregisters



► Zu 80 Prozent sind Verwaltungsdaten die **alleinige Datenquelle** für das Unternehmensregister

Mit dem Unternehmensregister und der sich daraus ergebenden verstärkten Nutzung von Verwaltungsdaten konnte die amtliche Statistik den steigenden Anforderungen an das Statistische Programm (insbesondere durch europäische Statistikvorgaben) im Wesentlichen mit einem konstanten bzw. reduzierten Erfassungsprogramm begegnen.

**Reform der Unternehmensstatistik: Rahmenkonzept für eine registerbasierte Wirtschaftsstatistik unter Einbeziehung von Verwaltungsdaten**

Unter diesen Bedingungen hat die amtliche Statistik im Jahr 2004 im Rahmen des „Masterplans Statistik“ eine Reform der Unternehmensstatistik initiiert, um u. a. das notwendige Rahmenkonzept einer registerbasierten Wirtschaftsstatistik unter Einbeziehung von Verwaltungsdaten zu entwickeln.

Im Ergebnis zielt das zugrunde liegende Datengewinnungskonzept der Reform auf einen Methodenmix, bei dem neben Daten aus originären Erhebungen auch Daten aus dem Unternehmensregister, unterjährige Verwaltungsdaten aus den administrativen Bereichen und Ergebnisse aus fundierten Schätzungen Verwendung finden, um so mit den vorhandenen Möglichkeiten ein Nutzen-Optimum für das gesamte System der Unternehmens- und Wirtschaftsstatistik zu erreichen.

Eine solche Umkehrung von einem System der regelmäßigen Zählungen und „reinen“ Primärerhebungen („zensusbasierte Statistik“) hin zu einer registergestützten Statistikdurchführung und Auswertung – unter Verwendung vorhandener Informationen und alternativer Datenquellen – stellt für die amtliche Statistik ein Paradigmenwechsel dar.

## Entlastung durch Verwaltungsdatennutzung

### *Rechtliche Rahmenbedingungen*

Mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwVDG) vom 31. Oktober 2003 <sup>4)</sup> wurde die zusätzliche Möglichkeit geschaffen, auch unterjährige Verwaltungsdaten der Finanzbehörden (Umsätze) und der Bundesanstalt für Arbeit (Beschäftigte) auf ihre Verwendbarkeit für eine Reihe von Konjunkturstatistiken und für sonstige Zwecke (Unternehmensregister, Intrahandelsstatistik und Umsatzsteuerstatistik) zu prüfen und diese Daten bei Eignung zu verwenden.

Das VwVDG hatte zunächst eine Laufzeit bis Mitte 2008, die zwischenzeitlich bis März 2011 verlängert wurde. Die Statistischen Ämter haben auf dieser Grundlage umfangreiche und aufwändige Eignungsuntersuchungen durchgeführt, mit dem Ziel (bei Eignung) die Datenerhebungen bei Unternehmen entbehrlich zu machen und durch Verwaltungsdaten zu ersetzen.

Um den Echtbetrieb mit den Verwaltungsdaten und dem eingeleiteten Paradigmenwechsel einer registerbasierten Wirtschaftsstatistik mit Verwaltungsdaten langfristig zu sichern, wurden ein Wegfall der Befristung und eine dauerhafte Anschlussregelung dringend erforderlich.

Aufbauend auf den Erfahrungen bei den Eignungsuntersuchungen und den mittlerweile erreichten Ergebnissen und Feststellungen war eine Überarbeitung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes auch aus fachlicher Sicht geboten.

Mit der Neufassung des VwVDG wird eine auf Dauer angelegte Anschlussregelung anvisiert und vom Gesetzgeber gegenwärtig auf dem Weg gebracht.

Auch das neue Verwaltungsdatenverwendungsgesetz hat die Entlastung vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen von statistischen Informationspflichten zur Zielstellung. Es erlaubt wie bisher die Verwendung und Untersuchung unterjähriger Verwaltungsdaten durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder. Während das VwVDG aus dem Jahr 2003 vorrangig auf die Eignungsuntersuchungen ausgerichtet war, wird mit der Neufassung dieses Gesetzes der Schwerpunkt in Richtung Verwendung verschoben.

Die gelieferten Daten dürfen nunmehr sowohl für Zwecke durch Rechtsvorschrift angeordneter Wirtschaftsstatistiken als auch für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder, der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, des Statistikregisters sowie für die Zusammenführungen von Daten nach §13a des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) <sup>5)</sup> verwendet werden.

## Allgemeine Projektplanung und erreichter Stand der Verwaltungsdatennutzung

Die Umsetzung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes (VwVDG) vom 31. Oktober 2003 erfolgte als Verbundprojekt der Statistischen Ämter, gesteuert über eine Bund-/Länder-Arbeitsgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“, der auch das Thüringer Landesamt für Statistik angehört.

**Das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz vom 31. Oktober 2003 ist ein weiterer Meilenstein für den eingeleiteten Paradigmenwechsel**

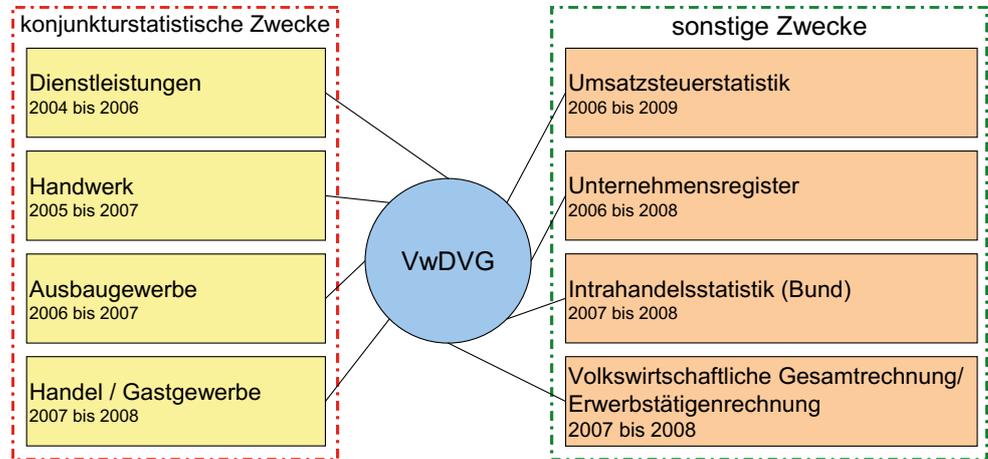
**Koordinierte Umsetzung im Verbund der Statistischen Ämter**

4) Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwVDG) vom 31. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2149) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550)

5) Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, (565), zuletzt geändert durch Artikel 3G vom 7.9.2007 I 2246

Ausgehend von den im VwDVG genannten Zwecken wurde ein Projektstrukturplan mit relevanten Meilensteinen entwickelt und in den Jahren 2004 – 2009 schrittweise verwirklicht:

### Untersuchungsbereiche nach dem VwDVG und ihre Umsetzung



### Mehraufwand liegt bei den Statistischen Ämtern

Die Umsetzung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes war für die Statistischen Ämter mit zusätzlichen Leistungen und erheblichem Mehraufwand verbunden.

Um die notwendigen Eignungsuntersuchungen durchzuführen, mussten zunächst die notwendigen fachlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Hierzu zählten in erster Linie:

- Der Aufbau und die Pflege von Datenbanken in den Statistischen Ämtern zur Aufnahme und Speicherung der von den Finanzbehörden und der Bundesagentur für Arbeit monatlich übermittelten Verwaltungsdaten.
- Die Erarbeitung der Fachkonzepte zur Datenspeicherung, für die Durchführung von Standardauswertungen und für vertiefende Untersuchungen nach dem jeweiligen Verwendungszweck.
- Die Programmierung der IT-Verfahren im statistischen Programmierverbund zur Durchführung der Eignungsuntersuchungen und im Eignungsfall die Vorbereitung des Echtbetriebes.

Gemäß § 4 des VwDVG muss das Statistische Bundesamt im Einvernehmen mit den Statistischen Ämtern der Länder nach Anhörung der Finanzbehörden und der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesregierung jährlich über die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen berichten. Die Berichte sollen „sowohl die maschinellen Vorbereitungsverfahren in den Statistischen Ämtern bewerten als auch Untersuchungsergebnisse darstellen sowie über die Eignung der Verwaltungsdaten für die einzelnen Verwendungszwecke Auskunft geben“ (siehe Begründung zu § 4 VwDVG).

## Erreichter Stand und Resümee der Eignungsuntersuchungen gemäß VwVDG

Zusammenfassend haben die Untersuchungen auf Bundes- und Länderebene zu den verschiedenen Qualitätsdimensionen der Verwaltungsdaten gezeigt, dass eine pauschale Aussage über die Eignung der Verwaltungsdaten für die untersuchten statistischen Zwecke nicht möglich ist.

**Kein pauschales Urteil über die Eignung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke möglich**

„Die Verwaltungsdaten haben gemessen an den statistischen Anforderungen eindeutige Defizite. Im Bereich der Konjunkturstatistiken ist ein genereller Ersatz von Primärerhebungen durch die Nutzung der monatlichen Verwaltungsdaten nicht möglich. Teilweise ist es jedoch möglich, diese Defizite durch Verknüpfungen mit dem Unternehmensregister und durch entsprechende Schätzverfahren zu kompensieren. Ob mit diesen zusätzlichen Aufbereitungsverfahren allerdings qualitativ gleichwertige Ergebnisse für konjunkturstatistische Zwecke erzielbar sind, hängt letztendlich nicht allein vom Umfang der Defizite der Verwaltungsdaten in den jeweils untersuchten Bereichen und den Möglichkeiten ihrer Kompensation ab, sondern auch von den jeweiligen spezifischen Nutzeranforderungen auf EU-, Bundes- und Länderebene <sup>6)</sup>.

In einzelnen Bereichen konnte dennoch eine erhebliche Entlastung der befragten Unternehmen erreicht werden. Dazu folgende Übersicht:

**Deutliche Erfolge konnten erzielt werden**

### Bisher erreichte Entlastungseffekte durch Verwaltungsdatennutzung

- a) Vollständige Entlastung von der **vierteljährigen Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen** für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Mixmodells (ab II. Quartal 2007)
  - für ca. 33 000 Unternehmen in Deutschland (4 000 statt 37 000)
  - **für ca. 1 680 Unternehmen in Thüringen** (60 statt 1 740)
- b) Vollständige Entlastung von der **vierteljährigen Handwerksberichterstattung** für kleine und mittlere Unternehmen (ab I. Quartal 2008)
  - für ca. 41 000 Unternehmen in Deutschland (das entspricht Einsparungen der Wirtschaft in Höhe von ca.6 Mill. Euro)
  - **für ca. 1 800 Unternehmen in Thüringen**

Für die Bereiche Kfz-Handel und Großhandel wurden ebenfalls Mixmodelle – bestehend aus einer Primärerhebung bei großen Einheiten und der Verwendung der Verwaltungsdaten bei kleinen und mittleren Unternehmen – vorgeschlagen. Hierdurch können zukünftig bundesweit weitere 2 800 Einheiten im Kfz-Handel und 5 500 Einheiten im Großhandel entlastet werden.

Für die Monaterhebungen im Einzelhandel und im Gastgewerbe haben sich die Verwaltungsdaten derzeit als nicht geeignet erwiesen. Im Einzelhandel scheitert ihr Einsatz vor allem an der geforderten Aktualität.

Wie in den Eignungsbeurteilungen zum Ausbaugewerbe, zum Unternehmensregister und zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes gezeigt

6) Aus dem Bericht der Projektgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“ an die Bundesregierung gemäß § 4 Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwVDG) für das Jahr 2009, Wiesbaden, 21. Januar 2010.

werden konnte, führt eine zusätzliche Verwendung der Verwaltungsdaten zu einer Qualitätsverbesserung der Ergebnisse in weiteren Statistikbereichen. Mit Hilfe der Verwaltungsdaten können bestehende Datenlücken zumindest teilweise in hinreichender Qualität geschlossen werden. Zudem lassen sich die getrennten monatlichen Datenlieferungen der Finanzverwaltung für die Intrahandelsstatistik und die jährliche Lieferung der Beschäftigtendaten für das Unternehmensregister in entsprechender Qualität durch die monatlichen Datenlieferungen gemäß VwDVG ersetzen.

Die Erfahrungen aus den Untersuchungen der letzten Jahre zeigen ferner, dass der Abschluss der Eignungsuntersuchungen gemäß VwDVG nicht mit einem Abschluss der methodischen Untersuchungen zur Verwendung von Verwaltungsdaten gleichgesetzt werden kann.

Ein intensiver Erfahrungsaustausch sowie Untersuchungen zur Qualität der Verwaltungsdaten, zu methodischen Verbesserungen bei ihrer Auswertung für statistische Zwecke und ggf. auch zu zusätzlichen Einsatzbereichen der Verwaltungsdaten werden in der amtlichen Statistik den Umstieg auf die Verwaltungsdatenverwendung in den nächsten Jahren weiter begleiten müssen.<sup>7)</sup>

### **Ohne bessere Rahmenbedingungen bleiben der Verwaltungsdatenverwendung Grenzen gesetzt**

Das bisherige Ergebnis zeigt, dass mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwDVG) in Verbindung mit dem statistischen Unternehmensregister Entlastungen von Auskunftspflichten für die Unternehmen erreicht werden können (Dienstleistungsbereich, Handwerk, Kfz-Handel, Großhandel).

**Der beschrittene Weg war richtig – er zeigt aber auch deutlich Grenzen auf**

Gleichzeitig weisen Verwaltungsdaten für statistische Zwecke aber Defizite auf, die auch mit aufwändigen Anpassungsverfahren nicht bereinigt werden können.

Die Verwaltungsdateien sind unabhängig voneinander entstanden und wurden ausschließlich für die Aufgabenerledigung der jeweiligen Behörde geschaffen, bei der sie geführt werden. Dies gilt sowohl für die Methodik als auch für die Dateiorganisation.

Einer inhaltlichen Angleichung, die weiterhin die originäre Aufgabenstellung der jeweiligen Verwaltung gewährleistet und gleichzeitig den Informationsbedarf der amtlichen Statistik abdeckt, sind gegenwärtig Grenzen gesetzt, die die Perspektive der Verwaltungsdatenverwendung beeinträchtigen.

Neben der uneinheitlichen Organisation der Verwaltungsdateien ist ein weiteres nicht unerhebliches Defizit darin zu sehen, dass ein behördenübergreifendes, bundeseinheitliches Identifikationskennzeichen (mit der zentralen Funktion eines Leitordnungskriteriums für den Datenabgleich und die Registerführung) in Deutschland nicht zur Verfügung steht.

**Erhebliche Defizite festgestellt**

In einem gemeinsamen Positionspapier der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur „Entlastung durch Verwaltungsdatenverwendung“<sup>8)</sup> werden die fachlichen Defizite wie folgt verdeutlicht:

7) Aus dem Bericht der Projektgruppe „Verwaltungsdatenverwendung“ an die Bundesregierung gemäß § 4 Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwDVG) für das Jahr 2009, Wiesbaden, 21. Januar 2010.

8) erarbeitet durch die Unterarbeitsgruppe „Qualität des Unternehmensregisters“, Stand: 11. März 2009

- Unterschiedliche Identifikationskennzeichen der verschiedenen Verwaltungen erzeugen hohen Aufwand und Fehler bei der Zusammenführung der Daten.
- Die Qualität der Merkmale Wirtschaftszweig und Rechtsform, aber auch die der Adressen in den Verwaltungsdaten ist unzureichend.
- Über wichtige Einheiten (z. B. Organschaften) liegen nur unvollständige Informationen vor, obwohl die Daten im Verwaltungsprozess anfallen.
- Änderungen von Verwaltungsdateninhalten und von Methoden bei der Führung der Daten werden oftmals nicht angekündigt und sorgen für erhebliche Qualitätseinschränkungen und Übergangsprobleme.
- Verwaltungsdaten können hinsichtlich ihrer Eignung für statistische Zwecke nicht ausreichend geprüft werden, da ein allgemeines Zugangsrecht zu Verwaltungsdaten fehlt, das mit vertretbarem Aufwand und hinreichend flexibel die Prüfung der Eignung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke und ihre Verwendung ermöglicht.
- Die fehlende bzw. unzulängliche Darstellung des Zusammenhangs von Unternehmen und deren örtliche Einheiten (Betriebe).

### Politische Unterstützung ist erforderlich

Mit der Anschlussregelung für das VwDVG wird die Verwendung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke auf eine langfristige und stabile Grundlage gestellt.

Weitere nachhaltige Erfolge kann es nur geben, wenn es gelingt, die Qualität der Verwaltungsdaten zu verbessern.

Das Potential der Verwaltungsdaten bietet dabei weitere Chancen zum Bürokratieabbau. Auch der Statistische Beirat, das Nutzergremium der amtlichen Statistik aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, sieht in einer Verbesserung der Qualität der Verwaltungsdaten für statistische Zwecke einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung des Paradigmenwechsels hin zu einer registerbasierten und belastungsarmen Statistikdurchführung.

Zu den externen, von den Statistischen Ämtern nicht selbst erreichbaren, **Ansatzpunkten einer Qualitätsverbesserung** zählen:

- Die Beschleunigung der Arbeiten und die angemessene Berücksichtigung der Belange der amtlichen Statistik zur Einführung einer **behördenübergreifenden Wirtschaftsidentifikationsnummer**.
- Die **Berücksichtigung der Belange der amtlichen Statistik bei der Führung und Pflege der Verwaltungsdaten** (z.B. bei Organschaften der Steuerverwaltung und bei Masterbetrieben der Bundesagentur für Arbeit).
- Ein zwischen den Dateiliefernden Verwaltungen und der amtlichen Statistik **abgestimmtes Vorgehen bei der Wirtschaftszweiguordnung der Einheiten**.

**Bei entsprechender Berücksichtigung statistischer Belange bieten die Verwaltungsdaten weitere Chancen für den Bürokratieabbau**

Ebenso wichtig wäre ein Interventions-, zumindest aber ein Anhörungsrecht der amtlichen Statistik, falls von ihr genutzte Daten von den Verwaltungen verändert werden sollen.

### **Allgemeines Mitspracherecht der amtlichen Statistik bei der Gestaltung von Verwaltungsdateien - sachlogisch notwendiger Schritt**

Von der Politik sollte der amtlichen Statistik ein allgemeines Mitspracherecht bei der Gestaltung von Verwaltungsdateien eingeräumt werden.

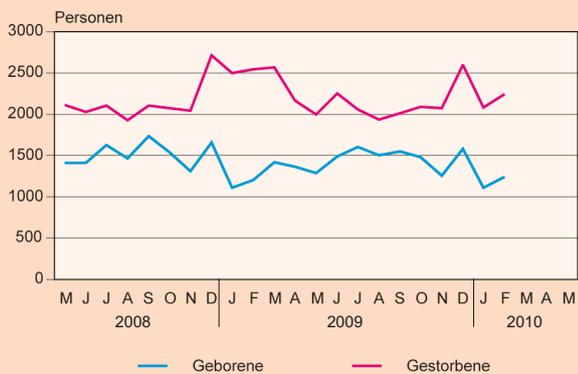
Dies wäre zumindest der sachlogisch notwendige Schritt, wenn die Politik eine verstärkte Verwendung von Verwaltungsdaten durch die amtliche Statistik erwartet. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Artikel 24 der „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Statistiken“<sup>9)</sup> für die nationalen Statistischen Ämter einen generellen Zugang zu Verwaltungsdaten vorsieht.

Es ist die erklärte Absicht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Möglichkeiten der Verwendung von Verwaltungsdaten in Deutschland optimal auszuschöpfen. In unseren Nachbarländern Österreich und in den Niederlanden ist man diesen Weg sehr erfolgreich gegangen.

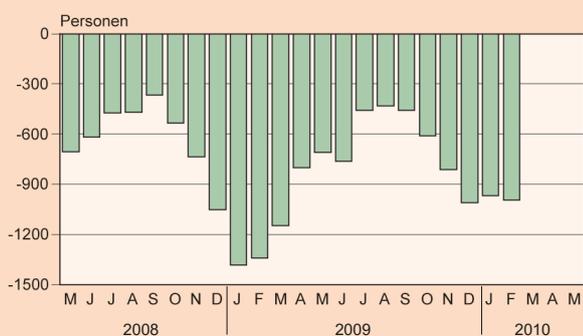
---

9) Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften.

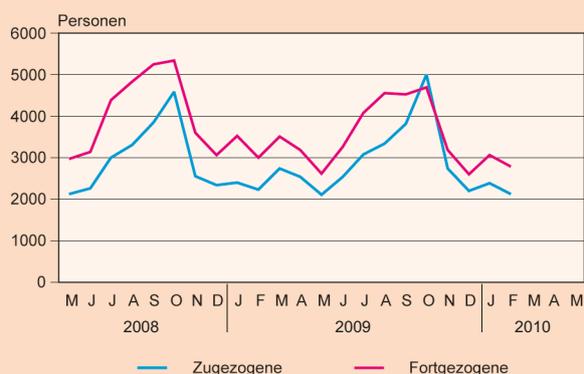
## Geborene und Gestorbene



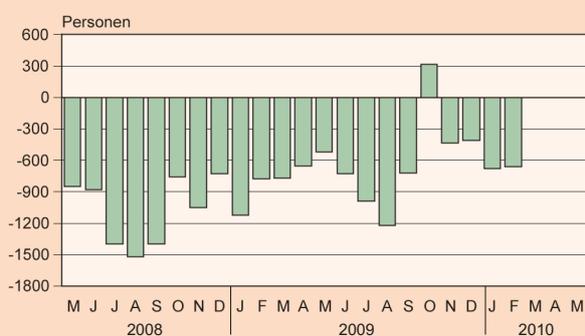
## Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



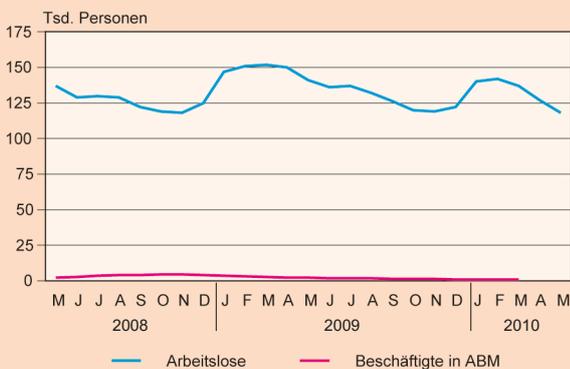
## Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



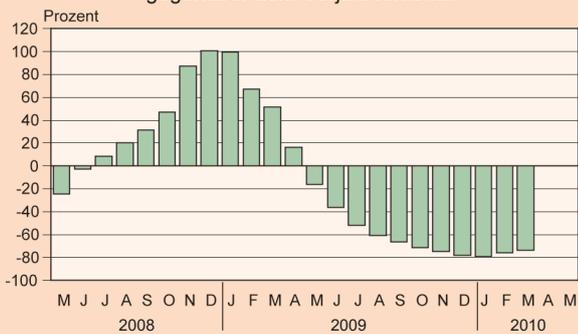
## Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)



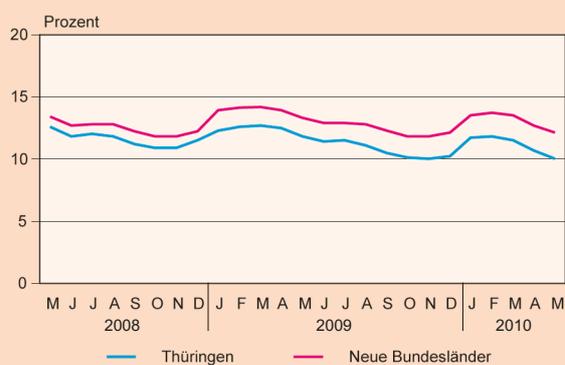
## Arbeitsmarkt



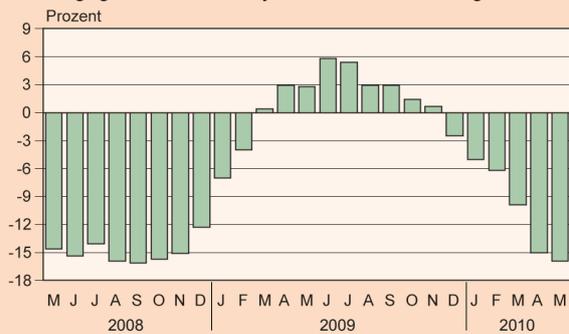
## Veränderung der Zahl der Beschäftigten in ABM gegenüber dem Vorjahresmonat



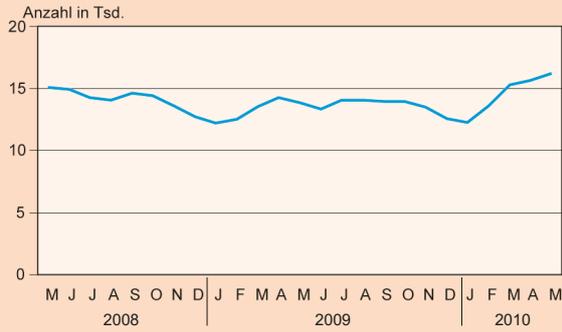
## Arbeitslosenquote



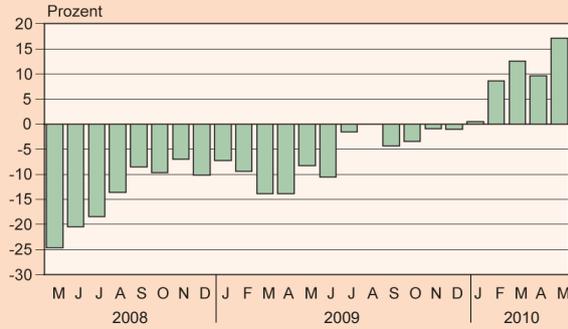
## Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



## Arbeitsmarkt Bestand an offenen Stellen



### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

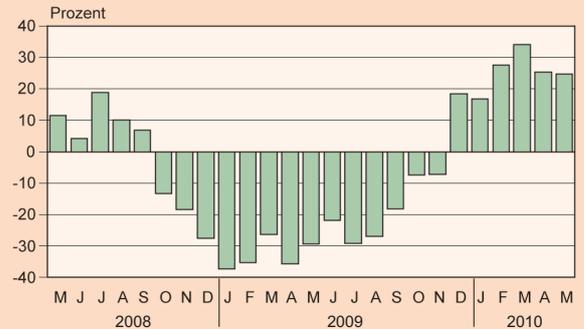


## Auftragseingangsindex Verarbeitendes Gewerbe

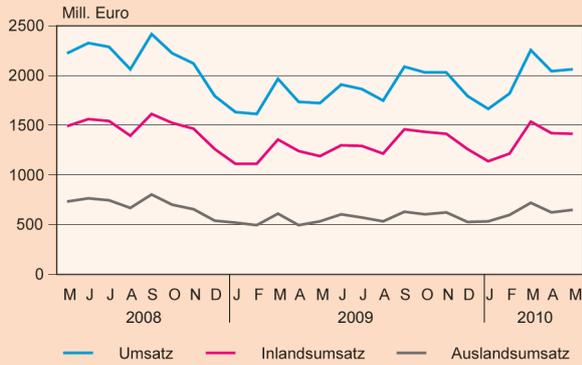
Basis 2005 = 100



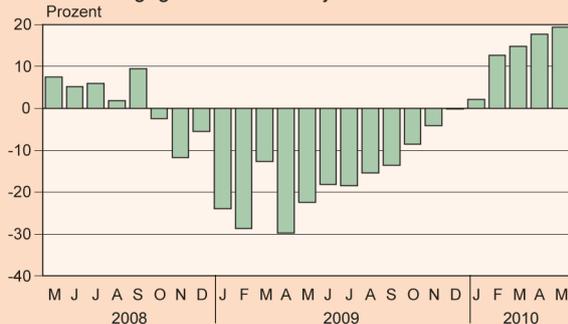
### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



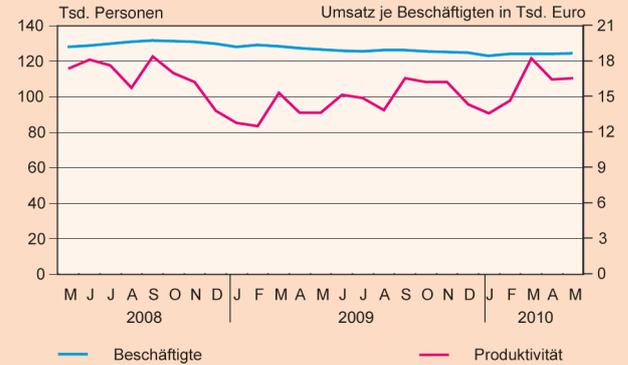
## Umsatz Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



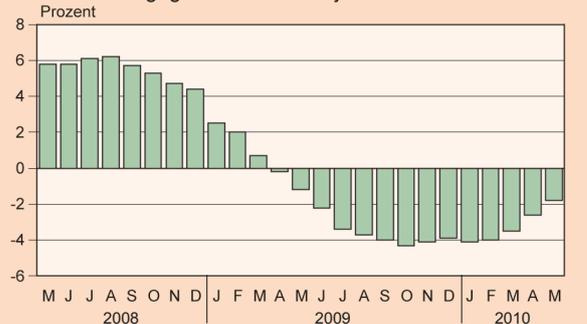
### Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



## Beschäftigte und Produktivität Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



### Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

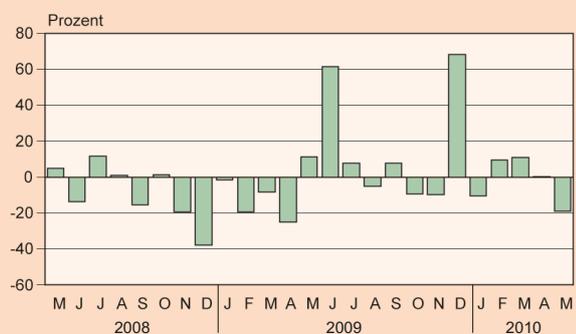


## Auftragseingangsindex Bauhauptgewerbe

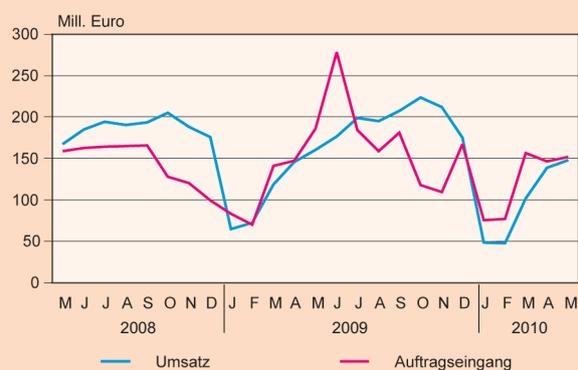
Basis: 2005 = 100



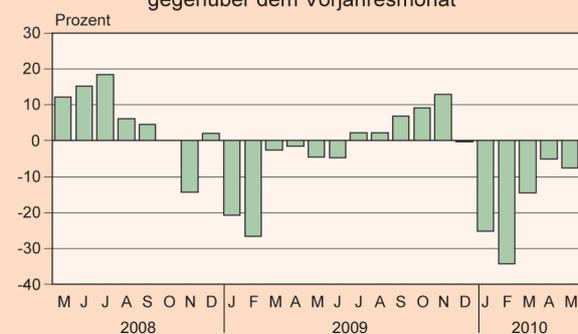
### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



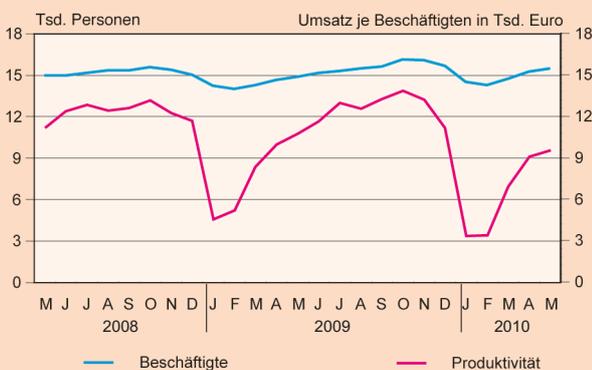
## Umsatz und Auftragseingang Bauhauptgewerbe



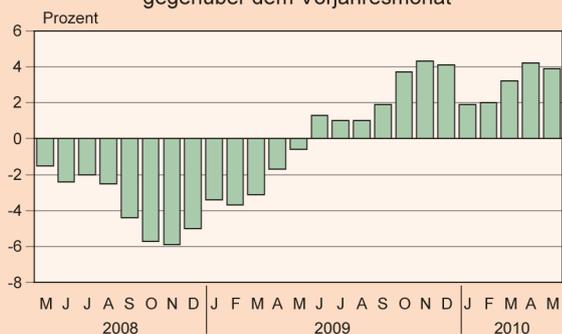
### Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



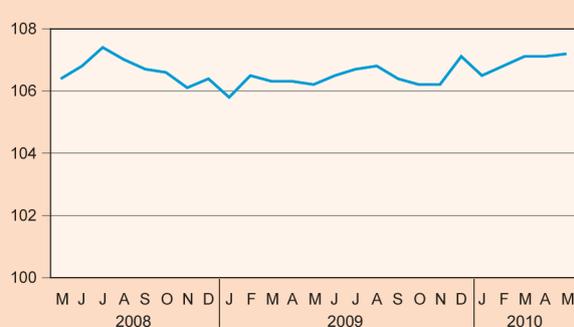
## Beschäftigte und Produktivität Bauhauptgewerbe



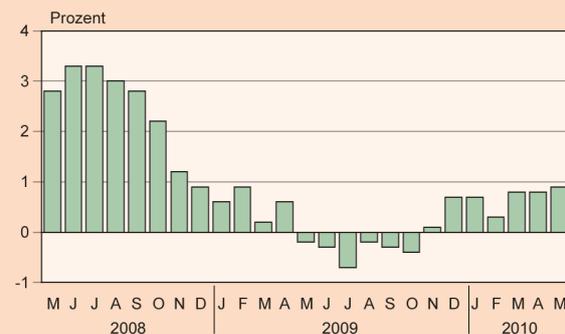
### Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



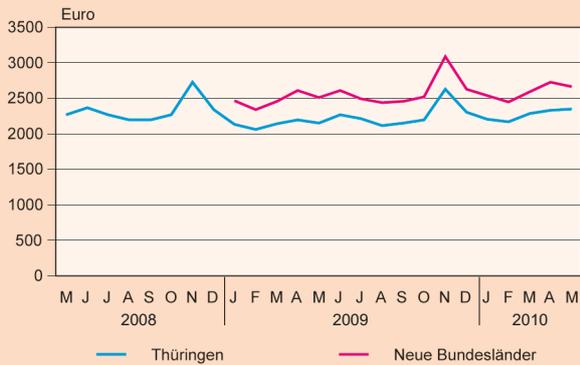
## Verbraucherpreisindex Basis: 2005 = 100



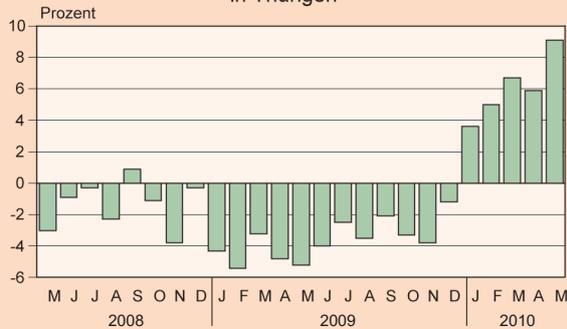
### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



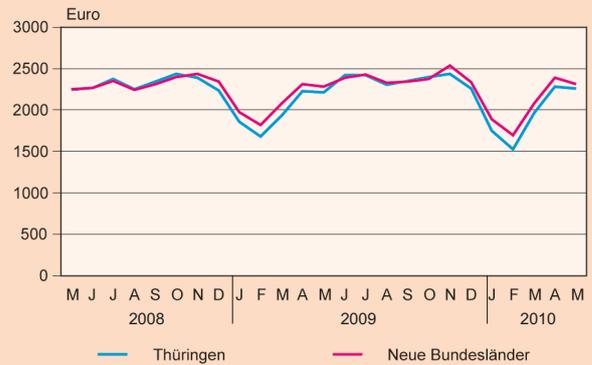
## Entgelte je Beschäftigten Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



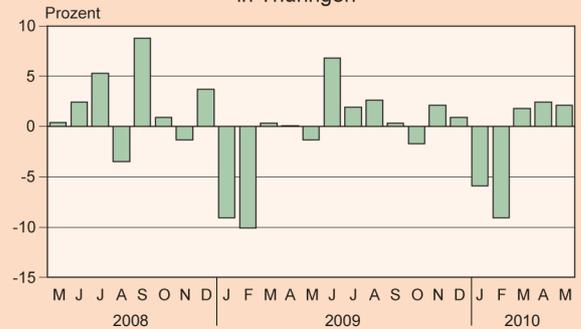
### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



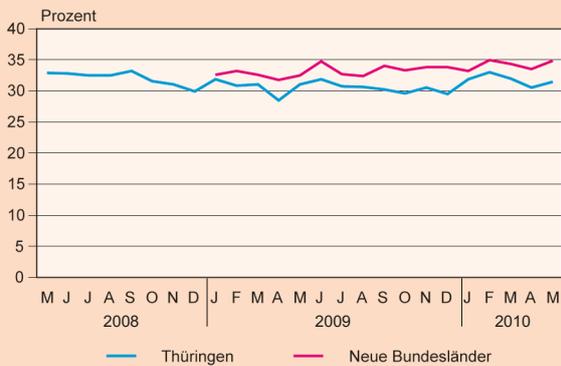
## Entgelte je Beschäftigten Bauhauptgewerbe



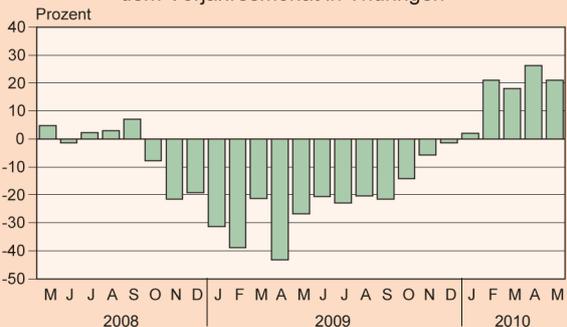
### Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



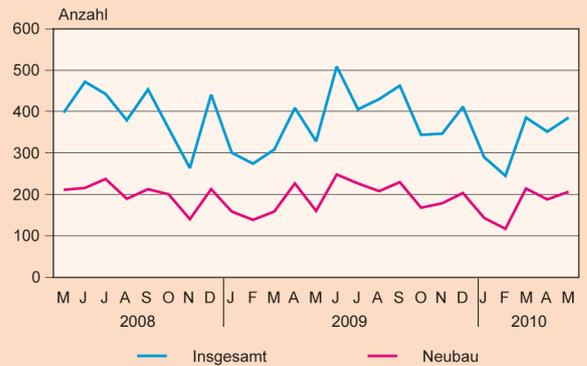
## Exportquote Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



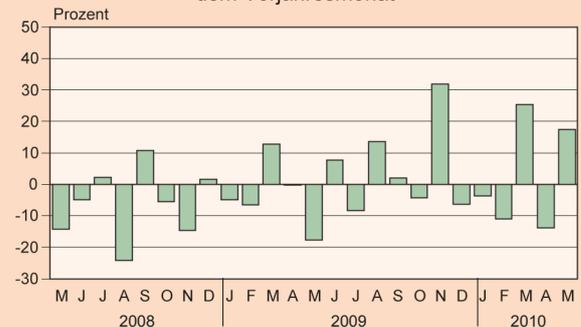
### Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



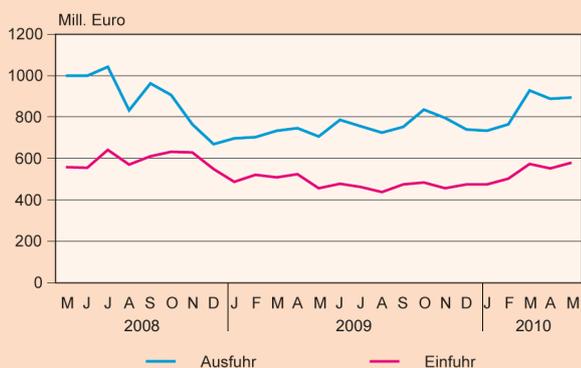
## Baugenehmigungen



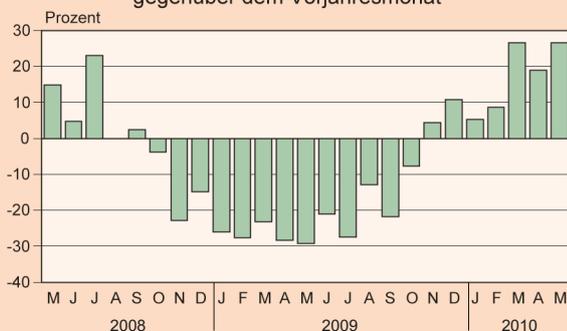
### Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



## Außenhandel

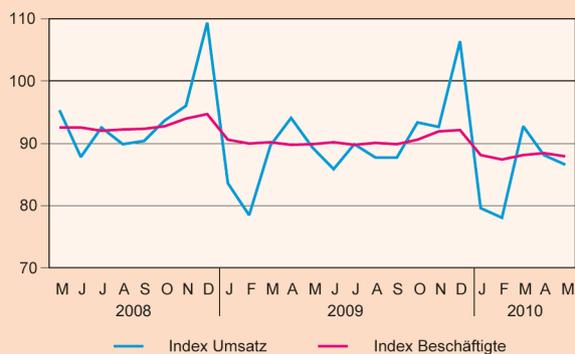


Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat

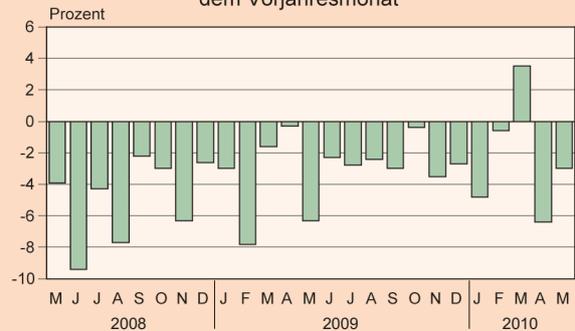


## Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Basis: 2005 = 100



Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

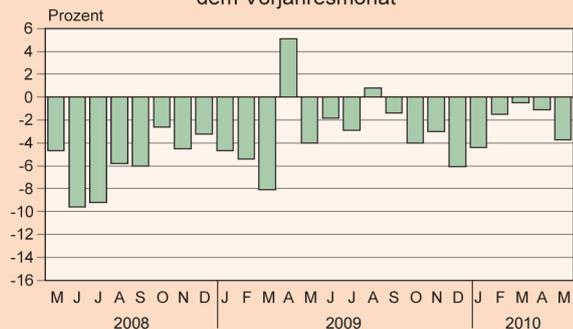


## Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

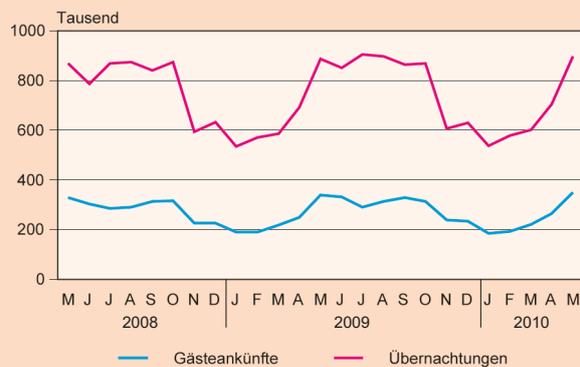
Basis: 2005 = 100



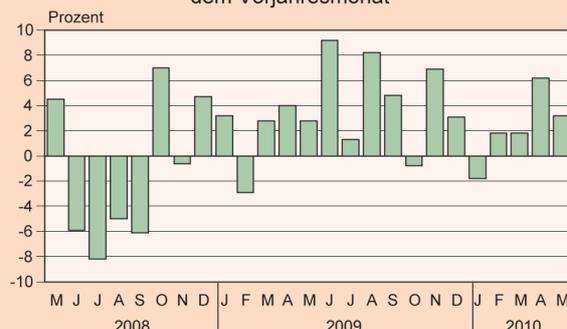
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



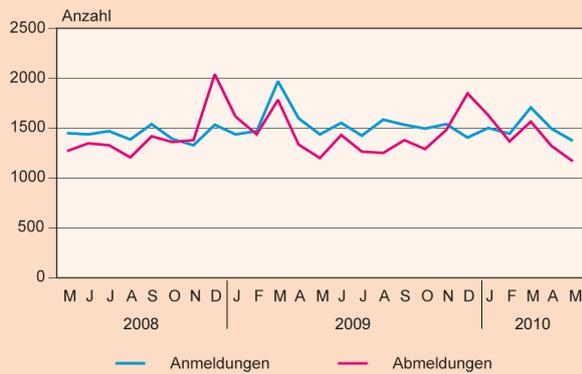
## Beherbergung



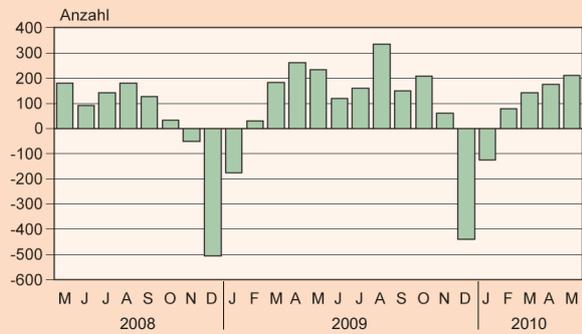
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



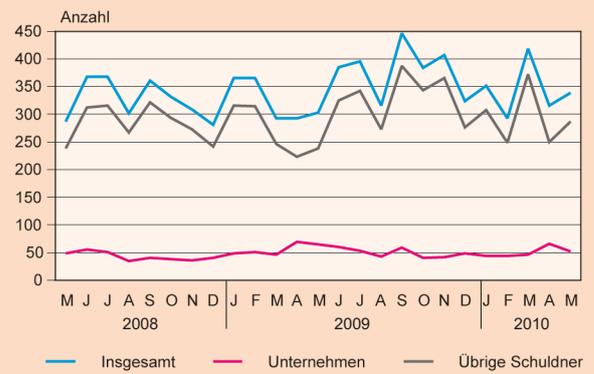
## Gewerbean- und -abmeldungen



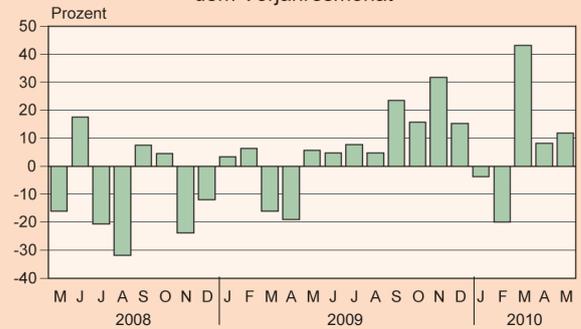
## Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



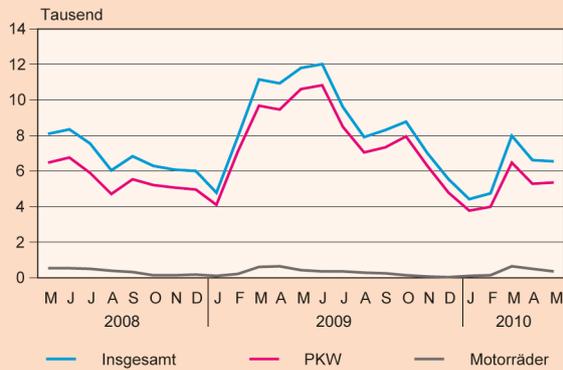
## Insolvenzen



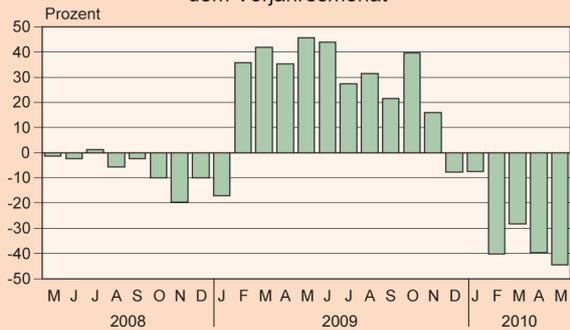
## Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



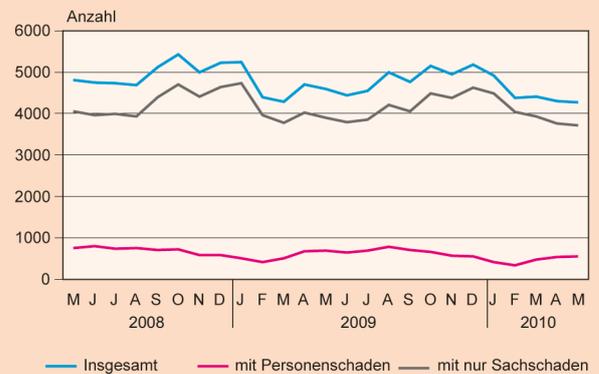
## Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



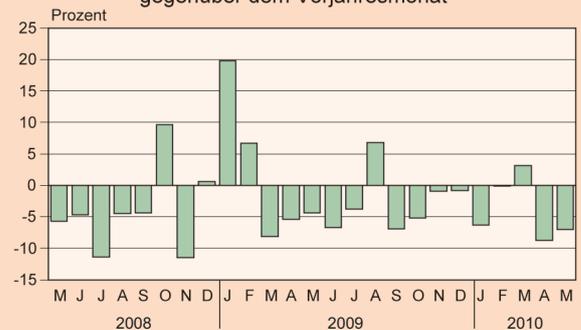
## Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



## Straßenverkehrsunfälle



## Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	Februar 2010	März 2010	April 2010	Mai 2010	Februar 2010	März 2010	April 2010	Mai 2010
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>								
Betriebe	1,9	0,0	- 0,2	0,0	- 2,3	- 2,5	- 2,8	- 2,7
Beschäftigte	0,9	0,1	0,0	0,2	- 4,0	- 3,5	- 2,6	- 1,8
Umsatz	8,9	24,3	- 9,6	0,9	12,7	14,8	17,7	19,4
dav. Inlandsumsatz	6,9	26,5	- 7,8	- 0,3	9,0	13,4	14,4	18,7
Auslandsumsatz	13,2	19,9	- 13,4	3,9	21,0	18,1	26,2	20,9
Umsatz je Beschäftigten	8,0	24,2	- 9,6	0,7	17,4	19,0	20,9	21,6
Geleistete Arbeitsstunden	1,2	12,4	- 8,4	- 3,7	1,4	4,9	4,3	4,5
Entgelte	- 1,0	5,4	2,0	1,2	0,8	3,0	3,1	7,1
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	6,4	19,3	- 11,1	- 2,0	27,6	34,0	26,0	25,0
Inland	4,5	22,1	- 8,6	- 4,1	23,7	33,3	26,2	23,0
Ausland	10,2	14,3	- 16,1	2,8	35,7	35,5	25,5	29,5
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>								
Betriebe	- 0,3	0,0	- 0,6	0,3	4,3	5,4	4,7	5,0
Beschäftigte	- 1,7	3,2	3,7	1,4	2,0	3,2	4,2	3,9
Umsatz	- 1,2	111,8	36,8	6,6	- 34,2	- 14,5	- 5,0	- 7,5
Umsatz je Beschäftigten	0,5	105,2	31,9	5,1	- 35,5	- 17,1	- 8,8	- 11,0
Geleistete Arbeitsstunden	7,4	126,7	25,9	- 3,0	- 25,7	1,1	5,2	3,3
Entgelte	- 14,4	33,1	20,2	0,5	- 7,3	5,0	6,7	6,1
Volumenindex des Auftragseingangs	2,8	102,1	- 6,0	1,2	9,4	10,9	0,3	- 18,9
<b>Ausbaugewerbe <sup>2) 3)</sup></b>								
Betriebe	.	2,3	.	.	.	0,8	.	.
Beschäftigte	.	0,0	.	.	.	0,6	.	.
Umsatz	.	- 36,9	.	.	.	1,8	.	.
Umsatz je Beschäftigten	.	- 36,9	.	.	.	1,2	.	.
<b>Gewerbeanzeigen <sup>4)</sup></b>								
Gewerbeanmeldungen	- 3,8	17,9	- 12,3	- 8,0	- 1,4	- 13,4	- 6,3	- 4,2
Gewerbeabmeldungen	- 16,0	14,3	- 15,7	- 11,6	- 4,7	- 12,3	- 1,1	- 3,0
<b>Insolvenzen</b>								
	- 16,8	43,2	- 24,4	7,3	- 20,0	43,2	8,2	11,9
<b>Verbraucherpreisindex</b>								
	0,3	0,3	0,0	0,1	0,3	0,8	0,8	0,9
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Arbeitslose	1,2	- 3,1	- 7,3	- 7,0	- 6,2	- 9,9	- 15,0	- 15,9
Offene Stellen	10,7	12,5	2,4	3,7	8,6	12,6	9,6	17,1
Beschäftigte in ABM	- 6,0	- 3,3	...	...	- 76,0	- 73,4	...	...

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland

Merkmal	Mengen- einheit	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Mittel- deut- schland	Anteil ... an Mitteldeutschland in Prozent		
						Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen
						Mai 2010		
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>								
Betriebe	Anzahl	1 230	657	854	2 741	44,9	24,0	31,2
Beschäftigte	Tsd. Personen	189	102	124	415	45,5	24,6	29,9
Umsatz	Mill. Euro	3 796	2 875	2 058	8 729	43,5	32,9	23,6
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	2 371	2 085	1 411	5 868	40,4	35,5	24,1
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1 425	790	646	2 861	49,8	27,6	22,6
Umsatz je Beschäftigten	Euro	20 112	28 126	16 556	21 020	x	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	24 340	13 395	16 148	53 883	45,2	24,9	30,0
Entgelte	Mill. Euro	478	254	292	1 023	46,7	24,8	28,5
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>								
Betriebe	Anzahl	509	317	313	1 139	44,7	27,8	27,5
Beschäftigte	Tsd. Personen	30	16	15	62	48,5	26,4	25,1
Gesamtumsatz	Mill. Euro	310	163	148	622	49,9	26,3	23,8
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	3 061	1 769	1 718	6 548	46,7	27,0	26,2
Entgelte	Mill. Euro	68	37	35	140	48,4	26,6	25,0
<b>Ausbaugewerbe <sup>2) 3)</sup></b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	Tsd. Personen	.	.	.	.	.	.	.
Baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	Tsd. Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Entgelte	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.
<b>Fremdenverkehr <sup>4)</sup></b>								
Gästeankünfte	1000	683	299	363	1 345	50,8	22,2	27,0
Gästeübernachtungen	1000	1 754	710	935	3 399	51,6	20,9	27,5
<b>Gewerbeanzeigen <sup>5)</sup></b>								
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 253	1 313	1 376	5 942	54,7	22,1	23,2
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 574	1 061	1 166	4 801	53,6	22,1	24,3
<b>Insolvenzen</b>								
davon: Unternehmen	Anzahl	675	412	339	1 426	47,3	28,9	23,8
Übrige Gemeinschuldner	Anzahl	130	62	52	244	53,3	25,4	21,3
Übrige Gemeinschuldner	Anzahl	545	350	287	1 182	46,1	29,6	24,3
<b>Verbraucherpreisindex</b>								
	2005 = 100	109,2	107,8	107,2	x	x	x	x
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Arbeitslose	Tsd. Personen	258	154	118	530	48,6	29,0	22,4
davon: Frauen	Tsd. Personen	118	71	56	245	48,3	28,9	22,8
Männer	Tsd. Personen	139	83	63	285	48,9	29,2	22,0
Offene Stellen	Anzahl	25 200	11 614	16 227	53 041	47,5	21,9	30,6
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	Prozent	12,1	12,8	10,0	x	x	x	x
davon: Frauen	Prozent	11,7	12,4	10,0	x	x	x	x
Männer	Prozent	12,4	13,1	10,0	x	x	x	x

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) Betriebe ab 9 Betten, einschließlich Campingplätze (Touristik- Camping).

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Mitteldeutschland

Merkmal	Veränderungen Mai 2010							
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mitteldeutschland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Mitteldeutschland
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	in Prozent							
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>								
Betriebe	- 0,1	0,0	0,0	0,0	- 3,7	- 0,8	- 2,7	- 2,7
Beschäftigte	0,4	0,4	0,2	0,3	- 1,4	- 0,5	- 1,8	- 1,3
Umsatz	- 3,1	1,8	0,9	- 0,6	13,7	23,5	19,4	18,1
darunter: Inlandsumsatz	- 1,9	0,8	- 0,3	- 0,6	6,8	24,2	18,7	15,3
Auslandsumsatz	- 4,9	4,7	3,9	- 0,5	27,5	21,7	20,9	24,3
Umsatz je Beschäftigten	- 3,4	1,4	0,7	- 0,9	15,3	24,1	21,6	19,7
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,5	- 4,8	- 3,7	- 4,8	2,8	3,4	4,5	3,5
Entgelte	- 2,1	- 1,1	1,2	- 0,9	4,2	6,6	7,1	5,6
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>								
Betriebe	0,0	0,0	0,3	0,1	- 1,4	3,6	5,0	1,7
Beschäftigte	1,3	1,1	1,4	1,3	2,6	5,3	3,9	3,7
Gesamtumsatz	11,4	- 2,8	6,6	6,2	11,7	- 3,7	- 7,5	2,3
Geleistete Arbeitsstunden	- 3,8	- 6,2	- 3,0	- 4,3	2,6	7,1	3,3	4,0
Entgelte	0,1	2,7	0,5	0,9	3,2	6,5	6,1	4,8
<b>Ausbaugewerbe <sup>2) 3)</sup></b>								
Betriebe	.	.	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	.	.	.	.	.	.	.	.
Baugewerblicher Umsatz	.	.	.	.	.	.	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	.	.	.	.	.	.	.	.
Entgelte	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Fremdenverkehr <sup>4)</sup></b>								
Gästeankünfte	34,7	36,1	35,2	35,1	9,5	1,7	2,7	5,8
Gästeübernachtungen	34,2	31,2	30,4	32,5	6,4	- 1,1	0,9	3,2
<b>Gewerbeanzeigen <sup>5)</sup></b>								
Gewerbeanmeldungen	- 1,6	- 11,9	- 8,0	- 5,6	0,8	- 7,7	- 4,2	- 2,4
Gewerbeabmeldungen	- 7,7	- 6,8	- 11,6	- 8,5	- 3,2	- 15,9	- 3,0	- 6,3
<b>Insolvenzen</b>								
davon: Unternehmen	- 7,7	- 6,8	7,3	- 4,2	2,3	9,9	11,9	6,6
Übrige Gemeinschuldner	- 7,8	- 10,1	- 21,2	- 11,6	- 12,8	- 31,1	- 20,0	- 19,7
	- 7,6	- 6,2	14,8	- 2,6	6,7	22,8	20,6	14,3
<b>Verbraucherpreisindex</b>								
	0,1	0,2	0,1	x	1,1	1,4	0,9	x
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Arbeitslose	- 5,3	- 5,1	- 7,0	- 5,6	- 9,8	- 10,5	- 15,9	- 11,4
davon: Frauen	- 3,0	- 3,0	- 4,0	- 3,2	- 10,2	- 11,0	- 17,1	- 12,1
Männer	- 7,3	- 6,9	- 9,4	- 7,6	- 9,6	- 10,0	- 14,8	- 10,9
Offene Stellen	9,1	- 18,1	3,7	0,2	0,8	- 22,0	17,1	- 1,3
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	- 0,5	- 0,4	- 0,7	x	- 1,2	- 1,2	- 1,8	x
davon: Frauen	- 0,3	- 0,1	- 0,3	x	- 1,2	- 1,2	- 2,0	x
Männer	- 0,9	- 0,7	- 0,9	x	- 1,2	- 1,2	- 1,6	x

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) Betriebe ab 9 Betten, einschließlich Campingplätze (Touristik- Camping).

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

6) Veränderung in Prozentpunkten

## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutsch- land insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutsch- land insgesamt
Mai 2010							
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>							
Betriebe	Anzahl	854	3764	18193	21957	22,7	3,9
Beschäftigte	1000	124	608	4358	4965	20,4	2,5
Umsatz	Mill. Euro	2058	13027	105608	118634	15,8	1,7
darunter: Inlandsumsatz	Mill. Euro	1411	8499	55266	63765	16,6	2,2
Auslandsumsatz	Mill. Euro	646	4528	50341	54869	14,3	1,2
Umsatz je Beschäftigten	Euro	16556	21431	24235	23892	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	16148	78485	531178	609663	20,6	2,6
Entgelte	Mill. Euro	292	1615	16598	18213	18,1	1,6
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2005 = 100	120,6	...	...	101,0	x	x
Inland	2005 = 100	132,5	...	...	99,0	x	x
Ausland	2005 = 100	102,3	...	...	102,8	x	x
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>							
Betriebe	Anzahl	313	1833	5182	7015	17,1	4,5
Beschäftigte	1000	15	96	280	376	16,1	4,1
Umsatz	Mill. Euro	148	1019	3504	4523	14,5	3,3
Umsatz je Beschäftigten	Euro	9553	10604	12515	12027	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1718	10121	28863	38984	17,0	4,4
Entgelte	Mill. Euro	35	222	788	1010	15,7	3,5
Volumenindex des Auftragseingangs	2005 = 100	98,5	...	...	101,2	x	x
<b>Ausbaugewerbe <sup>2) 3)</sup></b>							
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	1000	.	.	.	.	.	.
Umsatz	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.
Umsatz je Beschäftigten	Euro	.	.	.	.	.	.
<b>Gewerbeanzeigen <sup>4)</sup></b>							
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	1376	...	...	...	...	...
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1166	...	...	...	...	...
<b>Insolvenzen</b>							
	Anzahl	339	...	...	...	...	...
<b>Verbraucherpreisindex</b>							
	2005 = 100	107,2	...	...	108,0	x	x
<b>Arbeitsmarkt</b>							
Arbeitslose	Anzahl	118489	1017495	2224034	3241529	11,6	3,7
Offene Stellen	Anzahl	16227	109689	413274	522963	14,8	3,1

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren – Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderungen Mai 2010							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	um Prozent							
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>								
Betriebe	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 2,7	- 4,8	- 4,4
Beschäftigte	0,2	0,3	0,0	0,0	- 1,8	- 1,5	- 3,5	- 3,2
Umsatz	0,9	0,5	0,8	0,8	19,4	16,0	17,2	17,0
darunter: Inlandumsatz	- 0,3	- 1,4	- 0,1	- 0,3	18,7	12,1	10,9	11,1
Auslandsumsatz	3,9	4,4	1,8	2,0	20,9	24,1	24,8	24,8
Umsatz je Beschäftigten	0,7	0,2	0,8	0,8	21,6	17,8	21,5	20,9
Geleistete Arbeitsstunden	- 3,7	- 4,8	- 5,0	- 5,0	4,5	2,8	2,3	2,4
Entgelte	1,2	- 2,2	5,0	4,3	7,1	4,7	1,2	1,5
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	- 2,0	...	...	- 2,8	25,0	...	...	24,7
Inland	- 4,1	...	...	- 4,4	23,0	...	...	20,1
Ausland	2,8	...	...	- 1,3	29,5	...	...	29,0
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>								
Betriebe	0,3	5,1	- 1,9	- 0,2	5,0	1,4	0,8	1,0
Beschäftigte	1,4	8,3	- 1,6	0,7	3,9	3,0	2,1	2,3
Umsatz	6,6	14,1	4,3	6,4	- 7,5	- 10,8	4,0	0,2
Umsatz je Beschäftigten	5,1	5,4	6,0	5,6	- 11,0	- 13,4	1,8	- 2,0
Geleistete Arbeitsstunden	- 3,0	2,3	- 7,5	- 5,1	3,3	- 6,1	7,0	3,3
Entgelte	0,5	4,9	- 5,4	- 3,3	6,1	- 0,3	5,3	4,0
Volumenindex des Auftragseingangs	1,2	...	...	- 1,3	- 18,9	...	...	- 0,5
<b>Ausbaugewerbe <sup>2) 3)</sup></b>								
Betriebe	.	.	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	.	.	.	.	.	.	.	.
Umsatz	.	.	.	.	.	.	.	.
Umsatz je Beschäftigten	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Gewerbeanzeigen <sup>4)</sup></b>								
Gewerbeanmeldungen	- 8,0	...	...	...	- 4,2	...	...	...
Gewerbeabmeldungen	- 11,6	...	...	...	- 3,0	...	...	...
<b>Insolvenzen</b>								
	7,3	...	...		11,9	...	...	...
<b>Verbraucherpreisindex</b>								
	0,1	...	...	0,1	0,9	...	...	1,2
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Arbeitslose	- 7,0	- 5,5	- 4,5	- 4,8	- 15,9	- 9,5	- 4,7	- 6,3
Offene Stellen	3,7	- 4,4	2,8	1,2	17,1	- 7,7	11,3	6,7

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Quartalsangaben

4) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>						
1	Bevölkerung am Monatsende	1000	2 323	2 300	2 278	2 258
2	darunter Ausländer	1000	48	47	47	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>						
3	Eheschließungen	Anzahl	776	788	818	813
4	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,0	4,1	4,3	4,3
5	Lebendgeborene	Anzahl	1 367	1 431	1 444	1 405
6	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	7,1	7,5	7,6	7,5
7	Totgeborene	Anzahl	5	4	5	5
8	je 1 000 Geborene	aT	3,8	2,8	3,4	3,7
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 133	2 151	2 190	2 231
10	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	11,0	11,2	11,5	11,9
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	6	5	5	4
12	je 1 000 Lebendgeborene	aT	4,3	3,4	3,2	3,1
13	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (- )	Anzahl	- 766	- 720	- 745	- 827
14	je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	aT	- 4,0	- 3,8	- 3,9	- 4,4
<b>Wanderungen</b>						
15	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	2 513	2 623	2 805	2 894
16	darunter aus dem Ausland	Anzahl	505	545	570	614
17	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	3 702	3 732	3 863	3 563
18	darunter in das Ausland	Anzahl	546	543	640	558
19	Wanderungsgewinn bzw.- verlust (- )	Anzahl	- 1 189	- 1 109	- 1 058	- 669
20	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	4 561	4 534	4 707	4 659
<b>Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt <sup>1)</sup></b>						
21	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	713 267	726 048	736 814	...
22	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	188 448	158 972	135 203	136 250
	davon					
23	Männer	Anzahl	92 527	75 068	64 799	71 195
24	Frauen	Anzahl	95 922	83 904	70 404	65 055
25	Ausländer	Anzahl	4 153	3 891	3 477	3 471
26	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	21 709	16 851	14 051	14 266
27	Arbeitslosenquote insgesamt <sup>2)</sup>	%	15,6	13,2	11,3	11,4
	darunter					
28	Männer	%	.	.	10,2	11,3
29	Frauen	%	.	.	12,4	11,5
30	Jugendliche unter 25 Jahren	%	.	.	9,7	10,2
31	Kurzarbeiter	Anzahl	.	.	.	.
32	Langzeitarbeitslose	Anzahl	.	.	.	.
33	Zugang an offenen Stellen	Anzahl	.	.	.	.
34	Bestand an offenen Stellen	Anzahl	15 501	17 502	14 420	13 495
35	Beschäftigte in ABM	Anzahl	3 205	2 867	3 065	1 915
36	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	65 205	45 860	39 547	...

1) Quelle: Agentur für Arbeit Sachsen- Anhalt, Thüringen und Bundesagentur für Arbeit - 2) bis 2008 bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, ab 2009 auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
2 259	2 257	2 256	2 254	2 253	2 253	2 251	2 250	2 248	2 247	...	...	...	1
47	47	47	47	47	48	48	48	48	48	...	...	...	2
1 293	1 222	1 322	1 583	1 205	660	363	688	213	247	...	...	...	3
6,7	6,6	6,9	8,3	6,5	3,4	2,0	3,6	1,1	1,4	...	...	...	4
1 286	1 489	1 603	1 501	1 553	1 481	1 259	1 583	1 114	1 244	...	...	...	5
6,7	8,0	8,4	7,8	8,4	7,7	6,8	8,3	5,8	7,2	...	...	...	6
9	5	9	1	5	4	4	3	1	3	...	...	...	7
6,9	3,3	5,6	0,7	3,2	2,7	3,2	1,9	0,9	2,4	...	...	...	8
1 995	2 251	2 060	1 932	2 010	2 091	2 072	2 595	2 082	2 239	...	...	...	9
10,4	12,1	10,7	10,1	10,9	10,9	11,2	13,6	10,9	13,0	...	...	...	10
6	4	3	3	6	4	7	8	3	3	...	...	...	11
4,4	2,8	1,9	2,0	4,0	2,7	5,3	5,2	2,3	2,5	...	...	...	12
- 709	- 762	- 457	- 431	- 457	- 610	- 813	- 1 012	- 968	- 995	...	...	...	13
- 3,7	- 4,1	- 2,4	- 2,3	- 2,5	- 3,2	- 4,4	- 5,3	- 5,1	- 5,8	...	...	...	14
2 103	2 537	3 087	3 344	3 812	5 008	2 748	2 197	2 392	2 122	...	...	...	15
442	458	575	590	951	1 162	487	458	492	477	...	...	...	16
2 620	3 265	4 078	4 563	4 531	4 691	3 185	2 607	3 067	2 784	...	...	...	17
427	464	721	734	560	515	419	463	515	585	...	...	...	18
- 517	- 728	- 991	- 1 219	- 719	317	- 437	- 410	- 675	- 662	...	...	...	19
3 769	4 573	5 176	5 234	5 218	5 242	4 508	4 074	4 401	4 216	...	...	...	20
.	<b>722 768</b>	.	.	<b>737 893</b>	.	.	...	.	.	...	.	.	<b>21</b>
<b>140 854</b>	<b>136 350</b>	<b>137 356</b>	<b>132 423</b>	<b>125 809</b>	<b>120 448</b>	<b>119 217</b>	<b>121 948</b>	<b>139 942</b>	<b>141 684</b>	<b>137 362</b>	<b>127 349</b>	<b>118 489</b>	<b>22</b>
73 389	70 157	69 492	67 015	63 895	61 073	61 383	64 596	78 828	81 005	77 967	69 067	62 554	23
67 465	66 193	67 864	65 408	61 914	59 375	57 834	57 352	61 114	60 679	59 395	58 282	55 935	24
3 454	3 486	3 544	3 542	3 453	3 319	3 250	3 193	3 421	3 454	3 373	3 288	3 217	25
14 195	13 598	16 823	15 827	14 253	12 036	11 364	11 226	12 855	13 560	13 152	11 662	10 448	26
<b>11,8</b>	<b>11,4</b>	<b>11,5</b>	<b>11,1</b>	<b>10,5</b>	<b>10,1</b>	<b>10,0</b>	<b>10,2</b>	<b>11,7</b>	<b>11,8</b>	<b>11,5</b>	<b>10,7</b>	<b>10,0</b>	<b>27</b>
11,6	11,1	11,0	10,6	10,1	9,7	9,7	10,2	12,5	12,8	12,3	10,9	10,0	28
12,0	11,8	12,0	11,6	11,0	10,5	10,3	10,2	10,9	10,8	10,5	10,3	10,0	29
10,3	9,9	12,2	11,5	10,3	8,7	8,2	8,1	9,3	9,8	9,5	8,5	8,1	30
42 411	42 439	36 756	36 939	32 585	...	28 630	27 689	...	...	...	...	...	31
38 543	37 899	37 580	36 730	36 319	35 561	35 326	35 725	37 796	37 954	37 954	37 681	36 991	32
7 880	7 204	7 806	6 787	6 498	7 258	6 475	5 391	4 942	6 741	8 038	8 664	9 853	33
13 862	13 354	14 054	14 076	13 985	13 942	13 500	12 589	12 275	13 593	15 286	15 652	16 227	34
2 008	1 823	1 650	1 532	1 413	1 232	1 124	907	738	694	671	...	...	35
47 900	44 689	45 594	43 694	40 927	38 619	38 610	41 119	53 166	55 283	51 467	40 930	...	36

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Gewerbeanzeigen</b>						
<b>1</b>	<b>Gewerbebeanmeldungen insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 731</b>	<b>1 505</b>	<b>1 501</b>	<b>1 538</b>
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	70	65
3	Baugewerbe	Anzahl	.	.	145	150
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	494	512
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	321	339
<b>6</b>	<b>Gewerbeabmeldungen insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 448</b>	<b>1 417</b>	<b>1 470</b>	<b>1 443</b>
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	69	62
8	Baugewerbe	Anzahl	.	.	139	135
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	568	546
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	283	286
<b>11</b>	<b>Neuerrichtungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 484</b>	<b>1 275</b>	<b>1 253</b>	<b>1 303</b>
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	55	53
13	Baugewerbe	Anzahl	.	.	122	130
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	388	407
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	284	303
<b>16</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 179</b>	<b>1 158</b>	<b>1 202</b>	<b>1 169</b>
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	51	47
18	Baugewerbe	Anzahl	.	.	113	109
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	465	432
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	236	242
<b>Landwirtschaft</b>						
<b>21</b>	<b>Schlachtungen insgesamt <sup>1)</sup></b>	<b>Stück</b>	<b>141 695</b>	<b>153 759</b>	<b>150 993</b>	<b>149 542</b>
	darunter					
22	Rinder	Stück	5 643	5 980	6 790	6 425
23	Schweine	Stück	135 322	147 046	143 418	142 304
24	Schafe	Stück	630	645	679	703
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt <sup>1)</sup>	Stück	139 152	151 394	148 711	147 465
	darunter					
26	Rinder	Stück	5 385	5 738	6 525	6 171
27	Schweine	Stück	133 292	145 173	141 692	140 774
28	Schafe	Stück	431	436	440	472
<b>29</b>	<b>Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt</b>	<b>Tonnen</b>	<b>13 896</b>	<b>15 144</b>	<b>15 002</b>	<b>14 864</b>
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	1 596	1 719	1 930	1 833
31	Schweine	Tonnen	12 287	13 411	13 058	13 015
32	Schafe	Tonne	10	10	...	11
<b>Legehennenhaltung und Eierzeugung</b>						
33	Erzeugte Eier	1000 Stück	44 018	44 275	44 818	41 722
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	25,2	25,3	25,2	24,8

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
<b>1 436</b>	<b>1 554</b>	<b>1 427</b>	<b>1 588</b>	<b>1 532</b>	<b>1 496</b>	<b>1 540</b>	<b>1 408</b>	<b>1 503</b>	<b>1 446</b>	<b>1 705</b>	<b>1 495</b>	<b>1 376</b>	<b>1</b>
55	53	60	57	66	64	95	66	57	63	69	67	53	2
161	163	154	177	144	126	114	110	159	146	180	194	152	3
482	526	442	481	482	486	528	474	492	472	531	459	436	4
307	345	340	393	357	320	311	292	314	295	363	326	316	5
<b>1 202</b>	<b>1 434</b>	<b>1 266</b>	<b>1 254</b>	<b>1 382</b>	<b>1 287</b>	<b>1 479</b>	<b>1 848</b>	<b>1 628</b>	<b>1 368</b>	<b>1 564</b>	<b>1 319</b>	<b>1 166</b>	<b>6</b>
57	57	44	66	42	54	72	83	54	61	79	59	36	7
101	144	114	100	106	115	142	180	165	137	190	136	109	8
469	531	443	439	502	483	571	683	602	512	505	447	456	9
225	301	262	279	279	267	246	390	336	269	346	285	246	10
<b>1 211</b>	<b>1 329</b>	<b>1 260</b>	<b>1 379</b>	<b>1 313</b>	<b>1 265</b>	<b>1 313</b>	<b>1 155</b>	<b>1 222</b>	<b>1 216</b>	<b>1 467</b>	<b>1 291</b>	<b>1 191</b>	<b>11</b>
36	44	51	50	55	54	77	52	41	50	53	49	43	12
147	145	131	161	122	114	91	79	121	126	156	176	137	13
384	427	380	416	385	379	418	368	381	366	433	380	359	14
283	301	322	344	318	278	289	262	262	266	322	298	287	15
<b>943</b>	<b>1 167</b>	<b>1 045</b>	<b>1 033</b>	<b>1 106</b>	<b>1 017</b>	<b>1 210</b>	<b>1 543</b>	<b>1 302</b>	<b>1 101</b>	<b>1 282</b>	<b>1 067</b>	<b>968</b>	<b>16</b>
39	43	31	58	31	39	58	63	44	43	60	49	24	17
89	115	90	72	76	96	119	144	138	109	154	110	89	18
366	433	367	373	387	372	446	569	471	414	411	351	381	19
177	252	230	228	232	224	205	337	267	225	290	231	208	20
<b>142 819</b>	<b>144 821</b>	<b>147 279</b>	<b>140 061</b>	<b>152 489</b>	<b>161 986</b>	<b>161 002</b>	<b>156 821</b>	<b>144 615</b>	<b>138 614</b>	<b>166 882</b>	<b>151 246</b>	<b>141 747</b>	<b>21</b>
5 717	6 197	6 047	6 129	6 862	6 657	7 251	6 337	5 894	6 070	7 353	6 062	5 790	22
136 582	138 209	140 858	133 397	144 933	154 369	152 156	149 332	138 237	132 106	157 808	144 584	135 440	24
437	339	295	457	595	835	1 457	1 042	451	383	1 458	490	408	24
142 201	144 243	146 946	139 680	152 023	159 732	156 069	152 498	141 472	135 769	164 221	149 890	141 020	25
5 593	6 123	5 985	6 077	6 814	6 375	6 714	5 850	5 581	5 745	6 957	5 812	5 664	26
136 234	137 824	140 683	133 154	144 681	152 874	148 531	146 106	135 682	129 763	155 815	143 672	134 968	27
353	260	245	418	490	445	773	506	187	218	1 232	320	305	28
<b>14 347</b>	<b>14 533</b>	<b>14 677</b>	<b>13 821</b>	<b>15 348</b>	<b>16 110</b>	<b>15 889</b>	<b>15 305</b>	<b>14 377</b>	<b>13 869</b>	<b>16 680</b>	<b>15 175</b>	<b>14 297</b>	<b>29</b>
1 656	1 816	1 754	1 787	1 986	1 887	1 993	1 732	1 689	1 735	2 088	1 751	1 681	30
12 681	12 707	12 912	12 021	13 345	14 205	13 867	13 556	12 679	12 125	14 553	13 410	12 603	31
8	7	6	10	12	11	20	12	5	6	30	8	8	32
45 713	43 182	43 138	39 516	37 247	40 613	37 794	30 639	28 605	26 168	29 898	31 485	33 161	33
25,0	25,2	26,4	25,3	24,5	25,7	24,2	22,8	25,6	23,6	25,8	25,9	25,9	34

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Produzierendes Gewerbe</b>						
<b>Energie und Wasserversorgung</b>						
1	Betriebe	Anzahl	129	137	140	141
2	Beschäftigte	Anzahl	7 427	7 251	6 816	6 701
3	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	1 012	982	915	897
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	136	135	134	134
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 851	2 901	3 013	3 147
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	382	388	387	357
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Mill. kWh	372	379	378	346
8	Stromeinspeisung in das öffentliche Netz	Mill. kWh	102	151	168	165
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>						
9	Betriebe	Anzahl	833	853	873	876
10	Beschäftigte	Anzahl	116 777	122 441	128 989	126 595
11	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	16 180	16 964	17 725	16 340
12	Entgelte	Tsd. Euro	256 604	275 276	296 029	279 819
13	Umsatz	Mill. Euro	1 918	2 120	2 214	1 843
14	davon Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 290	1 396	1 438	1 281
15	Auslandsumsatz	Mill. Euro	629	724	734	562
16	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2005 = 100	...	...	135,7	104,1
17	davon aus dem Inland	2005 = 100	...	...	137,5	116,4
18	aus dem Ausland	2005 = 100	...	...	132,8	84,9
19	Vorleistungsgüterproduzenten	2005 = 100	...	...	150,3	132,1
20	Investitionsgüterproduzenten	2005 = 100	...	...	126,9	84,9
21	Gebrauchsgüterproduzenten	2005 = 100	...	...	131,2	119,2
22	Verbrauchsgüterproduzenten	2005 = 100	...	...	116,1	99,3
23	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	140	144	148	145
24	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	139	139	137	129
25	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 197	2 248	2 295	2 210
26	Umsatz je Beschäftigten	Euro	16 428	17 313	17 162	14 556
27	Exportquote	%	32,8	34,1	33,2	30,5

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
141	141	141	141	141	141	141	141	140	140	139	139	139	1
6 643	6 656	6 681	6 754	6 754	6 743	6 762	6 749	6 737	6 661	6 662	6 668	6 693	2
842	892	911	870	930	937	935	839	892	888	996	895	840	3
127	134	136	129	138	139	138	124	132	133	150	134	125	4
3 154	2 997	2 963	2 899	2 912	2 981	4 841	2 945	3 022	2 921	2 924	3 159	3 391	5
285	312	304	288	319	369	370	436	488	430	441	329	349	6
276	301	295	278	310	357	357	421	470	416	428	318	338	7
167	104	167	174	117	157	215	240	177	136	228	159	172	8
878	878	876	876	877	877	878	878	840	856	856	854	854	9
126 606	125 939	125 451	126 174	126 277	125 557	125 304	124 889	122 834	123 908	123 995	124 010	124 285	10
15 452	16 440	16 106	15 928	17 132	17 072	17 106	14 591	16 106	16 293	18 311	16 769	16 148	11
272 235	285 502	277 255	266 817	271 447	275 430	328 363	287 844	270 918	268 289	282 702	288 252	291 605	12
1 724	1 904	1 864	1 745	2 085	2 032	2 032	1 790	1 666	1 814	2 255	2 039	2 058	13
1 189	1 298	1 292	1 212	1 455	1 432	1 411	1 261	1 136	1 215	1 536	1 416	1 411	14
534	606	572	534	630	601	620	529	530	599	719	622	646	15
96,8	105,5	115,6	95,7	116,8	117,9	113,3	104,4	109,0	116,0	138,4	123,1	120,6	16
108,0	115,2	126,5	107,9	135,8	135,9	127,1	122,8	118,5	123,8	151,2	138,2	132,5	17
79,2	90,5	98,6	76,8	87,3	89,8	91,8	75,6	94,2	103,8	118,6	99,5	102,3	18
122,8	131,9	139,4	122,1	157,4	159,4	151,3	151,2	136,8	155,2	179,6	164,4	152,4	19
78,9	87,0	99,1	77,9	89,3	89,1	87,0	72,5	69,3	90,0	109,5	96,1	100,4	20
104,3	136,1	132,8	102,6	139,0	150,1	134,6	137,9	154,6	121,1	178,7	128,3	124,6	21
103,6	91,8	109,1	94,0	102,2	104,2	116,0	78,4	80,2	105,2	128,2	101,4	89,4	22
144	143	143	144	144	143	143	142	146	145	145	145	146	23
122	131	128	126	136	136	137	117	131	131	148	135	130	24
2 150	2 267	2 210	2 115	2 150	2 194	2 621	2 305	2 206	2 165	2 280	2 324	2 346	25
13 613	15 119	14 859	13 833	16 513	16 185	16 215	14 333	13 561	14 641	18 187	16 438	16 556	26
31,0	31,8	30,7	30,6	30,2	29,6	30,5	29,5	31,8	33,0	31,9	30,5	31,4	27

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Baugewerbe insgesamt <sup>1) 2)</sup></b>						
1	Betriebe	Anzahl	567	571	569	561
2	Beschäftigte	Anzahl	23 384	24 099	23 802	24 117
3	Umsatz	Tsd. Euro	663 934	650 279	699 342	695 174
<b>Bauhauptgewerbe</b>						
4	Betriebe	Anzahl	314	310	308	303
5	Beschäftigte	Anzahl	15 051	15 409	15 058	15 128
6	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	1 673	1 680	1 627	1 605
davon für den						
7	Wohnungsbau	1000 Std.	158	159	146	139
8	gewerblichen Bau	1000 Std.	606	633	629	586
9	öffentlicher und Straßenbau	1000 Std.	909	888	852	880
10	Bruttolohn- und - gehaltssumme	Tsd. Euro	32 271	33 448	33 413	33 533
11	Umsatz	Tsd. Euro	158 774	153 039	162 541	162 446
12	Baugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	157 073	151 599	160 987	160 677
davon						
13	Wohnungsbau	Tsd. Euro	11 897	10 858	11 081	10 851
14	gewerblicher Bau	Tsd. Euro	54 520	53 121	53 900	49 330
15	öffentlicher und Verkehrsbau	Tsd. Euro	90 656	87 620	96 006	100 496
16	Volumenindex des Auftragseingangs	2005 = 100	...	...	94,3	100,0
17	Auftragseingang	Tsd. Euro	133 739	141 865	137 994	152 071
18	Auftragsbestand <sup>2)</sup>	Tsd. Euro	671 549	756 191	854 279	945 355
19	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	48	50	49	50
20	Bruttolohn und - gehalt je Beschäftigten	Euro	2 144	2 171	2 219	2 217
21	Umsatz je Beschäftigten	Euro	10 549	9 932	10 794	10 738
<b>Ausbaugewerbe <sup>2)</sup></b>						
22	Betriebe	Anzahl	254	262	263	258
23	Beschäftigte	Anzahl	8 275	8 682	8 786	8 939
24	Geleistete Arbeitsstunden	1000 Std.	2 870	3 073	3 112	3 126
25	Bruttolohn- und - gehaltssumme	Tsd. Euro	43 863	47 259	49 182	50 867
26	Umsatz	Tsd. Euro	187 612	191 164	211 717	207 836
27	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tsd. Euro	178 781	183 480	203 803	199 809
28	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	33	33	33	35
29	Bruttolohn und - gehalt je Beschäftigten	Euro	5 301	5 443	5 598	5 690
30	Umsatz je Beschäftigten	Euro	22 674	22 018	24 098	23 251

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten - 2) Quartalsangaben

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
.	557	.	.	556	.	.	571	.	.	576	.	.	1
.	24 108	.	.	24 758	.	.	24 515	.	.	23 592	.	.	2
.	672 269	.	.	824 618	.	.	868 194	.	.	360 149	.	.	3
298	298	300	299	299	313	315	315	315	314	314	312	313	4
14 896	15 153	15 305	15 505	15 640	16 148	16 078	15 650	14 515	14 271	14 725	15 274	15 484	5
1 663	1 854	1 977	1 910	2 032	2 036	1 896	1 289	578	621	1 408	1 772	1 718	6
156	156	173	167	174	174	160	105	42	46	110	136	150	7
578	674	692	670	709	723	674	494	240	263	566	686	681	8
929	1 023	1 111	1 074	1 149	1 139	1 061	689	296	312	732	951	887	9
32 949	36 608	37 002	35 735	36 780	38 697	39 191	35 305	25 407	21 750	28 960	34 800	34 958	10
159 892	176 181	198 740	194 676	206 959	223 698	212 171	174 917	48 451	47 890	101 426	138 713	147 925	11
158 502	174 407	196 353	192 654	204 706	221 206	209 337	172 500	47 381	46 851	99 673	136 543	145 686	12
10 985	11 218	13 831	14 715	11 918	14 150	12 046	14 923	3 550	2 276	6 774	11 423	12 433	13
44 516	53 922	52 337	53 403	59 608	68 737	68 886	53 877	17 988	15 791	34 342	43 926	47 340	14
103 001	109 267	130 185	124 536	133 180	138 318	128 405	103 699	25 844	28 784	58 558	81 194	85 912	15
121,4	180,1	121,1	104,5	119,3	77,6	72,3	111,4	49,8	51,2	103,5	97,3	98,5	16
185 809	278 275	184 274	158 542	180 997	117 982	109 556	167 549	75 332	76 903	156 729	146 743	151 481	17
.	1 008 116	.	.	1 013 111	.	.	935 455	.	.	1 086 833	.	.	18
50	51	51	52	52	52	51	50	46	45	47	49	49	19
2 212	2 416	2 418	2 305	2 352	2 396	2 438	2 256	1 750	1 524	1 967	2 278	2 258	20
10 734	11 627	12 985	12 556	13 233	13 853	13 196	11 177	3 338	3 356	6 888	9 082	9 553	21
.	259	.	.	257	.	.	256	.	.	262	.	.	22
.	8 955	.	.	9 118	.	.	8 865	.	.	8 867	.	.	23
.	3 067	.	.	3 330	.	.	3 121	.	.	2 997	.	.	24
.	50 655	.	.	51 640	.	.	53 482	.	.	48 586	.	.	25
.	190 230	.	.	224 243	.	.	257 408	.	.	162 383	.	.	26
.	182 371	.	.	216 012	.	.	247 706	.	.	154 815	.	.	27
.	35	.	.	35	.	.	35	.	.	34	.	.	28
.	5 657	.	.	5 663	.	.	6 033	.	.	5 479	.	.	29
.	21 243	.	.	24 593	.	.	29 036	.	.	18 313	.	.	30

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Bautätigkeit</b>						
<b>1</b>	<b>Gemeldete Baugenehmigungen <sup>1)</sup></b>	<b>Anzahl</b>	<b>472</b>	<b>388</b>	<b>375</b>	<b>378</b>
2	Wohngebäude	Anzahl	354	272	247	263
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	47 797	39 710	37 832	40 820
4	Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	39	31	29	31
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	118	116	128	114
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	53 098	46 500	59 434	45 779
7	Nutzfläche	1000 m <sup>2</sup>	66	58	73	51
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	317	282	227	272
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 690	1 313	1 159	1 289
<b>10</b>	<b>Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude</b>	<b>Anzahl</b>	<b>258</b>	<b>198</b>	<b>192</b>	<b>192</b>
11	Wohngebäude	Anzahl	193	131	120	129
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	186	125	114	123
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	32 755	24 987	24 453	26 970
14	umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	155	118	111	120
15	Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	29	22	20	22
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	65	66	72	63
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tsd. Euro	38 932	29 843	41 257	28 689
18	umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	383	338	459	290
19	Nutzfläche	1000 m <sup>2</sup>	54	49	62	44
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	257	200	184	201
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 322	993	901	969
<b>Handel und Gastgewerbe</b>						
<b>Außenhandel</b>						
<b>22</b>	<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>772 882</b>	<b>888 906</b>	<b>925 532</b>	<b>748 096</b>
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	30 504	39 657	46 958	46 331
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	728 013	804 437	866 362	655 661
25	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	7 525	8 020	10 139	7 843
26	Halbwaren	Tsd. Euro	43 871	48 159	50 813	36 520
27	Fertigwaren	Tsd. Euro	676 618	748 258	805 410	611 297
<b>Ausfuhr nach ausgewählten Ländern</b>						
28	Frankreich	Tsd. Euro	71 970	77 054	78 227	61 294
29	Italien	Tsd. Euro	61 156	73 145	65 174	52 111
30	Vereinigte Staaten	Tsd. Euro	56 907	58 257	57 761	41 645
31	Vereinigtes Königreich	Tsd. Euro	51 075	80 662	76 487	87 381
32	Niederlande	Tsd. Euro	48 389	51 708	53 531	39 857
33	Österreich	Tsd. Euro	41 048	43 841	49 589	37 998
34	Ausfuhr in EU- Länder (EU- 27)	Tsd. Euro	529 104	619 132	626 798	512 840
<b>35</b>	<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>501 866</b>	<b>600 349</b>	<b>607 099</b>	<b>479 868</b>
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tsd. Euro	41 707	39 710	41 790	43 193
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tsd. Euro	442 942	513 209	543 078	380 716
38	davon Rohstoffe	Tsd. Euro	15 276	22 642	32 121	28 547
39	Halbwaren	Tsd. Euro	21 545	26 853	30 219	15 577
40	Fertigwaren	Tsd. Euro	406 121	463 714	480 737	336 591
<b>Einfuhr nach ausgewählten Ländern</b>						
41	Volksrepublik China	Tsd. Euro	90 460	104 613	106 272	48 807
42	Spanien	Tsd. Euro	38 598	43 456	34 339	28 396
43	Polen	Tsd. Euro	36 673	47 544	40 116	30 141
44	Österreich	Tsd. Euro	32 037	37 474	35 812	29 885
45	Italien	Tsd. Euro	31 585	49 403	45 534	43 010
46	Niederlande	Tsd. Euro	28 583	34 283	34 238	30 539
47	Einfuhr aus EU- Ländern (EU- 27)	Tsd. Euro	308 126	376 254	371 285	327 910

1) einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
<b>328</b>	<b>509</b>	<b>406</b>	<b>430</b>	<b>462</b>	<b>344</b>	<b>347</b>	<b>412</b>	<b>289</b>	<b>245</b>	<b>386</b>	<b>352</b>	<b>385</b>	<b>1</b>
221	350	267	316	328	231	242	282	181	157	280	252	270	2
30 653	54 178	45 920	43 427	45 619	37 046	35 247	49 684	26 774	28 379	46 989	42 475	40 727	3
25	37	36	33	36	21	30	39	18	16	31	31	28	4
107	159	139	114	134	113	105	130	108	88	106	100	115	5
26 994	65 910	49 010	35 451	57 204	40 033	61 295	48 974	37 213	41 058	38 137	69 343	41 369	6
26	64	72	34	68	51	35	98	33	26	47	63	69	7
206	277	359	290	316	119	276	376	162	99	258	240	203	8
1 054	1 372	1 603	1 364	1 610	682	1 320	1 823	769	587	1 260	1 311	1 093	9
<b>160</b>	<b>248</b>	<b>227</b>	<b>208</b>	<b>230</b>	<b>168</b>	<b>179</b>	<b>204</b>	<b>144</b>	<b>117</b>	<b>214</b>	<b>188</b>	<b>207</b>	<b>10</b>
108	158	147	141	154	99	126	144	82	71	156	133	135	11
104	151	135	134	146	96	117	133	79	69	146	124	134	12
22 222	36 890	36 074	26 332	29 965	19 271	24 946	36 031	15 672	13 276	33 728	27 621	26 030	13
98	159	167	115	134	82	111	156	66	55	143	123	111	14
18	28	30	22	25	15	21	28	13	11	27	22	21	15
52	90	80	67	76	69	53	60	62	46	58	55	72	16
17 115	50 275	37 765	21 460	36 062	31 428	31 131	24 885	21 335	20 776	20 272	54 084	34 494	17
151	407	456	208	310	310	171	424	190	106	269	364	590	18
23	56	65	30	54	49	31	68	26	20	36	59	63	19
149	251	310	184	225	126	176	249	100	91	236	201	151	20
803	1 209	1 303	947	1 096	655	933	1 279	542	462	1 167	989	870	21
<b>706 136</b>	<b>787 093</b>	<b>756 469</b>	<b>725 173</b>	<b>751 067</b>	<b>835 019</b>	<b>796 387</b>	<b>740 874</b>	<b>732 747</b>	<b>763 318</b>	<b>928 271</b>	<b>887 936</b>	<b>893 738</b>	<b>22</b>
35 192	44 673	39 161	45 389	49 621	53 500	52 939	51 302	49 312	52 783	54 393	45 597	47 344	23
625 439	691 844	666 954	635 853	658 470	738 108	702 335	650 319	643 788	668 598	823 858	798 536	800 592	24
6 479	10 382	9 708	7 608	8 974	9 381	7 457	5 940	5 877	6 521	7 586	8 633	7 357	25
35 662	37 345	38 296	33 339	35 493	37 412	38 399	46 756	34 446	42 944	48 733	48 744	44 557	26
583 297	644 117	618 950	594 906	614 003	691 315	656 480	597 622	603 465	619 134	767 539	741 158	748 678	27
55 821	66 886	59 774	53 130	60 398	65 402	66 961	60 610	66 341	60 548	71 417	73 041	75 512	28
47 080	60 603	51 021	36 400	51 642	47 490	61 822	45 520	54 632	64 918	66 316	56 164	58 863	29
31 591	43 802	43 630	37 778	39 818	43 499	43 212	38 673	39 132	36 688	53 676	46 484	44 559	30
122 108	111 572	70 147	135 402	85 267	80 559	75 330	48 663	95 507	76 487	102 037	66 824	72 952	31
37 363	36 442	31 755	36 116	38 935	44 646	39 274	34 412	38 727	39 015	47 934	43 548	47 748	32
32 957	34 925	37 530	39 398	41 498	44 304	39 425	37 236	38 834	42 827	51 981	52 400	55 320	33
504 879	565 421	472 811	519 786	509 404	574 617	530 480	452 469	523 165	524 306	620 536	566 173	586 892	34
<b>455 593</b>	<b>476 654</b>	<b>461 905</b>	<b>437 107</b>	<b>475 442</b>	<b>482 624</b>	<b>455 991</b>	<b>474 449</b>	<b>473 801</b>	<b>502 351</b>	<b>572 269</b>	<b>552 042</b>	<b>578 662</b>	<b>35</b>
34 785	43 486	47 280	48 303	44 031	44 865	37 570	47 741	43 118	45 585	47 850	41 622	41 264	36
364 395	373 948	352 476	335 184	381 082	384 204	370 111	377 055	378 206	400 677	460 703	448 423	474 933	37
37 456	2 459	37 332	19 273	17 479	17 834	17 742	16 881	24 143	27 751	32 973	25 852	29 514	38
14 968	15 516	14 613	14 665	13 816	18 778	18 948	25 421	20 364	22 213	25 224	33 973	30 568	39
311 970	355 973	300 531	301 246	349 786	347 592	333 421	334 753	333 699	350 713	402 506	388 598	414 851	40
30 787	35 008	34 945	36 370	47 051	48 690	50 904	57 178	63 292	48 035	45 941	52 855	50 902	41
30 005	36 579	19 592	25 314	35 020	25 906	28 207	23 678	26 041	31 710	39 119	31 562	29 527	42
26 148	31 338	28 851	25 651	29 483	34 194	27 879	33 420	28 607	26 498	44 031	41 087	45 728	43
31 124	31 212	35 149	28 217	33 311	32 694	29 608	23 014	28 550	34 020	37 095	32 423	37 003	44
37 823	45 415	44 762	40 286	43 921	48 332	42 348	43 814	35 302	45 575	54 224	46 340	48 809	45
29 713	28 060	30 138	33 284	27 200	39 086	27 451	28 896	31 537	30 295	36 158	36 045	42 183	46
322 778	358 379	323 296	310 324	338 714	346 483	315 976	327 256	314 809	348 897	393 388	378 599	413 927	47

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Einzelhandel <sup>1)</sup></b>						
1	Beschäftigte	2005 = 100	97,7	96,6	92,8	90,4
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2005 = 100	97,7	97,5	89,8	88,4
3	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2005 = 100	91,5	85,9	81,2	77,0
4	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2005 = 100	94,7	91,8	69,7	66,7
5	sonstiger Facheinzelhandel	2005 = 100	100,1	100,7	105,1	102,6
6	Umsatz <sup>2)</sup>	2005 = 100	99,9	97,4	92,6	89,9
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2005 = 100	97,5	95,0	84,6	81,4
8	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2005 = 100	97,9	90,9	84,0	78,0
9	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	2005 = 100	95,0	84,6	72,0	67,0
10	sonstiger Facheinzelhandel	2005 = 100	107,2	100,3	107,3	105,8
<b>Gastgewerbe</b>						
11	Beschäftigte	2005 = 100	99,8	98,6	88,8	88,1
	davon					
12	Beherbergung	2005 = 100	102,3	101,8	98,3	96,3
13	Gastronomie	2005 = 100	98,8	97,3	84,7	84,7
14	Umsatz <sup>2)</sup>	2005 = 100	100,1	96,6	90,3	87,7
	davon					
15	Beherbergung	2005 = 100	101,1	100,2	95,3	94,1
16	Gastronomie	2005 = 100	99,5	94,7	87,8	84,4
<b>Fremdenverkehr</b>						
17	Gästeankünfte	1000	245	261	260	270
18	darunter von Auslandsgästen	1000	16	17	18	18
19	Gästeübernachtungen	1000	692	720	724	740
20	darunter von Auslandsgästen	1000	41	41	40	42
<b>Verkehr</b>						
<b>Kraftfahrzeuge</b>						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>3)</sup>	Anzahl	8 108	7 110	6 894	8 811
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	6 894	5 794	5 557	7 802
23	Lastkraftwagen	Anzahl	650	721	704	511
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	369	360	364	292
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 932	5 006	4 819	4 768
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	712	716	658	621
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 220	4 291	4 161	4 147
28	Getötete Personen	Anzahl	18	16	15	12
29	Verletzte Personen	Anzahl	926	937	853	805
<b>Schiennahverkehr und gewerblicher Omnibuslinienverkehr <sup>4) 5)</sup></b>						
30	Fahrgäste	1000	41 521	39 997	39 082	39 323
31	Beförderungsleistung	1000 Pers.- km	338 228	327 003	321 054	304 097

1) ohne Handel mit Kfz und ohne Tankstellen - 2) Preisbasis 2000 - 3) Quelle: Kraftfahrt- Bundesamt Flensburg - 4) mit mehr als 250 Tsd. beförderten Personen

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
89,9	90,2	89,8	90,1	89,9	90,6	91,9	92,1	88,1	87,4	88,1	88,4	87,9	1
87,4	87,4	87,4	87,9	88,0	89,2	91,3	90,7	84,6	84,1	83,9	83,9	83,7	2
76,3	76,9	75,3	76,5	74,5	75,9	75,3	76,9	75,5	75,3	75,8	74,8	74,8	3
67,4	67,4	66,5	67,9	66,5	67,2	66,3	67,1	66,5	65,4	66,1	65,0	63,3	4
102,9	103,5	102,0	102,6	102,7	103,0	102,2	102,5	102,2	100,3	104,5	104,8	101,9	5
89,3	85,8	89,9	87,7	87,7	93,3	92,6	106,4	79,6	78,0	92,7	88,1	86,6	6
81,9	76,9	81,0	80,8	77,3	83,5	82,5	98,9	72,8	71,3	82,8	77,3	77,5	7
81,4	75,9	81,6	79,8	76,9	75,2	75,8	89,0	64,7	65,7	76,9	78,0	76,4	8
67,3	77,4	77,1	76,1	71,1	65,1	64,2	59,0	59,3	52,4	63,8	59,7	59,1	9
111,2	99,9	107,0	101,3	110,2	111,0	109,8	110,1	83,3	87,2	117,3	115,0	104,3	10
90,7	91,1	90,4	91,3	90,5	89,7	86,4	86,7	83,1	83,4	84,0	86,1	88,2	11
98,1	96,5	98,6	100,3	100,1	99,6	95,8	96,4	94,3	93,3	91,8	94,2	96,8	12
87,6	88,9	86,9	87,5	86,4	85,5	82,4	82,6	78,3	79,2	80,7	82,7	84,5	13
98,8	93,3	87,9	95,6	92,6	92,5	81,5	94,8	71,0	73,1	78,1	87,1	95,1	14
112,6	105,6	93,1	101,8	108,4	102,9	82,5	100,6	75,9	72,6	75,3	89,2	107,4	15
91,8	87,0	85,2	92,4	84,7	87,1	81,0	91,8	68,5	73,2	79,5	86,0	88,8	16
338	331	290	314	329	313	240	233	185	193	222	264	349	17
21	24	28	29	24	17	11	11	9	9	13	16	24	18
885	851	905	896	864	868	607	629	537	578	600	704	896	19
47	52	74	75	57	44	25	24	20	19	28	35	51	20
11 791	11 995	9 605	7 916	8 317	8 769	7 017	5 551	4 421	4 733	7 984	6 609	6 554	21
10 607	10 839	8 475	7 036	7 350	7 944	6 304	4 778	3 790	4 005	6 468	5 279	5 366	22
534	553	580	410	521	545	482	553	425	433	604	587	584	23
435	356	345	278	245	146	69	47	91	154	638	516	354	24
4 595	4 435	4 551	5 000	4 759	5 140	4 947	5 176	4 914	4 382	4 413	4 298	4 273	25
701	648	695	790	711	658	573	558	423	341	476	536	554	26
3 894	3 787	3 856	4 210	4 048	4 482	4 374	4 618	4 491	4 041	3 937	3 762	3 719	27
12	23	13	8	16	11	17	7	12	4	2	13	10	28
895	809	891	1 014	919	857	717	752	588	443	622	704	685	29
.	38 630	.	.	35 850	.	.	41 252	.	.	...	.	.	30
.	318 024	.	.	278 998	.	.	315 307	.	.	...	.	.	31

- 5) Quartalsangaben

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Preise</b>						
<b>Preisindex für die Lebenshaltung</b>						
1	<b>Verbraucherpreisindex</b>	<b>2005 = 100</b>	<b>101,7</b>	<b>103,8</b>	<b>106,3</b>	<b>106,4</b>
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2005 = 100	101,9	105,0	111,7	110,6
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2005 = 100	103,1	106,8	109,6	111,9
4	Bekleidung und Schuhe	2005 = 100	99,7	99,8	99,3	99,6
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2005 = 100	103,1	104,7	108,1	108,2
6	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	2005 = 100	100,4	101,8	102,2	103,6
7	Gesundheitspflege	2005 = 100	99,9	101,8	103,3	104,5
8	Verkehr	2005 = 100	102,8	106,8	110,7	108,4
9	Nachrichtenübermittlung	2005 = 100	96,0	94,9	91,8	89,8
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2005 = 100	99,9	100,3	100,0	101,4
11	Bildungswesen	2005 = 100	105,1	106,0	105,9	106,6
12	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2005 = 100	101,5	105,9	106,8	108,4
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2005 = 100	101,6	105,2	107,1	108,3
<b>Jahresteuerrate</b>						
<b>- Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat</b>						
14	<b>Alle privaten Haushalte</b>	<b>%</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>	<b>2,4</b>	<b>0,1</b>
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	1,9	3,0	6,4	- 1,0
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	3,1	3,6	2,6	2,1
17	Bekleidung und Schuhe	%	- 0,3	0,1	- 0,5	0,3
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	%	3,1	1,6	3,2	0,1
19	Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	%	0,4	1,4	0,4	1,4
20	Gesundheitspflege	%	- 0,1	1,9	1,5	1,2
21	Verkehr	%	2,8	3,9	3,7	- 2,1
22	Nachrichtenübermittlung	%	- 4,0	- 1,1	- 3,3	- 2,2
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	%	- 0,1	0,4	- 0,3	1,4
24	Bildungswesen	%	5,1	0,9	- 0,1	0,7
25	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	1,5	4,3	0,8	1,5
26	Andere Waren und Dienstleistungen	%	1,6	3,5	1,8	1,1
<b>Baulandpreise</b>						
27	<b>Grundstücksarten insgesamt</b>	<b>Euro je m<sup>2</sup></b>	<b>20,46</b>	<b>25,55</b>	<b>21,32</b>	<b>20,72</b>
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m <sup>2</sup>	35,80	34,75	30,84	33,83
29	Rohbauland	Euro je m <sup>2</sup>	5,42	6,53	6,67	4,99
30	sonstiges Bauland	Euro je m <sup>2</sup>	10,32	12,32	11,00	11,34
31	<b>Preisindex für Wohngebäude (Brutto)</b>	<b>2005 = 100</b>	<b>101,9</b>	<b>107,9</b>	<b>110,7</b>	<b>112,2</b>

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
<b>106,2</b>	<b>106,5</b>	<b>106,7</b>	<b>106,8</b>	<b>106,4</b>	<b>106,2</b>	<b>106,2</b>	<b>107,1</b>	<b>106,5</b>	<b>106,8</b>	<b>107,1</b>	<b>107,1</b>	<b>107,2</b>	<b>1</b>
111,3	111,4	110,2	108,8	108,6	108,1	108,6	109,7	110,7	110,5	111,3	112,7	111,1	2
110,4	113,2	113,2	113,7	113,4	113,3	112,8	112,3	112,6	112,8	112,9	112,9	112,7	3
98,9	98,3	96,5	98,0	100,7	101,7	100,9	102,7	99,7	101,3	102,3	101,9	101,4	4
108,1	108,2	108,1	108,2	108,1	107,9	107,9	107,8	108,2	108,1	108,3	108,5	108,7	5
104,0	104,0	103,9	103,8	103,8	103,2	103,1	103,1	103,1	103,3	103,5	103,1	103,3	6
104,6	104,6	104,6	104,6	104,7	104,4	104,6	104,6	105,0	104,7	104,8	104,7	104,8	7
107,8	109,5	109,1	110,0	109,2	109,1	110,0	110,1	110,7	111,0	111,9	113,1	113,5	8
89,9	89,8	89,7	89,6	89,5	89,5	89,1	89,0	88,8	88,6	88,5	88,5	88,3	9
100,1	99,8	103,4	103,3	101,3	100,9	100,2	104,5	99,3	101,7	101,8	98,9	99,9	10
106,6	106,6	106,6	105,9	106,8	106,8	106,8	106,8	106,8	106,8	107,3	107,3	107,3	11
107,7	108,6	111,4	110,6	107,7	107,1	106,5	112,8	108,1	108,1	108,3	106,8	108,0	12
108,3	108,1	108,4	108,4	108,4	109,0	108,9	108,5	108,0	107,8	107,8	108,1	108,4	13
<b>- 0,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,7</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>0,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>14</b>
- 1,0	- 0,7	- 1,9	- 2,9	- 2,7	- 2,9	- 2,0	- 1,6	- 1,5	- 2,6	- 1,1	0,8	- 0,2	15
0,9	3,2	3,2	3,6	3,4	3,0	2,3	1,8	2,1	2,5	2,5	2,5	2,1	16
- 0,4	- 0,3	- 0,9	- 0,4	0,5	1,1	0,6	2,9	2,0	2,2	1,4	2,0	2,5	17
0,0	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,7	- 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,4	0,0	0,3	0,6	18
1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,0	0,5	0,3	0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,7	19
1,4	1,1	1,0	1,0	1,1	0,8	1,0	1,0	1,1	0,6	0,6	0,1	0,2	20
- 3,9	- 3,6	- 5,0	- 2,1	- 2,8	- 1,8	2,0	3,8	4,9	4,0	4,9	5,2	5,3	21
- 2,5	- 2,1	- 2,1	- 1,6	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 1,8	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	22
1,6	1,5	1,9	1,7	1,3	1,6	0,5	0,4	- 0,1	0,0	0,9	- 2,2	- 0,2	23
0,4	0,4	0,4	- 0,3	0,6	1,2	1,2	1,2	0,6	0,0	0,7	0,7	0,7	24
2,2	2,0	1,7	1,0	1,6	0,9	0,9	1,2	1,4	0,1	1,2	- 0,2	0,3	25
0,6	0,0	2,2	2,2	2,2	1,6	1,4	0,9	0,5	0,0	- 0,1	- 0,1	0,1	26
.	<b>16,03</b>	.	.	<b>19,76</b>	.	.	<b>14,98</b>	.	.	<b>18,95</b>	.	.	<b>27</b>
.	32,77	.	.	28,92	.	.	29,27	.	.	29,29	.	.	28
.	4,49	.	.	4,29	.	.	5,69	.	.	5,55	.	.	29
.	11,65	.	.	10,51	.	.	6,02	.	.	4,48	.	.	30
<b>112,0</b>	.	.	<b>112,3</b>	.	.	<b>112,5</b>	.	.	<b>112,3</b>	.	.	<b>112,7</b>	<b>31</b>

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Monatsdurchschnitt			
<b>Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen)</b>						
<b><i>Insgesamt vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i></b>						
<b>1</b>	<b>Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich</b>	<b>Euro</b>	.	<b>2 418</b>	<b>2 510</b>	<b>2 541</b>
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	.	2 300	2 385	2 310
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	.	2 342	2 965	3 169
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	.	2 324	2 404	2 285
5	Energie- und Wasserversorgung	Euro	.	3 714	3 900	4 078
6	Baugewerbe	Euro	.	1 982	2 063	2 137
7	Dienstleistungsbereich	Euro	.	2 508	2 610	2 727
8	Handel <sup>1)</sup>	Euro	.	2 115	2 195	2 241
9	Gastgewerbe	Euro	.	1 441	1 438	1 422
10	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Euro	.	2 177	2 256	2 289
11	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	.	3 202	3 350	3 530
12	Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>2)</sup>	Euro	.	2 881	2 951	3 055
13	Öff. Verw., Verteidig., Sozialversicherung	Euro	.	2 776	2 918	3 051
14	Erziehung und Unterricht	Euro	.	3 504	3 672	3 851
15	Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	Euro	.	2 919	3 056	3 131
16	Erbr. v. sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	Euro	.	1 968	2 031	2 013
<b><i>Insgesamt teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i></b>						
<b>17</b>	<b>Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich</b>	<b>Euro</b>	.	...	...	...
	davon					
18	Produzierendes Gewerbe	Euro	.	...	...	...
19	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	Euro	.	...	...	...
20	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	.	...	...	...
21	Energie- und Wasserversorgung	Euro	.	...	...	...
22	Baugewerbe	Euro	.	...	...	...
23	Dienstleistungsbereich	Euro	.	...	...	...
24	Handel <sup>1)</sup>	Euro	.	...	...	...
25	Gastgewerbe	Euro	.	...	...	...
26	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Euro	.	...	...	...
27	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Euro	.	...	...	...
28	Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>2)</sup>	Euro	.	...	...	...
29	Öff. Verw., Verteidig., Sozialversicherung	Euro	.	...	...	...
30	Erziehung und Unterricht	Euro	.	...	...	...
31	Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	Euro	.	...	...	...
32	Erbr. v. sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	Euro	.	...	...	...

1) sowie Instandhaltung und Reparaturen von Kfz. und Gebrauchsgütern - 2) sowie Vermietung bewegl. Sachen, Erbringung von wirtschaftl. Dienstleistungen, a.n.g.

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
.	<b>2 381</b>	.	.	<b>2 397</b>	.	.	<b>2 420</b>	.	.	<b>2 439</b>	.	.	<b>1</b>
.	2 159	.	.	2 187	.	.	2 206	.	.	2 181	.	.	2
.	2 935	.	.	2 653	.	.	2 545	.	.	2 997	.	.	3
.	2 116	.	.	2 143	.	.	2 168	.	.	2 174	.	.	4
.	3 597	.	.	3 647	.	.	3 637	.	.	3 681	.	.	5
.	2 111	.	.	2 147	.	.	2 154	.	.	1 930	.	.	6
.	2 561	.	.	2 565	.	.	2 591	.	.	2 644	.	.	7
.	2 103	.	.	2 102	.	.	2 091	.	.	2 063	.	.	8
.	1 394	.	.	1 380	.	.	1 399	.	.	1 393	.	.	9
.	2 139	.	.	2 152	.	.	2 157	.	.	2 189	.	.	10
.	3 027	.	.	3 026	.	.	3 049	.	.	3 069	.	.	11
.	2 689	.	.	2 719	.	.	2 721	.	.	2 702	.	.	12
.	2 906	.	.	2 943	.	.	2 957	.	.	3 004	.	.	13
.	3 681	.	.	3 722	.	.	3 742	.	.	3 874	.	.	14
.	2 942	.	.	2 968	.	.	2 968	.	.	2 961	.	.	15
.	1 936	.	.	1 932	.	.	1 939	.	.	1 958	.	.	16
.	<b>1 711</b>	.	.	<b>1 722</b>	.	.	<b>1 728</b>	.	.	<b>1 750</b>	.	.	<b>17</b>
.	1 179	.	.	1 183	.	.	1 190	.	.	1 143	.	.	18
.	1 489	.	.	1 487	.	.	1 404	.	.	1 549	.	.	19
.	1 125	.	.	1 123	.	.	1 146	.	.	1 116	.	.	20
.	2 419	.	.	2 466	.	.	2 477	.	.	2 517	.	.	21
.	.	.	.	.	.	.	1 192	.	.	1 062	.	.	22
.	1 762	.	.	1 771	.	.	1 778	.	.	1 804	.	.	23
.	1 227	.	.	1 235	.	.	1 234	.	.	1 244	.	.	24
.	808	.	.	784	.	.	800	.	.	800	.	.	25
.	1 424	.	.	1 443	.	.	1 474	.	.	1 500	.	.	26
.	2 077	.	.	2 090	.	.	2 086	.	.	2 061	.	.	27
.	2 005	.	.	1 990	.	.	1 944	.	.	1 960	.	.	28
.	2 145	.	.	2 159	.	.	2 165	.	.	2 184	.	.	29
.	2 537	.	.	2 565	.	.	2 579	.	.	2 667	.	.	30
.	1 684	.	.	1 685	.	.	1 689	.	.	1 694	.	.	31
.	1 196	.	.	1 203	.	.	1 228	.	.	1 227	.	.	32

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Jahresangaben			
<b>Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup></b>						
<b>Ausgaben</b>						
1	<b>Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>4 305</b>	<b>4 366</b>	<b>4 515</b>	<b>4 750</b>
2	<b>je Einwohner</b>	<b>Euro</b>	<b>1 853</b>	<b>1 898</b>	<b>1 982</b>	<b>2 104</b>
darunter						
3	Personalausgaben	Mill. Euro	1 110	1 106	1 187	1 257
4	je Einwohner	Euro	478	481	521	557
5	Laufender Sachaufwand	Mill. Euro	764	775	806	846
6	je Einwohner	Euro	329	337	354	375
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Mill. Euro	1 955	2 083	2 148	2 204
8	je Einwohner	Euro	842	905	943	977
9	Sachinvestitionen	Mill. Euro	694	668	689	786
10	je Einwohner	Euro	299	290	302	348
davon						
11	Baumaßnahmen	Mill. Euro	604	591	582	695
12	je Einwohner	Euro	260	257	255	308
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Mill. Euro	90	76	107	91
14	je Einwohner	Euro	39	33	47	40
<b>Einnahmen</b>						
15	<b>Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>4 487</b>	<b>4 635</b>	<b>4 797</b>	<b>4 771</b>
16	<b>je Einwohner</b>	<b>Euro</b>	<b>1 932</b>	<b>2 015</b>	<b>2 106</b>	<b>2 114</b>
darunter						
17	Steuern (netto) u. steuerähnliche Einnahmen	Mill. Euro	895	992	1 163	1 001
18	je Einwohner	Euro	385	431	510	444
darunter						
19	Grundsteuer A und B	Mill. Euro	178	176	177	177
20	je Einwohner	Euro	77	77	78	78
21	Gewerbsteuer (netto)	Mill. Euro	426	469	544	414
22	je Einwohner	Euro	183	204	239	184
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. Euro	214	262	354	324
24	je Einwohner	Euro	92	114	155	143
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mill. Euro	66	74	77	75
26	je Einwohner	Euro	28	32	34	33
27	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	Mill. Euro	562	597	592	599
28	je Einwohner	Euro	242	260	260	265
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse <sup>2)</sup>	Mill. Euro	2 808	2 935	3 023	3 197
30	je Einwohner <sup>2)</sup>	Euro	1 209	1 276	1 327	1 416
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Mill. Euro	536	482	388	425
32	je Einwohner	Euro	231	210	170	188
33	<b>Finanzierungsaldo</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>183</b>	<b>269</b>	<b>282</b>	<b>21</b>
34	<b>je Einwohner</b>	<b>Euro</b>	<b>79</b>	<b>117</b>	<b>124</b>	<b>9</b>
35	<b>Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums <sup>3)</sup></b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>2 715</b>	<b>2 597</b>	<b>2 457</b>	<b>2 346</b>
36	<b>je Einwohner <sup>3)</sup></b>	<b>Euro</b>	<b>1 169</b>	<b>1 129</b>	<b>1 079</b>	<b>1 039</b>

1) Angaben kumulativ - 2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich - 3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
.	<b>2 140</b>	.	.	<b>3 343</b>	.	.	<b>4 750</b>	.	.	<b>1 052</b>	.	.	<b>1</b>
.	<b>939</b>	.	.	<b>1 467</b>	.	.	<b>2 104</b>	.	.	<b>466</b>	.	.	<b>2</b>
.	597	.	.	895	.	.	1 257	.	.	296	.	.	3
.	262	.	.	393	.	.	557	.	.	131	.	.	4
.	404	.	.	602	.	.	846	.	.	203	.	.	5
.	177	.	.	264	.	.	375	.	.	90	.	.	6
.	1 082	.	.	1 647	.	.	2 204	.	.	551	.	.	7
.	475	.	.	723	.	.	977	.	.	244	.	.	8
.	238	.	.	461	.	.	786	.	.	94	.	.	9
.	104	.	.	202	.	.	348	.	.	42	.	.	10
.	205	.	.	405	.	.	695	.	.	78	.	.	11
.	90	.	.	178	.	.	308	.	.	35	.	.	12
.	33	.	.	55	.	.	91	.	.	16	.	.	13
.	14	.	.	24	.	.	40	.	.	7	.	.	14
.	<b>2 225</b>	.	.	<b>3 458</b>	.	.	<b>4 771</b>	.	.	<b>1 088</b>	.	.	<b>15</b>
.	<b>976</b>	.	.	<b>1 518</b>	.	.	<b>2 114</b>	.	.	<b>482</b>	.	.	<b>16</b>
.	468	.	.	694	.	.	1 001	.	.	149	.	.	17
.	205	.	.	305	.	.	444	.	.	66	.	.	18
.	88	.	.	139	.	.	177	.	.	42	.	.	19
.	39	.	.	61	.	.	78	.	.	19	.	.	20
.	262	.	.	344	.	.	414	.	.	95	.	.	21
.	115	.	.	151	.	.	184	.	.	42	.	.	22
.	93	.	.	163	.	.	324	.	.	8	.	.	23
.	41	.	.	72	.	.	143	.	.	3	.	.	24
.	20	.	.	38	.	.	75	.	.	1	.	.	25
.	9	.	.	17	.	.	33	.	.	1	.	.	26
.	293	.	.	433	.	.	599	.	.	129	.	.	27
.	128	.	.	190	.	.	265	.	.	57	.	.	28
.	1 569	.	.	2 466	.	.	3 197	.	.	856	.	.	29
.	689	.	.	1 082	.	.	1 416	.	.	379	.	.	30
.	122	.	.	206	.	.	425	.	.	60	.	.	31
.	53	.	.	90	.	.	188	.	.	27	.	.	32
.	<b>85</b>	.	.	<b>115</b>	.	.	<b>21</b>	.	.	<b>36</b>	.	.	<b>33</b>
.	<b>37</b>	.	.	<b>50</b>	.	.	<b>9</b>	.	.	<b>16</b>	.	.	<b>34</b>
.	<b>2 391</b>	.	.	<b>2 352</b>	.	.	<b>2 346</b>	.	.	<b>2 320</b>	.	.	<b>35</b>
.	<b>1 049</b>	.	.	<b>1 033</b>	.	.	<b>1 039</b>	.	.	<b>1 028</b>	.	.	<b>36</b>

# Zahlenspiegel

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2006	2007	2008	2009
			Jahresangaben			
	<b>Geld und Kredit <sup>1)</sup></b>					
	<b>Kredite und Einlagen <sup>2)</sup></b>					
1	<b>Kredite an Nichtbanken</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>24 639</b>	<b>24 480</b>	<b>24 214</b>	<b>25 221</b>
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Mill. Euro	2 036	1 976	1 988	1 750
3	mittelfristige Kredite	Mill. Euro	1 886	1 513	1 359	1 435
4	langfristige Kredite	Mill. Euro	20 717	20 991	20 867	22 036
5	darunter an inländische Nichtbanken	Mill. Euro	24 529	24 359	24 052	24 848
	davon					
6	Unternehmen	Mill. Euro	6 489	6 885	7 184	7 371
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	3 810	3 701	3 635	3 900
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	9 146	8 929	8 348	8 774
9	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	5 084	4 844	4 885	4 803
10	<b>Einlagen von Nichtbanken</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>26 467</b>	<b>28 066</b>	<b>29 492</b>	<b>30 407</b>
	davon					
11	Sichteinlagen	Mill. Euro	9 846	10 276	11 067	13 833
12	Termineinlagen	Mill. Euro	2 946	3 852	4 433	2 674
13	Sparbriefe	Mill. Euro	2 022	2 326	2 540	1 705
14	Spareinlagen	Mill. Euro	11 653	11 612	11 452	12 195
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Mill. Euro	26 339	27 904	29 305	30 247
	davon					
16	Unternehmen	Mill. Euro	3 671	4 034	4 354	5 188
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Mill. Euro	1 534	1 672	1 895	1 908
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Mill. Euro	19 667	20 513	21 182	21 550
19	öffentliche Haushalte	Mill. Euro	1 467	1 685	1 874	1 601
	<b>Sparverkehr <sup>3)</sup></b>					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 293	1 322	1 475	1 632
21	Zinsgutschriften	Mill. Euro	200	213	227	188
22	Lastschriften auf Sparkonten	Mill. Euro	1 433	1 341	1 384	1 356
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Mill. Euro	11 653	11 612	11 452	12 195
	darunter bei					
24	Großbanken	Mill. Euro	1 253	1 227	1 228	1 359
25	Sparkassen	Mill. Euro	7 866	7 716	7 428	7 951
26	Kreditgenossenschaften	Mill. Euro	1 974	1 890	1 783	1 978
	<b>Insolvenzen</b>					
27	Insolvenzen	Anzahl	4 767	4 580	4 012	4 274
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	781	515	547	626
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	.	70	73
30	Baugewerbe	Anzahl	.	.	107	140
31	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	.	.	151	160
32	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	.	.	84	102
33	übrige Schuldner	Anzahl	3 986	4 065	3 465	3 648
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	191	90	75	42
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	754	707	742	720
36	Verbraucher	Anzahl	2 830	3 062	2 434	2 722
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	4 318	4 311	3 703	3 968
38	mangels Masse abgelehnte Verfahren	Anzahl	441	253	292	271
39	Annahme Schuldenbereinigungsplan	Anzahl	8	16	17	35
40	voraussichtliche Forderungshöhe	Tsd. Euro	768 113	583 048	738 012	986 211
41	Beschäftigte	Anzahl	2 866	2 918	2 294	3 441

1) Quelle: Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen - 2) am Jahres- bzw. Monatsende - 3) Umsätze im Quartal; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

# Zahlenspiegel

2009								2010					Lfd. Nr.
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	
.	<b>25 031</b>	.	.	<b>25 180</b>	.	.	<b>25 221</b>	.	.	...	.	.	<b>1</b>
.	1 989	.	.	1 921	.	.	1 750	.	.	...	.	.	2
.	1 321	.	.	1 356	.	.	1 435	.	.	...	.	.	3
.	21 721	.	.	21 903	.	.	22 036	.	.	...	.	.	4
.	24 806	.	.	24 957	.	.	24 848	.	.	...	.	.	5
.	7 304	.	.	7 343	.	.	7 371	.	.	...	.	.	6
.	3 982	.	.	3 929	.	.	3 900	.	.	...	.	.	7
.	8 679	.	.	8 824	.	.	8 774	.	.	...	.	.	8
.	4 841	.	.	4 861	.	.	4 803	.	.	...	.	.	9
.	<b>29 350</b>	.	.	<b>29 819</b>	.	.	<b>30 407</b>	.	.	...	.	.	<b>10</b>
.	12 162	.	.	13 225	.	.	13 833	.	.	...	.	.	11
.	3 494	.	.	2 933	.	.	2 674	.	.	...	.	.	12
.	2 121	.	.	1 921	.	.	1 705	.	.	...	.	.	13
.	11 573	.	.	11 740	.	.	12 195	.	.	...	.	.	14
.	29 184	.	.	29 668	.	.	30 247	.	.	...	.	.	15
.	4 609	.	.	4 978	.	.	5 188	.	.	...	.	.	16
.	1 800	.	.	1 843	.	.	1 908	.	.	...	.	.	17
.	21 074	.	.	21 149	.	.	21 550	.	.	...	.	.	18
.	1 701	.	.	1 698	.	.	1 601	.	.	...	.	.	19
.	1 165	.	.	1 309	.	.	1 632	.	.	...	.	.	20
.	16	.	.	28	.	.	188	.	.	...	.	.	21
.	1 164	.	.	1 186	.	.	1 356	.	.	...	.	.	22
.	11 573	.	.	11 740	.	.	12 195	.	.	...	.	.	23
.	1 277	.	.	1 321	.	.	1 359	.	.	...	.	.	24
.	7 541	.	.	7 594	.	.	7 951	.	.	...	.	.	25
.	1 826	.	.	1 879	.	.	1 978	.	.	...	.	.	26
303	385	395	316	446	384	407	324	351	292	418	316	339	27
65	60	53	43	59	41	42	48	44	44	46	66	52	28
5	5	12	4	3	4	5	10	10	7	5	7	4	29
10	14	12	4	24	13	8	7	7	8	8	13	10	30
23	15	7	11	9	5	10	14	5	13	9	14	14	31
10	11	10	9	8	10	4	7	7	8	7	12	8	32
238	325	342	273	387	343	365	276	307	248	372	250	287	33
1	2	8	3	4	1	1	-	-	-	1	2	1	34
46	61	70	55	93	55	55	56	50	48	75	63	54	35
168	250	248	204	284	271	296	210	242	192	265	173	220	36
274	354	375	299	422	360	376	299	324	263	388	291	313	37
27	28	17	14	24	20	25	19	19	28	26	24	24	38
2	3	3	3	-	4	6	6	8	1	4	1	2	39
58 988	80 894	217 704	39 259	212 149	32 774	58 612	49 409	88 256	40 242	95 000	86 863	36 605	40
628	329	775	119	143	42	137	310	520	209	203	231	131	41



# Veröffentlichungen des Thüringer Landesamtes für Statistik im Juli 2010

Titel	Periodi- zität	Bestell- nummer	Preis in Euro
Statistische Monatshefte, Juni 2010	m	40 301	5,00
Statistische Monatshefte, Juli 2010	m	40 301	5,00
Ergebnisse der tierischen Erzeugung, Mai 2010	m	03 305	3,75
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Produzierenden Gewerbe, Januar 2007 - April 2010	m	05 112	5,00
Bauhauptgewerbe, Januar 2009 - April 2010	m	05 201	3,75
Gemeldete Baugenehmigungen, Mai 2010	m	06 207	3,75
Umsatz und Beschäftigte im Handel und Gastgewerbe (Messzahlen und Veränderungsraten) April 2010 - vorläufige Ergebnisse -	m	07 103	3,75
Gäste und Übernachtungen April 2010 und Winterhalbjahr 2009/2010	m	07 401	7,50
Straßenverkehrsunfälle Mai 2010 - vorläufige Ergebnisse -	m	08 102	6,25
Insolvenzen 1.1. - 30.4.2010	m	09 102	3,75
Verbraucherpreisindex, Juni 2010	m	12 101	6,25
Gewerbeanzeigen 1.1. - 31.3.2010	vj	04 102	5,00
Verdienste, 1. Vierteljahr 2010	vj	13 106	6,25
Bevölkerung der Gemeinden am 31.12.2009	hj	01 104	5,00
Arbeitsmarktdaten Januar 2008 - Dezember 2009	hj	01 603	8,75
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2009 - Ergebnis des Mikrozensus -	j	01 103	6,25
Haushalt und Familie 2009 - Ergebnis des Mikrozensus -	j	01 107	5,00
Strukturdaten 2009 - Ergebnis des Mikrozensus -	j	01 119	5,00
Erwerbstätige 1998 bis 2008 nach Kreisen - Jahresdurchschnittsberechnung - Berechnungsstand: 6.5.2010	j	01 608	11,25
Schweinebestand am 3. Mai 2010 - vorläufige Ergebnisse -	j	03 312	-
Rinderbestand am 3. Mai 2010	j	03 314	3,75
Wohnungsbestand 2009	j	06 203	3,75
Empfänger von Asylbewerberleistungen am 31.12.2009	j	10 106	5,00
Abfallentsorgung 2008	j	16 203	6,25
Atlas - Finanzen und Personal der Kommunen, Ausgabe 2010	j	40 507	10,50
Faltblatt „Bildung in Thüringen“, Ausgabe 2009	j	80 109	-
Ernte- und Betriebsberichterstattung - Feldfrüchte und Grünland 2010, Stand: Juni	u	03 204	-
Bundestagswahl 2009 - Endgültige Ergebnisse	u	29 405	13,75
Europawahl am 7. Juni 2009 - Endgültige Ergebnisse	u	29 435	12,50

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; hj - halbjährlich; j - jährlich; u - unregelmäßig

